

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Bismarck“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie der Wochensonderbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 16. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Skandal von Weimar.

Abrechnung mit den Völkischen und ihren Regierungshelfern.

Weimar, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Fortberatung der Großen Anfragen über die nationalsozialistischen Ausschreitungen im Landtag bemühten sich die Rechtsparteien und Dinter, die für die Regierung und ihre Stellungnahme zu den Ereignissen vom 3. und 4. Juli vernichtende Kritik des Weimarer Stadtrates, die in den wichtigsten Stellen in Feinddruck herangezogen, vom Oberbürgermeister verurteilt an den Säulen angehängt ist, als Folge einer Ueberrumpelung von links darzustellen.

Dinter wehrte sich abermals mit Händen und Füßen gegen die Schuld seiner Leute, er ist mit der Erklärung vom Dienstag, die der Innenminister abgab, vollkommen zufrieden. In seiner Rede erging er sich wieder in vielen Allgemeinheiten, sagte dabei kennzeichnenderweise, daß Parlament seiner Auffassung nach von Parlamentarier komme, das heiße überlegt „durch Reden lügen“.

antwortete er: „Ja, wenn ihm auch einmal sein Freund Rechtsanwalt Pincus gefügt habe, die Juden seien eine Schweinebande.“ Den bekannten Verhältnissen Dinters entsprechend löste denn auch der Zuruf: „Na, wenn Sie Geld haben, bekommen die Mädels wenigstens ihre Alimente!“ stürmische Heiterkeit aus.

In wirkungsvoller Rede zerpflückte der Sozialdemokrat Frölich die Argumente Dinters und des Innenministers. Man regiere in Thüringen nachweislich mit zweierlei Maß, und der Innenminister lasse zu, daß man in den Straßen singe: „Stellt Strefemann an die Wand!“

Auf eine Frechheit Dinters antwortete noch der Abgeordnete Kieß (Soz.) mit einigen Erinnerungen. Er fragte Dinter, ob er sich des Studenten erinnere, der sich in Examensangst seinerzeit mit der Tochter eines besonders peinlichen Professors verlobte und als die Prüfung bestanden war, sich à tempo wieder entlobte? Ob er sich des Arthur Dinter von 1904 erinnere, der ein franzosenfreundliches, gegen die Deutschen heijendes Theaterstück „Die Schmuggler“ auf das Mühlhausener Theater brachte? Da werden deutsche Beamte verspotzt und der Lächerlichkeit preisgegeben, und der Held des Stückes, der Deutsche für die französische Fremdenlegation anwirbt, brüllt: „Vive la France! A bas la Prusse!“ (So lebe Frankreich! Nieder mit Preußen!) „De Schwobe müssen zum Lande rüß!“ Dieses Stück hat 60 bis 70 Aufführungen auf einem Pariser Theater erlebt, glänzende Kritiken der französischen nationalsozialistischen Presse gehabt und Dinter für seine Deutschenfeindschaft und seinen Deutschenhaß einen starken Bagen französischen Geldes eingebracht. Und das will Deutschnational-Bewußtsein lehren!

Dinter erklärte natürlich alles trotz der Beweise für jüdische Rache. Am Ende der Sitzung wurden alle Mißbilligungsanträge abgelehnt und der Regierung für ihre Haltung gegenüber den Nationalsozialisten, den Strauchrittern und Bogabunden der Straße vom 3. und 4. Juli noch ein Lob ausgesprochen.

Ermächtigungsgesetz in Belgien.

Mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Brüssel, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer nahm am Donnerstag mit 135 gegen 9 Stimmen, darunter eine sozialdemokratische, und bei 4 Enthaltungen (3 Sozialdemokraten, 1 christlicher Demokrat) das Ermächtigungsgesetz an. Arbeitsminister Wauters brachte einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Altersrenten der Bergarbeiter ein.

Neue Kundgebungen gegen Primo.

Pfeifen und Siftierungen.

Paris, 15. Juli. (W.T.B.) Als der Zug mit dem Sultan von Marokko und dem Präsidenten der Republik bei der Rückkehr von der Einweihung der Moschee an der Kammer vorbeifam, wurde der Wagen, in dem sich Präsident Doumergue und der Sultan von Marokko befanden, von dem Treppenaufgang der Kammer postierten kommunistischen Abgeordneten mit Pfeifen und Rufen empfangen. Ihre Kundgebung wurde jedoch durch den Befehl der den anderen politischen Richtungen angehörenden Abgeordneten schnell zum Schweigen gebracht. Die Wachmannschaft des Kammergebäudes wollte die Ordnung wieder herstellen, brauchte aber nicht mehr einzugreifen, da die kommunistischen Abgeordneten sich ins Innere des Gebäudes zurückgezogen hatten. Auch in Fontainebleau, das General Primo de Rivera heute nachmittags besuchte, ist es zu Kundgebungen gekommen. Einige Manifestanten, die Schmäherate gegen den spanischen Ministerpräsidenten ausstießen, wurden listig, aber nach Freistellung ihrer Namen wieder freigelassen.

Das polnische Verfassungskompromiß.

Annäherung zwischen Regierung und Parteien.

Warschau, 15. Juli. (O.C.) Zwischen der Regierung und den Parteien hat während der Verhandlungen in der Sejmkommission über die Verfassungsänderungen und Sondervollmachten eine Annäherung stattgefunden. Die Verfassungskommission des Sejms nahm die Regierungsvorlage in der Kompromißfassung an. Danach sind nunmehr die Verfassungsänderungen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, von der Frage der Ermächtigungen getrennt, für deren Erteilung eine einfache Mehrheit genügt. Ferner sind die Vollmachten zeitlich bis zum Zusammentritt des nächsten neugewählten Sejms, spätestens bis zum 31. Oktober 1927 begrenzt. In sachlicher Hinsicht sind die Vollmachten dadurch eingeschränkt worden, daß sie auf folgende Angelegenheiten nicht anwendbar sind: verfassungsmäßige Verantwortung der Regierung, Kriegserklärung, Handelsverträge, Budget, Staatsschulden, Schaffung neuer Wojewode, Steuererhöhungen. Dieser Weg wurde aus-

drücklich zu dem Zweck gewählt, um die Erteilung der Sondervollmachten an die Regierung, die vom Ministerpräsidenten Bartel als unerlässlich bezeichnet worden war, zu erleichtern. Immerhin sind noch nicht alle Klippen umschifft, denn für die Erteilung der Vollmachten genügt nunmehr zwar eine einfache Mehrheit, derartige Vollmachten können aber überhaupt nur dann erteilt werden, wenn die Verfassung selbst in einem Sinne geändert wird, der solche Vollmachten prinzipiell gestatten würde. Somit ist zwar nicht für die Erteilung der Vollmachten selber, aber für die Schaffung ihrer verfassungsrechtlichen Vorbedingung doch eine Zweidrittelmehrheit im Sejm erforderlich. Ob dies auch erreichbar ist, wird in der nächsten Woche entschieden werden.

Die „Iwestija“ über den Verfassungskonflikt in Polen.

Warschau, 15. Juli. (O.C.) Die „Iwestija“ kommentiert die Debatte über die Verfassungsänderungen im polnischen Sejm und erinnert daran, daß sie bereits zwei Wochen nach dem Raiputsk Pilsudskis seiner Bewegung einen faschistischen Charakter zugesprochen hätten. Die Debatte in der Verfassungskommission des Sejms hätte diese Auffassung vollumfänglich bestätigt. Die polnische Linke sei von der Diktatur Pilsudskis enttäuscht. Der Marschall selbst habe sehr schnell den Weg zu einer Einigung mit dem Rechtsflügel der Bourgeoisie, gegen den der Staatsstreich im Mai unternommen wurde, gefunden. Die polnischen Rechtsparteien unterstützen infolgedessen die Regierung Bartel-Pilsudski, was den Intentionen des Großkapitals völlig entspreche.

Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei.

Beginn der Verhandlungen in Berlin.

Amlich wird gemeldet Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sind am Donnerstag in Berlin begonnen worden. Die tschechoslowakische Delegation wurde von Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Auswärtigen Amt im Namen der Reichsregierung herzlich willkommen geheißen, worauf der Gesandte der tschechoslowakischen Republik in Berlin, Dr. Krotta in ebenso herzlichen Ausführungen erwiderte.

Die Beratungen der Delegation werden auf deutscher Seite von dem vortragenden Legationsrat Windel und von tschechoslowakischer Seite von dem Legationsrat im tschechischen Ministerium des Auswärtigen, Dr. Jbl, geführt, der bis vor kurzer Zeit bei der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin mehrere Jahre tätig war. Die Verhandlungen sollen zunächst nur von kurzer Dauer sein und sodann im Herbst fortgesetzt werden.

Deutsche Beschwerden in Polnisch-Oberschlesien. Beim neutralen Präsidenten Calonder liegen 1800 Beschwerden deutscher Eltern vor, die Klagen bei der Gemischten Kommission anstrengen, weil die Aufnahme ihrer Kinder in Kinderheimschulen verhindert wurde.

Graf Tschernfeld ist zum Gesandten des Deutschen Reiches in Wien ernannt worden.

Gefährliche Tarifpolitik.

Das Versagen der Schlichtungsausschüsse und Schlichter.

Die kollektive Regelung des Arbeitsverhältnisses ist während des Krieges und insbesondere nach dem Kriege von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Die rechtliche Form ist der Tarifvertrag. In seinem normativen Teil soll er in umfassender Weise die Arbeitsbedingungen regeln, die automatisch zum Inhalt des einzelnen Arbeitsvertrages werden.

Tarifrecht und Schlichtungsrecht sind die beiden Grundpfeiler einer sozialen Tarifpolitik. Die Anwendung ist entscheidend für die soziale Funktion des Tarifvertrages. Als Teile des in der Reichsverfassung verheißenen einheitlichen, sozialen Arbeitsrechts obliegt auch ihnen der besondere Schutz der Arbeitskraft. So ist gleichsam allen Teilen des Arbeitsrechts die soziale Funktion durch die Reichsverfassung vorgeschrieben: Menschenschutz vor Güter- und Vermögensschutz.

Schlichtungsausschüsse und Schlichter sind zum erheblichen Teil mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut. In Zeiten sozialer Krisen hängt gerade von ihrer Wirksamkeit ungeheuer viel ab. Sie haben sich der ihnen gestellten Aufgabe bisher leider nicht gewachsen gezeigt. Im Gegenteil: in vielen Fällen hat ihr Wirken zu den verhängnisvollsten sozialen Folgen geführt.

Ein Besinnen auf die ihnen obliegende soziale Aufgabe ist ein dringendes Gebot in dieser Zeit der großen sozialen Not. Es geht nicht an, mit dem organischen Kapital der Nation, das die lebendigen Arbeitskräfte sind, beispiellosen Raubbau zu treiben, um das tote Kapital zu schützen. Denn nichts anderes steht hinter der Forderung, wenn immer wieder bei Tarifverhandlungen von den Unternehmern geltend gemacht wird, daß auf die besondere Notlage der Wirtschaft Rücksicht genommen werden soll. Dieses kapitalistische Denken hat dazu geführt, vor lauter Wirtschaft den lebendigen Menschen zu übersehen. Das bedeutet nicht nur die Umkehrung jenes Verfassungsgrundgesetzes, der die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt; es bedeutet geradezu die Verhinderung der Wirtschaftsgesundung. Die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft hängt von der Qualität ihrer Arbeitskräfte ab. Es ist deshalb geradezu die Aufgabe einer weit-sichtigen Tarifpolitik, den Lebensstandard nicht nur zu schützen, sondern zu erhöhen. Dgs mag kapitalistischem Denken unsagbar sein; von den Schlichtungsausschüssen und Schlichtern muß jedoch verlangt werden, daß sie diesen sozialen Zusammenhang beachten und Gemeinwohl über privatkapitalistischen Eigennutz stellen. Das aber erfordert einen weitgehenden Schutz der Arbeitskraft und Sicherung der Tarifverträge.

Der Tarifvertrag ist die einzige Form, die das in der Verfassung zugesicherte Recht der Arbeiter und Angestellten, bei der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichberechtigt mitzuwirken, gewährleistet. Es ist deshalb ganz unzulässig, wenn immer wieder von Schlichtungsausschüssen die Frage aufgeworfen wird, ob die Gewerkschaften legitimiert sind, den Tarifvertrag abzuschließen. Einmal sind die Organisationen durch Artikel 165 der Reichsverfassung anerkannt, andererseits läßt auch das geltende Schlichtungsrecht diese Frage gar nicht zu. Es kommt nur darauf an, ob tarifmäßige Organisationen vorhanden sind. Daß dies bei den Gewerkschaften der Fall ist, steht außer Frage. Deshalb ist es in jedem Falle Pflicht der Schlichtungsausschüsse und Schlichter, beim Abschluß von Tarifverträgen Hilfe zu leisten, wie es der § 3 der Schlichtungsverordnung vorschreibt.

Die von den Volksbeauftragten erlassene Verordnung vom 23. Dezember 1918 hat in klassischer Kürze in zwei Grundfragen klares Tarifrecht geschaffen: die Unabdingbarkeit der Tarifverträge und die Möglichkeit ihrer allgemeinen Verbindlichkeitserklärung. Abgesehen von wenigen deutschen Richtern, die mit den unglaublichsten Rechtsverdrehungen die Unabdingbarkeit aus der Welt interpretiert haben, ist die Unabdingbarkeit bisher ein unangefastetes soziales Gut geblieben. Die ganz wenigen Versuche einer anderen Auslegung blieben erfreulicherweise Einzelerscheinungen. Und da die Unternehmer auf dem Wege tühner Rechtsauslegung nicht zum Ziele kommen, wird jetzt systematisch der Versuch gemacht, durch Schlichtungsausschüsse und Schlichter abdingbare Tarifverträge zu schaffen, damit der Unternehmer freie Hand bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen erhält. Solche Vorgänge sind zu verzeichnen in Berlin, in der Bremer Industrie, in der norddeutschen Textilindustrie, in der bayerischen Metallindustrie usw. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es auch rechtlich unzulässig ist, wenn Schlichtungsausschüsse oder Schlichter die gesetzlich gewährleistete Unabdingbarkeit durch die Aufnahme einer Bestimmung im Vorschlag für den Abschluß eines Tarifvertrages aufheben.

Praktisch läuft eine solche Tätigkeit auf die Wahrnehmung von Unternehmerinteressen auf Kosten der Arbeitskraft hinaus. Es ist der alte Kampf der Unternehmer gegen

Die Tarifverträge und für die Selbstherrlichkeit der Unternehmer bei der Regelung der Arbeitsbedingungen. Wie sagte doch Herr v. Borfig, der Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Vor dem Tarifvertrag steht die Wirtschaft, der er zu dienen hat.“ Unter Wirtschaft verstehen die Unternehmer sich selbst und ihren Geldbeutel. Und es erhöht nur den Reiz, wenn diese deutschen Idealisten im gleichen Atemzuge über den Materialismus der Arbeiterbewegung schimpfen.

Wir müssen verlangen, daß Schlichtungsausschüsse und Schlichter sich ihrer sozialen Funktion beim Abschluß von Tarifverträgen bewußt werden und endlich ihre Aufgabe erfüllen, die Arbeitskraft zu schützen. Keine Klauseln, die die Unabdingbarkeit der Tarifverträge aufheben. Vor allen Dingen aber auch Schluß mit den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Es ist ein Skandal, welches Entgegenkommen die Unternehmer bei den Schlichtungsausschüssen und Schlichtern finden, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Keine Gruppe der Arbeiter und Angestellten bleibt davon verschont. In Berlin, im Reich häufen sich nur so die Schiedssprüche mit Lohn- und Gehaltsabbau, Arbeitszeitverlängerung, Urlaubsverkürzung und Verschlechterung sonstiger Manteltarifbestimmungen. Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, kurz alle Arbeiterkategorien müssen sich gegen solche Bestrebungen wehren. Bei den Angestellten das gleiche Bild. Der Berliner Großhandel hat sämtliche Tarifverträge zu dem ausgesprochenen Zweck gelündigt, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Im Berliner Einzelhandel die gleichen Bestrebungen. Bei äußerst geringem Personalbestand und angestrengtester Tätigkeit durch die verschiedenartigsten Ausverkäufe und weiße Wochen geht auch noch Gehaltsabbau, Urlaubsverkürzung und was sonst noch an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen präsentiert wird.

Es ist höchste Zeit, daß diesem grausamen Spiel ein Ende bereitet wird. Pflicht des Reichsarbeitsministeriums ist es, Schlichter und Schlichtungsausschüsse darauf aufmerksam zu machen, daß sie dazu berufen sind, die Arbeiterschaft zu schützen. Die Arbeiter und Angestellten aber müssen begreifen, daß Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation das Gebot der Stunde ist.

Unbequeme Wahrheitsuche.

Die bayerische Volksseele der Eugenberger.

Der Beschluß des Femeauschusses des Reichstages, im Oktober eine Reihe von Sitzungen aus Ersparnisgründen in München abzuhalten, läßt die beleidigte bayerische Volksseele nicht zur Ruhe kommen. Die bedrohte „Eigenschaftlichkeit Bayerns“ muß unter allen Umständen vor der Gefahr behütet werden, daß der Femeauschuss in die ständischen Verhältnisse der bayerischen Ordnungszelle etwas mehr hineinschneidet, als das den Nachfolgern der Putzregierung Rahr-Knilling lieb ist.

Selbstverständlich — wie könnte es anders sein — finden die bayerischen Separatisten bei der Berliner Rechtsprelle die nötige Unterstützung. Der „Lokal-Anzeiger“ ereifert sich ganz im bayerisch-volksparteilichen Stil über den verhassten Femeauschuss. Er appelliert an die Rechtsparteien und an das Zentrum, daß sie unter allen Umständen die finsternen Absichten der Sozialdemokraten und Kommunisten, sich in München als „Revolutionstribunal“ aufzuführen, verhindern möchten. Der „Lokal-Anzeiger“ weiß offenbar die Dummheit seiner Leser gebührend einzuschätzen. Der Femeauschuss hat bekanntlich seinen Beschluß, in München zu tagen, mit den Stimmen der Rechten gegen die Stimmen der Linken gefaßt. Für die sozialdemokratischen Vertreter begründete der Abgeordnete Dr. Levi ausführlich die Bedenken, die gegen eine Tagung in München sprächen. Trotzdem haben die Rechtsparteien sich für die Münchener Sitzungen entschieden.

Die Bemerkungen des „Lokal-Anzeigers“: „Sollten aber die Rechtsparteien auch nicht durchdringen, so würde ein solcher Schritt von ihnen wenigstens den Nutzen gehabt haben, Bayern zu zeigen, welchen Kreisen an den ständigen Bestimmungen zwischen dem Reich und Bayern liegt und welchen nicht“, beweisen nur die Abneigung gegen den Femeauschuss, die ihre sehr guten Gründe hat. Nur durch die Arbeit des Femeauschusses ist der Mord an Gareis aufgeklärt. Der Herrschaften wissen genau, daß ihnen noch weitere peinliche Ueberraschungen bevorstehen.

Akademische Freiheit.

Ein Nachwort zum Fall Lessing.

Man schreibt uns: Ueber das skandalöse Verhalten der hannoverschen Studentenschaft gegen den Professor Lessing sind durch das Bedeutsame Kompromiß die Akten geschlossen, nicht aber über die finanziellen und geistigen Drahtzieher und Förderer des völkischen Nihilismus, von welchem die akademische Freiheit mißbraucht wurde. Unter den Hochschullehrern, welche in erster Linie an der Meinung der akademischen Jugend mitschuldig erscheinen, hat sich bekanntlich — eine Tatsache, welche durch seinen an den Thüringer Landtag gerichteten Brief bestätigt wird — der Jenaer Professor Bläthe besonders hervorgetan. Mit diesem Verhalten stimmt auch die Art und Weise überein, wie dieser Vertreter der Wissenschaft sein Amt ausübt und ausübt.

Prof. Dr. Bläthe, dessen persönliches Verhalten gegen seinen Lehrer Häckel seinerzeit schon unliebsames Aufsehen erregte, mißbraucht nicht nur seine amtliche Tätigkeit als Hochschullehrer für die Zwecke seines politischen Fanatismus, auch sonst scheut er sich nicht, die Wissenschaft zur bloßen völkischen Kabbalisterei zu erniedrigen. So findet sich im 1. Supplementband des „Zoologischen Anzeigers“ unter den Verhandlungen der Deutschen Zoologischen Gesellschaft, einer angesehenen Vereinigung zahlreicher Gelehrter des In- und Auslandes, ein Vortrag, den der Genannte gelegentlich der 30. Jahresversammlung im Juni 1925 gehalten hat über „Jenaer Professoren als Förderer der Abstammungslehre“. Hier leistet er sich zur Ehre deutscher Wissenschaft, wie der Bericht sagt, „allerhand“. So trägt die Schuld an einer Verzögerung jener Zusammenkunft nicht nur der Weltkrieg, sondern auch die „elende Revolution“. Darauf muß Schiller, der Sänger der Freiheit und Menschlichkeit, es sich gefallen lassen, von dem Heloten — natürlich im Blätheschen Sinn völkischen — und sittlichen Erneuerung Deutschlands“ bestimmt zu werden. Und der gute Oken, der bekannte Naturphilosoph vom Anfang des vorigen Jahrhunderts, wird ihm zum Eideshelfer des Militarismus. Obzwar der Titel der herangezogenen Oken'schen Schrift „Neue Bewaffnung, neues Frankreich, neues Deutschland“ (1814 erschienen) alles andere vermuten läßt als eine Rachepredigt, so würde, nach Bläthe, Oken doch, „lebte er in der jetzigen tieftraurigen Zeit, uns gewiß zurufen: „Ihr Zoologen, wißt, daß der Kampf ums Dasein die Lebewesen beherrscht, und daß jedes Volk dem Untergang geweiht ist, welches den gesunden Instinkt der Verteidigung seines Bodens und seiner heiligsten Güter verliert! Darum bekämpft das elende pazifistische Geschwätz und deutscher Elemente, welche unser Volk vergiften!“ Eine in jedem Sinne „zoologische“ Betrachtungsweise!

Dieser Gewaltpolitiker und seine Gefinnungsfreunde an deutschen Hochschulen begrüßten die Ausschreitungen der hannoverschen Studierenden gegen einen politisch ihnen unangenehmen Dozenten mit Genugtuung. Wie sich die Zeiten geändert haben! Wie anders verfahren doch in der Vorkriegszeit die Universitätsbehörden, wenn sie oppositionelle Regungen, selbst leiserer Art, bei den Studenten zu spüren glaubten.

Es war in den schönen Zeiten des Rektors Ahlwardt, eines Liebermann von Sonnenberg, des Drehschraffen Pückler im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der „Berein deutscher Studenten“, die Vorläufer der Hakenkreuzler, auf der einen, die „Freie wissenschaftliche Vereinigung“ auf der anderen Seite, führten miteinander scharfe Kämpfe nach studentischer Art. Die Universitätsbehörden ließen die Sonne ihrer Günst selbst-

verständlich nach rechts strahlen, während man gegen die Freie wissenschaftliche Vereinigung kalt und überwollend sich zeigte. Als der hervorragende Parlamentarier Eduard Lasker 1884 in Amerika einem Herzschlag erlegen war und nach der letzten Reise in die Heimat beigesetzt werden sollte, hielt die Freie wissenschaftliche Vereinigung es für ihre Pflicht, dem Ehren doktor zweier deutscher Universitäten, dem um die Befehdung hochverdienten Manne in studentischen Formen das letzte Geleit zu geben. Kaum war dieser Freud' ruckbar geworden, als der Vorstand sofort vor den Universitätsrichter Herrn Danne geladen und ihm von dem eifrigeren ehemaligen Staatsanwalt aufs allerhöchste die Beteiligung an der Befehdung als eine grobe Ungehörigkeit verwiesen wurde, wie sie im Wiederholungsfalle zur Relegation führen würde. Schüchterne Einsprüche der Sünder wurden durch schmetternde Drohungen niedergebückt. So verfuhr man damals mit Studenten, die eine selbstverständliche Ehrenpflicht am Grabe eines bedeutenden Mannes erfüllt hatten — lediglich weil der ein Gegner Bismarcks gewesen war.

Heute nach der Revolution dürfen rechtsgerichtete studentische Fanatiker und Radaumacher die schwersten Verstöße gegen die Ordnung ungestraft verüben. Jeden der Teilnehmer aber an der Befehdung Laskers, zu denen auch der Verfasser gehört, hat man gekennzeichnet durch nachstehenden Vermerk auf dem Abgangszeugnis:

„Hinsichtlich seines Verhaltens auf der hiesigen Universität ist zu bemerken, daß er am 15. Februar 1884 von dem Rektor wegen Vergehens gegen die akademische Ordnung mit einem Verweise bestraft worden ist.“

So ging man damals gegen angebliche „politische Demonstrationen“ von innerlich freilich gesonnenen Studierenden vor. Heute schließt ein demokratischer Minister ein Kompromiß mit studentischen Rüpel, die nicht gerade einer Pflicht der Pietät genügt haben.

Sir Ronald Lindsay - d'Abernons Nachfolger

Von Konstantinopel nach Berlin.

London, 15. Juli. (W.D.) Der englische Botschafter in Konstantinopel Sir Ronald Lindsay ist zum Botschafter in Berlin ernannt worden und der englische Gesandte in Prag, Sir George Russell Clerk zum Botschafter in Konstantinopel.

Die Frage der Ersetzung des verdienstvollen Botschafters Lord d'Abernon durch eine jüngere Kraft ist seit mindestens drei Jahren wiederholt erörtert worden, doch wurde ihre Lösung immer wieder hinausgeschoben. Nunmehr ist die Ernennung seines Nachfolgers offiziell. Sir Ronald Lindsay war lange Jahre Botschafter in Konstantinopel, d. h. auf einem für England ebenso wichtigen wie leichten Posten. Seine Ernennung zum Botschafter in Berlin bedeutet wohl eine besondere Anerkennung für das von ihm jüngst glücklich vollendete schwierige Werk des Rostoffriedens zwischen London und Angora.

Kasernen für Wohlfahrtszwecke.

Beschluß der Stadt Köln.

Köln, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer Donnerstagssitzung eine größere Vorlage, durch die die Kölner Kasernen zu sehr vorteilhaften Bedingungen von der Stadt teils angekauft, teils gemietet werden. Die Stadtverwaltung hat die Absicht, die Räume in der Hauptsache für Aufgaben der Wohlfahrtspflege bereitzustellen. So soll in einem großen Kasernenblock ein Stetten- und Sozialrentnerheim geschaffen werden, das über 2000 Personen Unterkunft bieten wird. Die ehemalige Deutzer Kürassierkaserne soll zu einem großen Zentralmuseum für Vorgeschichte, Naturwissenschaften und Sozialhygiene ausgebaut werden. Außerdem soll heir das große Rheinische Museum untergebracht werden, das als Fortsetzung der Kölner Jahrtausendausstellung gedacht ist.

Die britische Reichskonferenz ist auf den 5. Oktober nach London einberufen.

Königliche Republiken.

Wenn jemand eine Reise macht, so kann er viel erzählen. Besonders aber dann, wenn er durch unsere herrliche deutsche kaiserliche und königliche Republik fährt. In Dresden gab ich auf dem Hauptbahnhof meinen Koffer auf und ließ ihn, da ich ein vorsichtiger Mensch bin, versichern. Auf dem Quittungs- und Ausweiszeitel prangte stolz und gottesfürchtig: „Königlich Sächsischer Güterabfertigung“. Der Wortlaut kann auch etwas anders gelaute haben, aber auf jeden Fall stand auf dem Wisch, den mir ein republikanischer Reichsbahnbeamter gab, „königlich“. Ich zog beruhigt davon und mußte mein Gepäck in sicherer Obhut, denn unter Wilhelm II. und Friedrich August ist mir nie etwas geklaut worden.

Von Dresden fuhr ich über Leipzig nach Bad Rissingen. Dort wollte ich meine Gallensteine, die mich schon seit Jahren plagten, in ein besseres Dasein befördern. Nur mein Geld wurde ich los, die Gallensteine blieben mit treu. Doch das gehört nicht hierher.

Bad Rissingen liegt bekanntlich in der schönen Republik Bayern — Beyerlich! — ich wollte schreiben: Königreich Bayern. Nach der Verfassung ist Bayern zurzeit ein republikanischer Volksstaat, aber nur der Verfassung nach und um die kümmern sich die verköniglichsten Bayern herzlich wenig. In Bad Rissingen ist königlich Trumpf! Auf Schildern und Warnungstafeln, die in Parkanlagen stehen oder an Hauswänden kleben, ist klar und deutlich zu lesen:

Königliche Badeverwaltung oder
Königliches Kurkommissariat oder
Königlicher Kurpostplatz oder
Königliches Kurpostbad usw.

Dabei werden in jedem Jahre Bänke und Stühle, die sich in den Parkanlagen und der Wandelhalle befinden, neu gestrichen. Aber an die veralteten Schilder traut sich anscheinend ein echter königlich Rissingen nicht heran. An einer Tafel hatte ein Kurgast das „königlich“ die ausgestrichen. Einige Tage später sah man Rabierverfälsche, die aber erfolglos blieben. Ja, ja, was tut man nicht alles von wegen der angestammten Treue zum Herrscherhause. Ich habe manchen Ausländer gesehen, der mit einem Bader derartige Räggen las, die von republikanischen Staatsbeamten liebevoll geduldet werden. So sorgen wenigstens die Bayern dafür, daß die unsterbliche teutsche Reichshäufigkeit immer wieder Sachobjekt der ganzen Welt wird.

Nun aber kommt erst das Reiterstück Rissingens! Wie jedes deutsche Städtchen und Dörflein sein eigenes Kriegedenkmal haben muß und dafür die Kriegstruppe betteln schickt, hat sich auch Bad Rissingen eins zugelegt. Und was für eins! Es ist ein Kunstwerk von ganz besonderer Bedeutung und zeigt deutlich, auf welcher hohen Kulturstufe sich wieder unser Deutschland befindet. Das geschmackvolle Denkmal steht — leider etwas versteckt — an der Kirchenmauer, im Schutze einer katholischen Kapelle. Auf einem hohen Sockel bäumt sich vor Schmerzen ein „bayerischer“ Löwe. In seinem Leib steckt — a, wie immer — ein von hinten

hineingejagter Spieß. Der berühmte Dolchstoß von hinten als Ehrenmal für tote deutsche Krieger, die auch für Bayern ihr Leben hingaben. Heil Bayern! Heil Rissingen! Heil dem deutschen Künstler, der dieses Nachwerk schuf!!! Und damit dem Denkmäl nichts Gefährliches kann, wird es von einem biden Stachelndrahtzaun geschützt.

Es ist nur gut, daß die deutschen Republikaner so schrecklich geduldig und gutmütig sind und derartige schäbige Räggen mit einem Achen abtun. Denn, blätten die deutschen Republikaner diese Eigenschaft nicht, dann würde so mancher edle Teutsche ständig mit einer blauen Brille umherlaufen und würde alles „Königliche“ und „Mit Gott für Kaiser und Reich“ bei Nacht und Nebel spurlos verschwinden.

Erich Rehter.

Das Beethoven-Denkmal.

Die Bedingungen für die Ausschreibung zur Erlangung von Modellentwürfen für das Beethoven-Denkmal sind jetzt endgültig festgelegt. Das Denkmal soll bekanntlich voraussichtlich auf dem Bülowplatz, vor dem Hause der Volksbühne, aufgestellt werden. Der Wettbewerb ist enger, und zwar unter den Bildhauern Barlach, Belling, Breuer, Kolbe, Lederer, Ranzel, Placzel und Scharff. Die Bestattung des Werkes wird dem Künstler überlassen. Ebenso steht es ihm frei, Vorschläge für die Umgestaltung des in Aussicht genommenen Platzes zu machen, soweit sich diese aus seinem Entwurf ergeben. Die Gesamtkosten für die Beethoven-Ehrung sollen den Betrag von 120 000 Reichsmark nicht überschreiten. Die Wettbewerber dürfen für ihren Entwurf — etwa für dessen architektonischen Teil — nach freier Wahl einen Mitarbeiter heranziehen. Für die Ausführung des Denkmals kann Bronze oder Stein in Aussicht genommen werden. Der Künstler hat das für seinen Entwurf gedachte Material an seinem Modell zu kennzeichnen. Die Modelle sind im Maßstab 1 zu 5 der vom Künstler in Aussicht genommenen Ausführungsgröße, in Gips hergestellt, bis zum 15. Oktober 1926, nachmittags 1 Uhr, abzuliefern.

Die Entscheidung über den Wettbewerb trifft ein Preisgericht, bestehend aus: Oberbürgermeister Böck, Bürgerdeputierter Maler Baluschel, Stadtverordneter Kammergerichtsrat Dr. Caspari, Bildhauer Prof. Gerstel, Bürgerdeputierter Geh. Baurat Dr. Rudw. Hoffmann, Stadtverordneter Horlich, Bildhauer Prof. Fröh Klimke, Bürgerdeputierter Maler Prof. Langhammer, Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern, Bildhauer Prof. Konstantin Stark, Ministerialrat Prof. Dr. Waeholdt. Im Falle der Behinderung einzelner Preisrichter treten für diese aus der folgenden Aufzählung Stellvertreter in das Preisgericht ein, und zwar derart, daß eine Mehrheit der Preisrichter aus Künstlern bestehen bleibt: Bürgermeister Scholz, Stadtverordneter Geh. Justizrat Dr. Dove, Bildhauer Prof. Kraus, Bildhauer Prof. J. Limburg, Magistratsoberbaurat Meyendorff, Stadtrat Gabel, Stadtverordneter Direktor Geh. Bildhauer Morin, R. d. R. Dr. Theodor Heuß, Bildhauer Prof. Wend, Vandeslustkonservator Hiede.

Es bleibt der Bestimmung der Stadt Berlin vorbehalten, ob das Denkmal nach einem der Wettbewerbentwürfe ausgeführt

werden soll. Nach erfolgter Entscheidung des Preisgerichts werden die eingereichten Entwürfe acht Tage lang öffentlich ausgestellt. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende dringliche Vorlage über diese Beethoven-Ehrung zugegangen.

Zur Opernhausfrage. Der Vorstand des Berliner Architekten- und Ingenieur-Vereins hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschiedenheit einstimmig angenommen: „Durch den Beschluß des Landtages vom 30. Juni 1926 ist die Entscheidung über das fernere Schicksal des Opernhausumbaus gefallen. Danach soll nunmehr der Vorschlag der Regierung zur Ausführung kommen, der einen beiderseitigen kurzen Anbau des Bühnenhauses vorsieht. Gegen diesen Entwurf ist in einem langen untreulichen Pressefeldzug von der Akademie der Künste und dem Bund Deutscher Architekten Sturm gelaufen worden, ohne daß die sachlichen Grundlagen des Projekts, insbesondere die Verkehrsnotwendigkeiten, vorher gebührend berücksichtigt worden sind. Der Architekten- und Ingenieur-Verein Berlin bebauert deshalb auf das lebhafteste, daß dieser Streit einen solchen Umfang in der Öffentlichkeit annehmen konnte und daß die gesamte Presse, das Parlament und sogar der Reichspräsident damit befaßt worden sind. Dieser Streit ist auch ein Schulbeispiel dafür, daß die Groß-Berliner Städtebauaufgaben endlich einer starken führenden Hand bedürfen. Die Wahl des Stadtbaurats, die sich schon endlos hinzieht, ist daher ein dringendes Erfordernis, dem schleunigst Rechnung getragen werden muß, wenn die Öffentlichkeit nicht dauernd durch ähnliche Verkehrs- und Bauprobleme beunruhigt werden soll. Es ist einer Großstadt wie Berlin unwürdig, daß das Schicksal ihrer städtebaulichen und baukünstlerischen Gestaltung — wenn auch nur vorübergehend — nicht in den Händen eines fachkundigen Technikers liegt.“

Auch ein „gemeinnütziger“ Verein. Im neuesten Heft der Mitteilungen des Verbandes der konzertierenden Künstler Deutschlands warnt die Verbandsleitung ihre Mitglieder vor Abschlüssen mit der Orisgruppe Feig des Bühnen-Volksbundes. Der Bühnen-Volksbund ist bekanntlich der „christlich-nationale“ Konkurrent des Volksbühnenbundes.

Zum Direktor des Sächsischen Museums in Halle wurde Dr. Klaus G. H. ernannt. Schmidt ist 1889 geboren und hat in Berlin und Würzburg Philologie und Kunstgeschichte studiert. In Berlin war er Assistent Kallit in der modernen Abteilung der Nationalgalerie im Kronprinzenpalast. Durch seine Tätigkeit in Dessau und Dresden, wo er im Gemeindefall mit seiner Gattin, der bekannten Schauspielerin Mary Dietrich, ein Kulturinstitut nach neuem originalen Grundgedanken errichtete und eine Galerie moderner Meister zusammenbrachte, hat er sich in kunstintellektuellen Kreisen bekanntgemacht.

Eine deutsche Gesamtausgabe der Werke von Hermann Bang ist, wie der S. Fischer-Verlag in Berlin mitteilt, in Vorbereitung und soll zum Herbst erscheinen.

Vom russischen Theater. Der Rechen-Kalkülbericht Zumalsharins über die Theaterallianz in Wladivostok und Krimgrad bezeichnet als das wichtigste Ereignis das Drama „Samur“ von G. I. I. Das Stück stellt einen unter dem Gesichtswinkel der Klassenkampftheorie gesehenen Konflikt im alten Baddion dar. Zumalsharins ist überzeugt, daß dieses Theater sich für das Stück interessieren werden.

Zeugniszwang gegen Journalisten.

Der Fall Lania und seine prinzipielle Bedeutung.

Der Rechtsvertreter des Schriftstellers Lania, Genosse Pevl, hat an den preussischen Justizminister die folgende Eingabe gerichtet:

„Ich nehme Bezug auf meine wiederholten mündlichen und telephonischen Vorstellungen in der Angelegenheit des Journalisten Leo Lania und erlaube mir nunmehr weiter folgendes vorzutragen:

Wie bekannt, ist nunmehr gegen diesen auf Grund des Beschlusses des Amtsgerichts Charlottenburg vom 8. Oktober 1925 der Vollzug einer Haftstrafe von 20 Tagen Haft angeordnet worden. Ich habe bereits in den früheren Verhandlungen darauf hingewiesen, daß und aus welchen Gründen die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen einen Journalisten in einem Falle wie diesem unzulässig sei. Wenn ich auch zugeben muß, daß der Wortlaut der Strafprozeßordnung dem Journalisten ein Recht zur Zeugnisverweigerung nicht gibt, wie es beispielsweise der Anwalt oder der Arzt hat und wie auch der Journalist es zweifellos auf Grund der ZPO hat, so glaube ich, dürfte doch nicht außer acht gelassen werden, daß der Strafprozeß letzten Endes nicht, jedenfalls in der Theorie, die Aufgabe hat, gewisse sittliche Begriffe zu verwirklichen, und daß daher der Strafprozeß da aufhört, wo er beginnt, sich mit sittlichen Anschauungen weiter Volkstreu und bestimmter Berufsorganisationen in Widerspruch zu setzen. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß bei einer Neugestaltung der Strafprozeßordnung entsprechend der jetzigen sittlichen Anschauung aller in Betracht kommenden Kreise das Zeugnisverweigerungsrecht des Journalisten geschriebenes Recht werden wird. Wenn die Gesetzgebung naturnotwendigerweise der Herausbildung gewisser sittlicher Begriffe nachsteht, nicht Schritt mit ihnen hält, so ist es Aufgabe einer vernünftigen Rechtsanwendung, schon vor der Aenderung des geschriebenen Rechtes diesen sittlichen Anschauungen Rechnung zu tragen.

Dies um so mehr in einem Falle, wo die Anwendung der Zwangsmittel durchaus in das Belieben der Strafverfolgungsbehörden gelegt ist. Halten die Strafverfolgungsbehörden es nicht für opportun, einen Zeugen zu vernehmen, so können sie ohne weiteres und ohne irgend sich selbst in Widerspruch mit dem Gesetz zu setzen, auf dessen Vernehmung verzichten. Es ist also gerade in den Fällen des Zeugniszwanges durchaus nicht so, daß die Behörden sich auf eine ihnen selbst unangenehme, aber starr vorgeschriebene Pflichterfüllung berufen können. Die Durchdringung des Zeugniszwangsverfahrens in einem solchen Falle verrät vielmehr nichts anderes als bürokratische Starrsinn zum mindesten, wenn nicht schlimmere Motive zugrunde liegen.

Im vorliegenden Falle erlaube ich mir auf folgendes hinzuweisen. Ich glaube aus den früheren wiederholten Vorstellungen im Justizministerium in dieser Angelegenheit entnehmen zu haben, daß auch das Justizministerium die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens im gegenwärtigen Falle nicht eben als eine erfreuliche Erscheinung ansieht. Ich habe entsprechend der Anregung, die ich feinerzeit aus dem Justizministerium erhielt, mich mit Eingaben vom 17. August und vom 21. Oktober 1925 an die Staatsanwaltschaft in Halle gewendet. Ich konnte auf Grund der Unterredungen, die ich im Justizministerium hatte, der Annahme sein, daß das Justizministerium seine Zustimmung von der Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen einen Journalisten gegenüber der zuständigen Staatsanwaltschaft in Halle klarlegen würde, wozu das Justizministerium ja bekanntlich gegenüber der Staatsanwaltschaft das volle Recht hat. Die Staatsanwaltschaft selbst ist auf Grund des § 196 der StrPO. durchaus in der Lage, beim Untersuchungsrichter auf die Abstellung des Zeugniszwangs hinzuwirken; erfahrungsgemäß finden solche Anträge der Staatsanwaltschaft bei dem Untersuchungsrichter volle Berücksichtigung. Statt nun diesen, wie ich annehmen muß, ihm bekannten Intentionen des Justizministeriums Folge zu leisten, hat der Oberstaatsanwalt in Halle auf meine Eingabe vom 21. August 1925 mir mitgeteilt, daß er meine Eingabe an den Herrn Untersuchungsrichter weitergereicht habe.

„einen Antrag dazu habe ich nicht gestellt, da Herr Lania in seiner Eigenschaft als Journalist ein Zeugnisverweigerungsrecht nicht zusteht“.

Auf meine wiederholte Eingabe hat mir der Oberstaatsanwalt in Halle mitgeteilt, daß sie ihm keinen Anlaß gäbe, von seinem Schreiben vom 21. August 1925 abzugehen. Im Gegensatz also zu den, wie ich annehme, Intentionen des Justizministeriums hat der Oberstaatsanwalt in Halle eine Antragstellung auf Grund des § 196 StrPO. abgelehnt und jeder Kundige weiß, daß eine solche Weigerung in jener Lage des Verfahrens und unter Berücksichtigung seiner besonderen Umstände nichts anderes ist als eine offene Billigung des angewandten Zeugniszwangs.

Zu diesen allgemeinen Erwägungen kommt noch folgendes: Wie Herr Lania bereits mitgeteilt hat, ist er bereit, zu beschwören, daß er Kenntnis von den in Frage stehenden Urkunden weder von dem Beschuldigten Damrath noch überhaupt von irgendeinem Beamten bekommen habe, daß ihm vielmehr die Nachricht aus völkischen Kreisen mitgeteilt worden sei. Die Preisgabe der Namen dieser völkischen Kreise würde, wie bekannt ist, für die Betroffenen besondere Folgen haben. Ich verkenne den ernstlichen Willen der preussischen Justizverwaltung nicht, gegen gewisse Erscheinungen und Auswüchse der sogenannten illegalen Organisationen einzuschreiten. Ich kann mich aber nicht davon überzeugen, daß die preussische Justizverwaltung des einheitlichen Willens aller ihrer Organe in einem Maße sicher sei, daß den einzelnen Staatsbürger gegen die Folgen solcher Auswüchse Sicherheit gewährt werden könne. Mit anderen Worten: Die Personen, die Herrn Lania informiert haben, stehen bei ihrer Bekanntgabe in Gefahr, ernstlichen Schaden an Leib und Leben zu nehmen. Hiergegen kann ihnen vorläufig niemand Sicherheit gewähren, weder der Herr Oberstaatsanwalt in Halle noch der Herr Untersuchungsrichter. Unter diesen Umständen das Zeugniszwangsverfahren durchzuführen, heißt nichts anderes, als Fernemärtern neue Opfer auf die Schlachttbank zu treiben. Ich weiß nicht, wie weit das preussische Justizministerium es mit ansehen kann, daß seine Organe dabei behilflich sind.

Unter diesen Umständen bitte ich erneut und dringend, die Staatsanwaltschaft in Halle zu veranlassen, an den Herrn Untersuchungsrichter mit den Anträgen ersichtlich heranzutreten, die geeignet sind, die weitere Fortführung des Zeugniszwangsverfahrens zu unterbinden.“

Die Eingabe hat Bedeutung nicht nur für den Fall Lania. Es wird von Interesse sein, die Stellung des Justizministeriums zur Frage des Zeugniszwangs gegen Journalisten kennen zu lernen.

Zunächst freilich wäre es seine Aufgabe, die skandaloöse Anwendung des Zeugniszwangs gegen Lania zu unterbinden.

Deutschnationale und Ausländer.

Das Reichsarbeitsministerium gegen Genossen Hörning.

Genosse Hörning hat in einem Artikel, der am 14. Juli im „Vorwärts“ erschien, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß hunderttausende von polnischen Landarbeitern in Deutschland arbeiten, während deutsche Landarbeiter zu hunderttausenden arbeitslos sind.

Gegen seine Darstellung wendet sich nicht die Interessenvertretung der Großagrarier, sondern — das Reichsarbeitsministerium. Es erklärt:

Am Jahre 1925 waren in ganz Deutschland insgesamt 278 600 ausländische Arbeiter zur Beschäftigung zugelassen oder im Besitz des Befreiungsscheins. Davon entfielen auf die Landwirtschaft 148 600, auf die Industrie 130 000. In diesen Zahlen sind einbegriffen auch die Arbeiter in den Ländern, die das Legitimationsverfahren nicht kennen, da die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter im ganzen Deutschen Reich der behördlichen Genehmigung bedarf. Die in der Zusammenstellung unter Ziffer II angeführten 60 000 landwirtschaftlichen Arbeiter sind daher bereits in der Ziffer I enthalten. In der Zusammenstellung sind weiter unter Ziffer III 148 000 Ausländer aufgeführt, die angeblich in Preußen ohne behördliche Genehmigung arbeiten. Es mag zutreffen, daß sich im Deutschen Reich ausländische Arbeiter befinden, die sich bisher der polizeilichen Kontrolle entzogen haben. Ihre Zahl ist aber nur gering und wird dadurch aufgewogen, daß von der behördlichen Zulassung nicht in vollem Umfang Gebrauch gemacht wird. Die Zusammenstellung erhöht weiter in Ziffer IV die Zahl der ausländischen Arbeiter um 390 000 Kinder über 10 Jahre. Es widerspricht der Uebung, Kinder unter 14 Jahren als Vollarbeiter zu rechnen. Die Zahl der Kinder beträgt im übrigen weit weniger. Eine in Preußen im Januar dieses Jahres vorgenommene landwirtschaftliche Betriebskontrolle hat ergeben, daß auf etwa zwei Arbeiter über 14 Jahre ein Kind unter 14 Jahren kommt. Dabei hat diese Kontrolle gerade die kinderreichen ausländischen Landarbeiterfamilien erfaßt, die über den Winter in Deutschland geblieben sind. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, die im Frühjahr des Jahres als Wanderarbeiter nach Deutschland gekommen sind, haben keine Kinder mitgebracht. Das Verhältnis der landwirtschaftlichen Wanderarbeiter über 14 Jahre zu den Kindern unter 14 Jahren ist infolgedessen zurzeit etwa so, daß auf drei bis vier Erwachsene ein Kind kommt. Heranzuziehen ist noch, daß die oben erwähnte Zahl von 130 000 ausländischen Industriearbeitern etwa zu 70 Proz. aus Deutschstämmigen besteht, die nur bedingt als Ausländer anzusehen sind und vornehmlich für die Erteilung von Befreiungsscheinen in Betracht kommen. Alles in allem ist somit festzustellen, daß die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in Deutschland die Höhe von 278 600 tatsächlich nicht überschreitet, vielmehr kaum erreicht. Auch diese Ziffer ist allerdings höher als der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes entspricht. Aber Reich und Länder sind bemüht, eine wesentliche Senkung dieser Zahl herbeizuführen.“

Ob die beiden Schätzungszahlen Hörnings, nämlich 148 000 Wanderarbeiter in Preußen ohne Legitimation und 390 000 Vollarbeitskräfte, die sich aus den Kindern der polnischen Wanderarbeiter rekrutieren, tatsächlich so hoch sind, wie das Ministerium persifliert, müssen wir doch sehr bezweifeln. Was die Schwarzarbeiter betrifft, so hat Hörning den Kreis Osterburg als Grundlage für seine Berechnung herangezogen, wo sich 352 ausländische Landarbeiter ohne Legitimation aufhielten.

Wie wir vom Landarbeiterverband hören, gibt es eine ganze Reihe von Bezirken, wo selbst nach Auffassung bürgerlicher Kreise eine ganze Menge Schwarzarbeiter beschäftigt sind. Man schätzt sie auf 80 000 bis 100 000. Daß ferner die polnischen Landarbeiter auch jugendliche Arbeitskräfte, die sie als ihre Kinder ausgeben, nach Deutschland hereinbringen, wird ebenfalls von den Sachfernern nicht bestritten. Diese jugendlichen Landarbeiter sind sehr billig und deshalb den Gutsbesitzern besonders willkommen. Hörnings Schätzungen mögen zu hoch gegriffen sein.

Allein, wie dem auch sein mag, es bleibt von den Schätzungen Hörnings auf jeden Fall immer noch — leider —

viel zu viel übrig. Es kann ja auch gar nicht anders sein; denn an allen Ecken und Enden werden polnische Landarbeiter und Landarbeiterinnen beschäftigt, wo im gleichen Ort deutsche Landarbeiter arbeitslos sind und wo also die Wohnungsfrage keine Rolle spielt. Die Gründe dafür sind bekannt. Die Gutsbesitzer wollen Arbeitsklaven — keine Arbeiter.

Der Patriotismus der Landwirte.

Deutsche Landarbeiter hungern zugunsten der Ausländer.

Dem Reichstag lagen kürzlich Anträge vor, die von der Reichsregierung ein schärferes Vorgehen gegen die Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter verlangen. In der den Anträgen beigegebenen Begründung wurde gesagt, daß es unverantwortlich ist, ausländische Wanderarbeiter in einer Zeit zu beschäftigen, in der ein gewaltiges Heer von arbeitslosen deutschen Arbeitern vorhanden ist.

Wie berechtigt dieses Vorgehen im Reichstag war, beweist das Material, das seitens der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Magdeburg gesammelt und kürzlich den zuständigen Regierungsstellen zugänglich gemacht wurde. Danach steht folgendes fest:

Eine kürzlich in der Gemeinde Cöchstädt, Kreis Quedlinburg, vorgenommene Feststellung ergab die Beschäftigung von 60 männlichen und 107 weiblichen polnischen Arbeitskräften. Zu derselben Zeit, als das festgestellt wurde, zählte die Gemeinde 46 arbeitslose deutsche Landarbeiter und Landarbeiterinnen. Dazu kommt noch eine Anzahl erwerbsloser Industriearbeiter, die der Landarbeit kundig und auch gewillt sind, in der Landwirtschaft Beschäftigung anzunehmen.

In der Gemeinde Dittleben, Kreis Ochersleben, wurde festgestellt, daß 17 männliche und 67 weibliche polnische Arbeitskräfte beschäftigt werden und 17 deutsche Landarbeiter erwerbslos sind.

Auf dem Rittergut Kannenberg, Kreis Osterburg, wurden kürzlich 4 deutsche Landarbeiter entlassen, weil sie vor dem Schließungsausbruch die Zahlung der tariflichen Entlohnung durchgesetzt hatten. Zu derselben Zeit, als die Entlassung erfolgte und die Landarbeiter in das Heer der Arbeitslosen gestossen wurden, beschäftigte der Betrieb 36 polnische Arbeitskräfte.

Die Nachforschungen in der Gemeinde Drakenstedt, Kreis Wolmirstedt, ergaben, daß die Arbeitgeber insgesamt 27 polnische Arbeitskräfte beschäftigten, obwohl ihnen bekannt war, daß die Gemeinde 8 arbeitslose deutsche Landarbeiter zählte.

Mit solchen Feststellungen wird in der deutlichsten Weise veranschaulicht, was von den patriotischen Redensarten mancher landwirtschaftlicher Unternehmer zu halten ist. Hier zeigt sich, daß erst der persönliche Vorteil kommt und dann denkt man an die Pflege des Deutschtums und an das Mitempfinden mit der Notlage der Mitmenschen. Die Frage ist, wie sich die Sachausschüsse der zuständigen Arbeitsnachweise zu den Dingen stellen. Haben sie keine Kenntnis davon oder wollen sie sich nicht den Joch der Vorherrschaft zugiebeln? Beides wäre unverantwortlich und müßte die vorsehenden Behörden zwingen, energisch Einspruch zu erheben.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat auf seiner letzten Generalversammlung folgenden Grundsatz zur Frage der Ausländerbeschäftigung beschlossen:

„Auf deutschem Boden sollen in erster Linie deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Ausländer sollen erst dann in Frage kommen, wenn ein tatsächlicher Bedarf festgestellt ist. Bei der Beschäftigung der ausländischen Wanderarbeiter ist darauf zu achten, daß sie unter denselben Bedingungen erfolgt, die für die deutschen Landarbeiter in Geltung sind.“

Pflicht aller verantwortlichen Angestellten und gerecht denkenden Kreise ist es, dafür einzutreten, daß dieser Grundsatz ein solcher jeder Reichsregierung und jeder mit der Ausländerbeschäftigung in Berührung kommenden Behörde wird.

Arbeitsgemeinschaft Hitler-Held!

Enthüllungen des völkischen Abgeordneten Dörfler.

München, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich einer Versammlung der völkischen Freiheitspartei München im Februar dieses Jahres mit Graf Reventlow als Redner schrieb das Organ Hitlers, der „Völkische Beobachter“ von der Fraktion des völkischen Blocks im Bayerischen Landtag als von einer Gruppe der Stänkerer und Verrätergefinde. Das führte zu einer Beleidigungsklage von sieben völkischen Landtagsabgeordneten gegen Hitler und den verantwortlichen Redakteur seines Blattes, die am Donnerstag vor dem Amtsgericht in München verhandelt wurde. In einer einstündigen Rede gab Hitler selbst ein Bild der Zerspaltung innerhalb der völkischen Bewegung und betonte dabei, daß die heutigen völkischen Abgeordneten bei den Wahlen 1924 bindend auf seinen Namen gewählt worden seien und daß auch nur in seinem Namen Finanzierung der Wahl möglich gewesen sei. Für die Kläger sprach der völkische Landtagsabgeordnete Dörfler, von Beruf Landgerichtsrat. Dieser war in der Lage, mit Erlaubnis des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Held folgende Sensation bekannt zu geben: Hitler war am Tage nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt Landsberg bei Held und bat um Begnadigung seiner Mitgefangenen. Am anderen Tage sprach er noch einmal bei Held vor und erklärte sich bei dieser Gelegenheit bereit, seine Person der Bayerischen Volkspartei zur Verfügung zu stellen und dafür einzutreten, daß die auf der völkischen Liste gewählten Abgeordneten sich an einer Regierung mit der Bayerischen Volkspartei beteiligen würden.

Bei der Weitergabe dieser Begebenheit durch den Abgeordneten Dörfler wurde Hitler im Gerichtssaal außerordentlich aufgeregt und schlug wiederholt mit der Faust auf den Tisch, so daß er mehrmals vom Richter zur Ordnung aufgerufen wurde.

In der weiteren Verhandlung wandte sich der Kläger Dörfler noch einmal persönlich an Hitler, wobei er erklärte: „Die nächsten Wahlen werden sowohl für uns vom völkischen Block als auch für Sie, Herr Hitler, ein großes Debakel bringen. Wir geben aber dann wenigstens mit gutem Gewissen aus dem Landtag hinaus!“

Hitler versuchte zum Schluß die fatale Angelegenheit seines Besuches beim Ministerpräsidenten Dr. Held und sein Angebot an diesen zu vertuschen. Es blieb aber bei einem jämmerlichen Versuch. Hitler hatte außerdem einen außerordentlich umfangreichen Beweisantrag mit nicht weniger als 50 benannten Zeugen dem Gericht übergeben.

Es wurde deshalb die Verhandlung bis auf weiteres unterbrochen, um der Klägerpartei Gelegenheit zu geben, diesen Beweisantrag zu studieren. Auch von dieser Seite wurden dann rund 50 Zeugen benannt, darunter der Ministerpräsident Dr. Held.

Der Rakosi-Prozess.

Aussagen gegen die Sozialdemokratie.

Wien, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag hat in Budapest der große Kontraprozess gegen den ehemaligen ungarischen Volkskommissar Matthias Rakosi und Genossen begonnen. Unter den Angeklagten befindet sich auch Stefan Bagl und Mada Weishaus. Dieser hatte im Januar 1925 an einer von der Internationale in Wien einberufenen Konferenz teilgenommen, die den ungarischen Parteistreit zu schlichten versucht. Der Prozeß wird auch über die politische Stellung dieser Männer wie über die Richtung der abgeplitterten Parteigruppe, die sich „Ungarische sozialistische Arbeiterpartei“ nennt, Klarheit bringen. Nicht weniger als 54 Angeklagte füllen den Saal. Auf den Tribünen befinden sich eine Reihe ausländischer Zuhörer, darunter auch der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld. Die beiden ersten Sitzungen sind nach der Feststellung der Personalien, die sich über Stunden hinzieht, fast ganz mit der Vernehmung Rakosis ausgefüllt. Rakosi spielt sich als Nationalbolshewist auf und benutzt seine Vernehmung zu einer stundenlangen Besprechung der ungarischen Sozialdemokratie, die Ungarn und ihre Mission verraten habe.

Die „Republika“, unser Budapest-Parteiblatt, beschäftigt sich in einem „Verschönerung gegen die Sozialdemokratie“ überschriebenen Artikel mit dem Prozeß. Sie tritt mit großer Entschiedenheit dafür ein, daß den Kommunisten die legale Tätigkeit gestattet werde und nimmt scharf gegen die Regierung Stellung, die Verbreiter von Flugchriften und Verschieber von Ideen, die in der ganzen Welt frei für ihre Anschauungen werben können, als Hochverräter anflingt. Gleichzeitig betont sie, daß es der Regierung offenbar gar nicht so unangenehm sei, wenn ihr stärkster Gegner, die Sozialdemokratie, im Gerichtssaal verurteilt und in den Not gezogen werde. Sie fordert die Einstellung des unsinnigen Prozesses und erklärt, daß sich die Sozialdemokratische Partei stark genug fühle, aus eigener Kraft und vor den Arbeitern selbst den Kampf gegen die kommunistische Brunnenvergiftung zu führen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Not der jugendlichen Erwerbslosen.

Wie steht's mit der Fortbildung?

Auf die besondere Notlage der ungelerten jugendlichen Erwerbslosen ist im Laufe des letzten Halbjahres bei den verschiedensten Gelegenheiten hingewiesen worden. Trotzdem liegen bei der Fortbildung der jugendlichen Arbeitslosen die Dinge noch immer sehr im Argen. Der größte Teil der jugendlichen Arbeitslosen besteht aus ungebildeten Arbeitskräften. Im Kriege wurde in der Schule nicht viel gelernt und in der Nachkriegszeit ging es schnell in irgendeinen Betrieb, damit sich etwas Geld verdienen wurde. Während der Inflationszeit bestand starke Nachfrage nach jugendlichen Hilfskräften. Das alles führte dazu, daß wir heute einen sehr

hohen Prozentsatz ungelerner jugendlicher Arbeitskräfte

haben. Dazu kommt infolge der Rationalisierung eine scharfe Auslese und weitere Verringerung der an sich schon geringen Unterbringungsmöglichkeiten. Die wenigen Kenntnisse und Fertigkeiten der ungelerten jugendlichen Arbeitslosen gehen infolge der monatelangen Untätigkeit völlig verloren. Die Gewerkschaften haben wiederholt mit Nachdruck sich für die

Fortbildung und Umschulung

der jugendlichen Arbeiter und Angestellten eingesetzt. Vom Staat sind für die Gemeinden, die Fortbildungsmöglichkeiten schaffen, Zuschüsse zugesagt. Auch wurde die Unterstützung für die Jugendlichen unter 16 Jahren, die sonst nichts bekommen, an die Beteiligung an Fortbildungskursen gebunden. Wie wir hören, sollen Lehrkräfte (auch Junglehrer, soweit sie sich eignen, und Diplomlehrer) zur Verfügung stehen. In Düsseldorf hat das Experiment mit der Ausbildung der arbeitslosen Jugendlichen recht gute Erfolge erzielt und viel Anerkennung gefunden. Trotzdem kann man nichts darüber erfahren, wie sich z. B. in Preußen

der Runderlaß des Wohlfahrtsministeriums,

der schon vor längerer Zeit hinausging, ausgewirkt hat. Man sollte meinen, daß jede Möglichkeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes ergriffen werden würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Länder und Gemeinden sollten sich, nachdem sie die kostbare Gelegenheit der Vermehrung von Fortbildungskursen während der Schulferienzeit haben verstreichen lassen, nun endlich dazu aufraffen, daß

wenigstens im kommenden Winter

die Fortbildung und Umschulung der Jugendlichen im großen Maßstab durchgeführt wird. Eine solche systematische Ausbildung würde für Tausende der jugendlichen ungelerten Arbeitskräfte ein Segen sein. Will die Republik ihren Nachwuchs verdünnen und verkümmern lassen?

Ueberstundenunfug in der Filmindustrie.

Vor dem Gewerbegericht Berlin klagte die Filmleberin B. gegen die Firma Richard-Oswald-Film, Berlin, Friedrichstraße 12, wegen Bezahlung von Ueberstunden. Sie verlangte für die Zeit vom 19. Mai bis 1. Juni 1926, also für insgesamt 14 Tage, in denen sie 123 Ueberstunden geleistet hat, Bezahlung. Die Beklagte machte geltend, daß die Klägerin die ihr zugesicherten 5 Mark pro Woche als Pauschalsumme für geleistete Ueberstunden sich einzufordern vermesse hätte, die Firma aber jederzeit bereit sei, die Differenz in Höhe von 15 Mark sofort zu zahlen. Die Klägerin, vertreten durch die Film-

gewerkschaft, machte geltend, daß nach ihrer Aufstellung von ihr bis zu 36 laufenden Arbeitsstunden verlangt wurden; auch an den Pflingstfeiertagen mußte sie arbeiten. Ihre Arbeitszeit dehnte sich bis 1 Uhr nachts aus, so daß die Klägerin innerhalb 14 Tagen 4 1/2 Arbeitswochen zu je 48 Stunden gearbeitet hat. Es wurde geltend gemacht, daß eine solche Ausnutzung gegen den Mantelvertrag der Industrie verstoße und somit die rechtliche Unterlage für die Bezahlung der Ueberstunden bestände.

Das Gewerbegericht kam zu dem Beschluß, die Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin für geleistete Ueberstunden 134,33 Mark zu zahlen.

Die Entlohnung der Landarbeiterinnen.

Wie die Landarbeiterinnen entlohnt werden, beweist erneut der Lohnzettel einer Landarbeiterin von dem Rittergut Remstädt in Thüringen. Auf dem Lohnzettel sind folgende Angaben enthalten:

| | |
|----------------------------------|-------------|
| Name: | |
| Lohn vom 17.—23. April 1926. | |
| Wochenlohn | M. Pf. |
| 50 Stunden à | 8,— |
| Abzüge: | |
| Krankengeld | 0,86 M. |
| Invalidentversicherung | 0,25 |
| Kautions | 1,— 1,91 M. |
| Summa: 6,09 M. | |

In Deputat erhalten die Mädchen wöchentlich ein Pfund Erbsen, ein Pfund Reis, ein Pfund Grieß, drei Pfund Mehl, sieben Pfund Brot, täglich einen halben Liter Milch, wöchentlich ein Pfund Butter und 25 Pfund Kartoffeln. Das versprochene Fleisch wird nicht geliefert. Feuerungsmaterial wird auch nicht gegeben. Die gelieferten Kartoffeln waren so schlecht, daß man sie als menschliche Nahrung nicht mehr ansprechen darf.

Als die Mädchen auf dem Gut Remstädt angesichts der nicht eingehaltenen Bedingungen den Kontrakt lösen wollten, alarmierte der Rittergutsbesitzer die Polizei, ließ einen Wagen anspannen und durch diesen die inzwischen auf den Bahnhof gegebenen Sachen wieder zurückholen. Die Mädchen selber wurden zunächst auf die Polizeiwache nach Gotha gebracht. Der Rittergutsbesitzer behielt das Kautionsgeld zurück.

In dem vorliegenden Falle handelt es sich um schlesische Landarbeiterinnen, die von der in Breslau bestehenden Vermittlungsstelle vermittelt wurden. Den Mädchen wurden eine Menge von Versprechungen gemacht mit dem Erfolg, daß sie einen Zettel unterschrieben. Was auf dem Zettel nachträglich vermerkt wurde, haben sie nie erfahren.

Bei solchen Vorgängen mündern sich die landwirtschaftlichen Unternehmer noch über die Unzufriedenheit der Landarbeiterinnen und über die in diesen Kreisen stark verbreitete Abneigung, der Landarbeit völlig den Rücken zu kehren. Ist das nicht eine reichlich sonstige Einstellung? Die landwirtschaftlichen Unternehmer mühten schon zur Vermeidung von Blamagen von solchen Methoden endlich abkommen.

Im übrigen wird es höchste Zeit, daß sich die Vermittlungsinstitutionen um die von ihnen vermittelten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte bekümmern und nachprüfen, ob sie nicht etwa willkürlich den landwirtschaftlichen Unternehmern ausgelegt sind.

Verbindlich erklärter Schiedspruch für den Westen.

In dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinlands und Westfalens (A.W.) und dem Deutschen Metallarbeiterverband in Essen, dem Christlichen Metallarbeiterverband in Duisburg, dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in Essen, dem Ge-

werksverein deutscher Metallarbeiter (H.D.) in Düsseldorf, dem Zentralverband der Maschinisten und Feiler in Essen, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Düsseldorf wird der Schiedspruch vom 21. Juni 1926, der unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für den Bezirk Westfalen gefaßt worden ist, gemäß Artikel 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. November 1923 für verbindlich erklärt.

Aus der argentinischen Gewerkschaftsbewegung.

(308.) Der kürzlich in Buenos Aires abgehaltene Kongress des kommunistisch-syndikalistischen Gewerkschaftsbundes „Union Sindical Argentina“ hat neuerlich die Machtlosigkeit und den Sektarismus dieser Bewegung demonstriert. Der größte Teil der Beratungen wurde durch persönlichen Streit und gegenseitige Beschimpfungen in Anspruch genommen; die Beratungen selbst ließen erkennen, daß auf eine Änderung dieses Zustandes nicht zu rechnen ist. Bezeichnend für die Haltung des Kongresses ist, daß ein Vertreter des Typographenverbandes, trotzdem er seinen Beruf ausübt, nicht zugelassen wurde, weil er Gemeinderatsmitglied ist!

Von den 105 Organisationen, die zur Entsendung von Delegierten berechtigt sind, haben 60 insgesamt nicht mehr als 1717 Mitglieder, während allein der bei dem Bund der freien Gewerkschaften angeschlossene Verband der Gemeindefabrikarbeiter 3098 Mitglieder zählt.

Einen erfreulichen Gegenatz zu der Großsprechererei dieses Kongresses bildeten die Verhandlungen der im Mai abgehaltenen Kongresse der beiden Eisenbahnerverbände, die den Kern des neuen Gewerkschaftsbundes bilden, dessen ernstes und praktisches Arbeiten zur Hoffnung berechtigt, daß für die argentinische Gewerkschaftsbewegung eine Epoche zielbewusster, systematischer Gewerkschaftsarbeit beginnt.

Der Zug zur Stadt auch in Rußland.

Moskau, 15. Juli. (11.) Die Arbeitslosigkeit in den Gouvernements Kaluga und Rjasan nimmt ständig zu. Die Gewerkschaften sind von Moskau aus angewiesen worden, Agitatoren nach den Dörfern hinauszusenden, um den Zustrom der Landbevölkerung im Herbst nach den Städten abzuhalten. Sämtliche Arbeitsnachweise der Gouvernements berichten den Zentralstellen, daß sofortige Abhilfe mittels öffentlicher Arbeiten geschaffen werden müsse, da sonst die öffentliche Sicherheit gefährdet würde.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark ist in der vergangenen Woche um 383 Personen gestiegen und beträgt nunmehr 46 560. Der Zugang fällt in der Hauptsache auf die Textilarbeiter.

Freie Gewerkschaftsjugend. Deute, Freitag, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz: Jugendheim Ganderstr. 11, Ede Hohndahlstraße. Wir gehen nach dem Metallarbeiterpostplatz. — **Wedding:** Jugendheim Gerichter. 65. — **Wider die Hölleberchenschaft!** — **Obershausen:** Kaufm. Str. 2 (Kater Gass). — **Porten:** „Die Frau in der Arbeiterbewegung“. — **Jugendgruppe des J.B.R.** Deute, Freitag, 7 1/2 Uhr, Versammlungen folgenden Abteilungen: **Ost:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Zimmer 6). — **Porten:** „Die Lebensgemeinschaft in der Natur“. — **Südost:** Jugendheim Reichensdener Str. 66. — **Porten:** „Kordianus“. — **Südwest:** Jugendheim Berliner-Str. 710. — **Seimabend:** — **Spanbau:** Jugendheim Lindenallee 1. — **Seimabend** (in Gemeinschaft mit Abteilung Charlottenburg).

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Reuter; Wirtschaftl.: Ernst Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. E. E. E.; Redaktion: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Harshadt; Anzeigen: Th. Gluck; sämtlich in Berlin. — Berlin: Sorowits-Berlin G. m. b. H., Berlin. — Druck: Formis-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. — **Streu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.**

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauft: Drogen-Abteilung
Ausschank: Erfrischungseraum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Frisches Fleisch

| | | |
|--|-------|--------|
| Schmorfleisch mit Knochen | Pfund | 90 Pf. |
| Kalbskamm u. -Brust | Pfund | 72 Pf. |
| Kalbsrücken | Pfund | 80 Pf. |
| Kalbskeule ganz und geteilt | Pfund | 90 Pf. |
| Hammelvorderfleisch u. Rücken | Pfund | 85 Pf. |
| Schweinekamm u. Schult., ohne Fett, Pfd. | | 1,25 |
| Starke Liesen | Pfund | 85 Pf. |
| Gehacktes Fleisch | Pfund | 75 Pf. |
| Fettes Gefrierfleisch | Pfund | 50 Pf. |

Wurstwaren

| | | | | | |
|-----------------------------------|-------|------|--|-------|------|
| Landleberwurst | Pfund | 1,10 | Mettwurst Dremschweiger Art | Pfund | 1,50 |
| Rotwurst | Pfund | 1,10 | Bier- u. Leberwurst feine | Pfd. | 1,65 |
| Grobe Mettwurst | Pfund | 1,35 | Zervalat u. Sajami | Pfund | 1,80 |
| Schinkenwurst | Pfund | 1,35 | Schinkenspeck | Pfund | 1,90 |
| Speck fett u. mager, Pfd. | | 1,45 | Nußschinken ca. 2 Pfund schwer, Pfd. | | 2,00 |
| Jagdwurst | Pfund | 1,50 | Teewurst | Pfund | 1,75 |

Gebrannter Kaffee

| | |
|----------------------------|------------|
| Konsum-Mischung Pfund 2,30 | |
| Haushalt Misch. | Pfund 2,60 |
| Sonder-Mischung | Pfund 3,00 |
| Olympia-Mischung | Pfd. 3,40 |
| Globus-Mischung | Pfund 3,80 |
| Residenz-Misch. | Pfund 4,20 |
| Elite-Mischung | Pfund 4,60 |

Konserven

| | | | | |
|--------------------------------------|----------|------|---|----------------|
| Sellerie in Schelben | Dose 1/2 | 0,80 | Rindfleisch a. trisch. Fleisch | 1,20 |
| Preiselbeeren | | 0,80 | Gulasch 1/2 Dose | 0,60 1/2 1,20 |
| Senfgurken 8 Pfd.-Dose | | 2,75 | Oelsardinen portug. Dose | 0,30 0,48 0,55 |
| Hammelfleisch mit Weißkohl | | 0,65 | Kondensierte Vollmilch 3/4 Gramm-Dose | 0,35 |

Konfitüren

2 Pfund-Eimer
Pflaumen 90 Pf. Erdbeeren, Aprikosen 125 Ananas 145

Obst u. Gemüse

| | | | |
|-----------------------------------|--------------|-------------------------------------|--------|
| Tomaten 2 Pfund | 15 Pf. | Wirsing- u. Weisskohl, Pfd. | 5 Pf. |
| Stachelbeeren | 10 Pf. | Möhren | 5 Pf. |
| Johannisbeer. | 15 Pf. | Schoten | 10 Pf. |
| Pflirsiche | 40 Pf. | Blumenkohl 1 kg | 15 Pf. |
| Bananen | 35 Pf. | Gurken Stück von | 10 Pf. |
| Zitronen Dts. 30, 40 Pf. | | Grüne Bohnen | 15 Pf. |
| Neue Kartoffeln 5 Pfund | 20 u. 30 Pf. | | |

Fische

| | | |
|---|-------------------|----|
| Seelachs ganze Platte ohne Kopf | Pfund | 12 |
| Kabeljau | | |
| Schellfische | | |
| Rotzungen | | |
| Goldbars | | |
| Leb. Schleie | Pfund von 1,10 an | |
| Leb. Aale | Pfund von 1,60 an | |

Räucherwaren

| | | |
|------------------------------------|-------|------|
| Schellfische | Pfund | 0,24 |
| Flundern | Pfund | 0,36 |
| Seelachs u. Rotbars Pfd. | | 0,40 |
| Fettbücklinge | Pfund | 0,42 |
| Aale Pfd. 2,45 2,90 Bund | | 0,48 |
| Matjesheringe 3 Stück | | 0,20 |

Kolonialwaren

| | | | | | |
|-----------------------------|-------|------|---------------------|-------|------|
| Java-Reis (Bruch) | Pfund | 0,24 | Makkaroni | Pfund | 0,46 |
| Java-Voll-Reis | Pfund | 0,32 | Spaghetti | Pfund | 0,46 |
| Weizengrieß | Pfund | 0,28 | | | |

Konfitüren

| | |
|---|----------------|
| Holländ. Kakao Marke „Kampbays“ 35 Pf. 1/4 Pfd. | 70 Pf. |
| Schokolade Vollmilch 300 Gr.-Tafel | 0,65 |
| Sandgebäck | 1/4 Pfund 0,25 |
| Erfrischungswaffeln 1/2 Pfd. | 0,29 |
| Zwiebackschokolad. 1/2 Pfd. | 0,28 |

Am Freitag und Sonnabend in den Erfrischungsräumen

Für die Kleinen:

| | | |
|---|----------|--------|
| 1 Tasse Schokolade | zusammen | 25 Pf. |
| 1 Windbeutel mit Schlagsahne | | |
| 1 Portion Speise-Eis Vanille mit Frucht | | 20 Pf. |

Geflügel u. Wild

| | | |
|--|-----------|--------------|
| Junge Enten | Pfund von | 88 Pf. |
| Junge Gänse | Pfund von | 88 Pf. |
| Junge Tauben | Stück | 85 u. 95 Pf. |
| Suppenhähne | Pfund von | 95 Pf. |
| Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfd. | | 1,25 an |
| Junge Brathähnchen | Stück | 140 160 |
| Rehblätter | Pfund | 1,25 |
| Wildragout | Pfund | 35 Pf. |

Käse u. Butter

| | | | | | |
|-------------------------------------|-------|----------------------------|--|-------|------|
| Camembert vollfett, Stück | 0,18 | Steinbuscher | Pfund | 0,95 | |
| Camembert 6 Teile, Stück | 0,58 | Tilsiter vollfett. | Pfund | 1,05 | |
| Tilsiter | Pfund | 0,58 | Schweizer bayrisch. Pfd. | 1,58 | |
| Allgäuer Stangen | Pfund | 0,64 | Margarine | Pfund | 0,56 |
| Edamer | Pfund | 0,72 | Tafelbutter | Pfund | 1,78 |
| Holländer | Pfund | 0,82 | Tafelbutter feinste dänische | Pfd. | 1,98 |

Wein

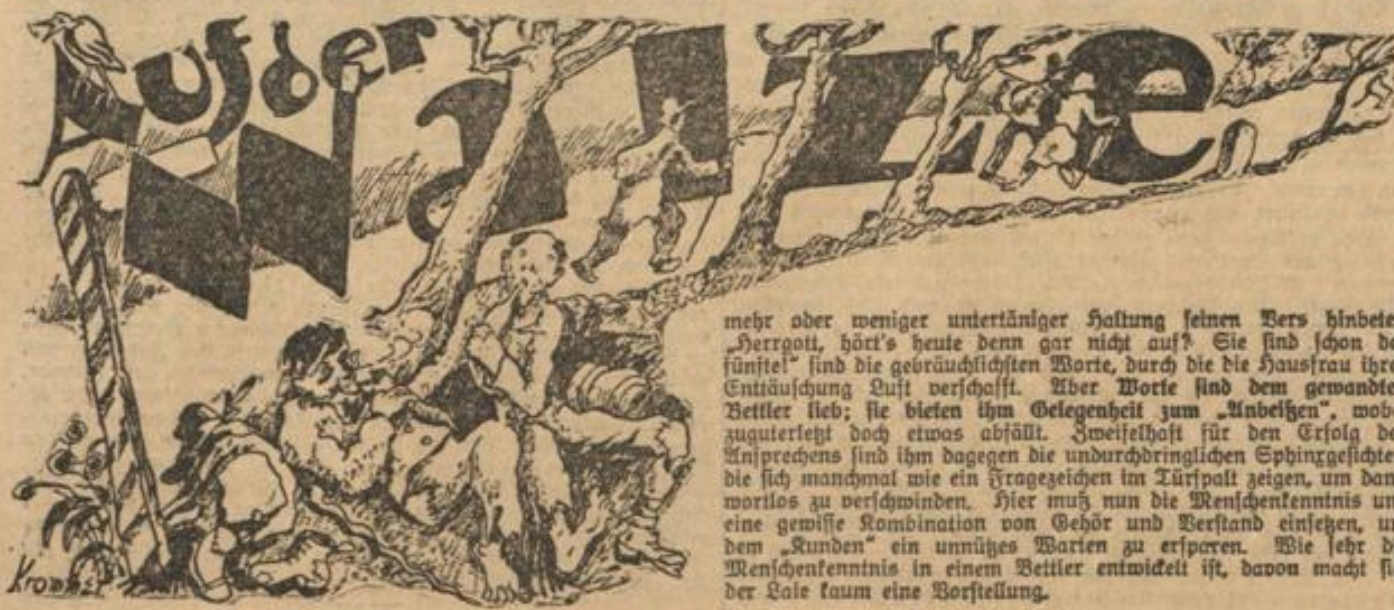
Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas

| | | | |
|---|------|---|------|
| Edelapfelwein Tafelobst mild | 0,55 | 1922 Lieserer Niederb. süßig, sordernnd | 1,30 |
| 1924 Nitteler Gipfel feiner Bowlenmosel | 0,80 | 1922 Erdener spritziger Knispf | 1,45 |
| 1923 Wöllsteiner Vogel-sang liebliche Art | 0,90 | 1922 Piesporter Falkenberg sehr spritzig, blumig | 1,50 |
| 1922 Trittenheimer Saarley kernig, süßig | 1,10 | 1921 Niersteiner voll und blumig | 1,70 |
| 1920 Deidesheimer Guten-berg blumiger Pfälzer | 1,20 | 1922 Piesporter Hohlweid mit Korkbrand Bischoffs. Konvikt, spritzig, pikant | 2,00 |
| | | Fruchtschaumwein einischl. Flasche u. Sektsteuer | 1,30 |
| | | Feine Fruchtsäfte mit 1a Raffinade, einschließlich Glas | |
| Kirsch-, Zitronen-, Johannisbeersaft 1/2 Pfd. | 0,75 | 1/2 Pfd. | 1,30 |
| Himbeersaft 1/2 Flasche | 0,80 | 1/2 Flasche | 1,40 |
| Wein vom Faß per Liter | | | |
| Borsdorfer Apfelwein | 0,50 | Johannisbeerwein süß kräftig | 0,90 |

Saison-Ausverkauf

Letzter Tag
Sonnabend, 17. Juli

Beginn 1. Juli



mehr oder weniger untätiger Haltung seinen Bers hinbetel. „Herrgott, hör's heute denn gar nicht auf? Sie sind schon der fünfte!“ sind die gebräuchlichsten Worte, durch die die Hausfrau ihrer Enttäuschung Luft verschafft. Aber Worte sind dem gewandten Bettler lieb; sie bieten ihm Gelegenheit zum „Anbelgen“, wobei zuunterst doch etwas abfällt. Zweifelhaft für den Erfolg des Anprechens sind ihm dagegen die undurchdringlichen Sphingengesichter, die sich manchmal wie ein Fragezeichen im Türspalt zeigen, um dann wortlos zu verschwinden. Hier muß nun die Menschenkenntnis und eine gewisse Kombination von Gehör und Verstand einsetzen, um dem „Kunden“ ein unnützes Wort zu ersparen. Wie sehr die Menschenkenntnis in einem Bettler entwickelt ist, davon macht sich der Sale kaum eine Vorstellung.

Die Zahl der durch Deutschlands Gasse zigeunerhaft umherziehenden Bettler und Arbeitsuchenden erhält dauernd ungeahnten Zuwachs. Wenn in einem einzigen Asyl für Obdachlose in Berlin (der sogenannten Palme) nämlich 4000 bis 5000 Personen beiderlei Geschlechts übernachten, so kann man ruhig von einem Bettlerheer sprechen. Von Ort zu Ort, in kleinen und größeren Trupps, wölzen sie auf Schusters Kappen, dort Quartier suchend, wo die strenge Gerechtigkeit sich am wenigsten bemerkbar macht. So sieht man sie ziehen von Norden nach Westen, von Osten nach Süden, kein Häuschen bleibt vor der sechtenden Armee geschützt. Wo gibt es heutzutage noch eine Kante, die nicht lächelnd von Bettlern oder „Kunden“, wie der Fachausdruck lautet, „geputzt“ wird? Dessen sich des Morgens die Asyle, so strömen sie daraus hervor, um sich heutzutage in die Straßen und Gassen der Stadt zu ergießen. Die Vektoren mit Tippeisack und vorwärtlichem Rucksack, in zusammengebeutelte Lumpen gehüllt. Die jüngere Generation ohne Bagage, in einer Garderobe, die auf den ernsthaften Versuch schließen läßt, anständig gekleidet zu erscheinen.

Die Zusammensetzung der Bettlerarmee.

Die Bettlerarmee besteht aus allen möglichen Ständen, ungelerneten Arbeitern, durchgefallenen Studenten, verjüngten Schauspielern und Musikern, stellunglosen Kaufleuten, „freiheitsdurstigen“ Schönen, entlassenen Strafgefangenen, — das Schicksal macht sie alle gleich und vereinigt sie zu einer Menschenkassette für sich, die, verachtet und verbannt, ein kümmerliches Dasein fristet. Wenn auch die wirtschaftliche Not die Quelle alles Übels ist, so sind es natürlich zuerst die Charakterfehler, die aus dem brodelnden Leben abgehandelt werden. Da es das Leben auf der Landstraße nicht so leicht macht, zu einem geordneten Lebenswandel zurückzukehren, sinkt der einmal ausgestoßene immer tiefer und fühlt sich außerhalb der menschlichen Gesellschaft. Der Hunger überwindet im Anfang die Scham vor dem Bettelgehen, die Gewohnheit stumpft das Schamgefühl ab. Daß es vielen die größte Selbstverleugung gekostet hat, um ein Almosen zu bitten, soll gewiß nicht verkant werden. Ist das Bettler einigermassen günstig, so treibt es den Tülpelbruder auf die Straße. Die Bäcker und Fleischer in kleineren Städten und Ortschaften wissen ein Lied von ihnen zu erzählen. Auch die anderen Geschäftsleute werden von den „Bedenstörern“ nicht verschont. Doch ist diese Tour nicht ganz gefahrlos, denn die Polizei wacht, und mancher „Kunde“, der von einer mitleidigen Fleischertete ein „Ende“ Würst erbt, erhielt von einem freundlichen Amisrichter 14 Tage gratis das Brot dazu.

„Durchreisende.“

Am meisten wirbt der „Kunde“ um die Gunst der Hausfrau. Es soll Hausfrauen geben, die behaupten, die Gegenwart eines Bettlers bereits zu mitteln, bevor das zaghafte Klingeln an der Tür die Anwesenheit eines „Durchreisenden“ bestätigt. In den meisten Fällen erntet unser „Kunde“ bei vorheriger „Witterung“ einen Mißerfolg. Das ist dem Erfahrenen zu gut bekannt, weshalb er auch durch verschiedene Tricks seine Anwesenheit so lange verschleiert, bis ein unschuldiges Klingelzeichen die Nichtsahnende an die Tür lockt, nach deren Öffnen dann der ungewünschte Gast in

Die Polizei ist duldsam.

Am liebsten ist dem Festsbruder natürlich harte Münze. Die Straßen, Plätze und Häuser, wo er Geld bekommt, sind ihm ziemlich genau bekannt, nur schade, daß der „Krimmsche“ (Kriminalpolizei) ihm auch des öfteren das Geschäft verbietet und ihn „hochgehen“ läßt. Das ist dann eben Künstlerpech, und sein Walzbruder, der trauernde Hinterbliebene, verkündet des Abends in der „Börse“: „Ede ist verschütt gegangen.“ Im allgemeinen ist aber die Polizei sehr nachsichtig gegen die, die an Hand ihrer Papiere beweisen können, daß sie nicht zu den berufsmäßigen Bettlern gehören. Hin und wieder liest man von Bettlern, die sich bei der polizeilichen Visitation als Inhaber einer größeren Geldsumme entpuppten. Diese in Lumpen gehüllten Schätze sind so selten wie ein Diamant in der Steinwüste. Durchschnittlich sieht ein Bettler pro Tag 1,50 bis 2 Mark. Von diesem Gelde müssen die, welche nicht in Freilagern übernachten, in erster Linie ihr Schlafgeld, 50 bis 80 Pfennig, entrichten. In zweiter Linie kommt die unermüdliche Geldausgabe für Raucherzwecke. Zuletzt wird noch etwas angewandt für einen Teller Abendsuppe, einen Hering oder ein Stück billigen Käse. Gemiß gibt es Bettler, die ein verhältnismäßig angenehmes Leben führen. Aber diese sind wenige — Lebenskünstler mit hellem Muterwitz und Geschäftserfahrung. Die meisten leben ein trauriges Dasein, nur gemildert durch die eigene Unbewußtheit gegenüber der traurigen Lage.

Die Abwanderung aus dem Gesellschaftsleben in das Reich der Straße wächst von Tag zu Tag. Die Behörden lassen es an Anstrengungen nicht fehlen, um das Los der Armen der Armen nach Möglichkeit zu lindern. Obdachlosenasyle, freiwillige Arbeitsanstalten, Reisewortschuß nach Arbeitsstellen, Freitagen für Mittagessen usw., alles ist gewiß sehr lobenswert, aber dem Elend steuern diese Dinge kaum. Die Beseitigung des Bettlerunwesens ist auch nicht allein durch Zwangsmaßnahmen herbeizuführen, denn der Hunger hört auf keinen Befehl. Erst dann wirkt denen in der Tiefe Erlebung von ihrem menschenunwürdigen Dasein, wenn alle Schote wieder rauchen und sämtliche Maschinen arbeiten.

Mehr Züge auf der Stadtbahn. Von heute an tritt auf der Stadt- und Ringbahn an Wochentagen eine wesentliche Verbesserung der Zugverbindungen ein. Während der Hauptverkehrszeit sind — wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt — auf den Strecken Westend-Halensee, Westend-Charlottenburg und Vichtenberg-Friedrichsfelde-Schlesischer Bahnhof in den 15-Minutenfahrplan kleinere Pendelzüge eingeschaltet. Auf der Strecke Grünau-Südring bestehen während des Vormittagsverkehrs von 1 Uhr bis 8.30 zwei Verbindungen, zeitweise während des starken Berufsverkehrs sogar vier Verbindungen. Ebenso verkehren von Grünau über Stadtbahn nach Brunwald während des Berufsverkehrs Zwischenzüge. Die dichte Zugfolge des Vormittags- und Nachmittagsverkehrs ist auf der Ringbahn um eine Stunde ausgedehnt worden. Die Züge vom Rordring außerhalb des Berufsverkehrs werden über Hermannstraße hinaus bis Potsdamer Ringbahnhof durchgeführt.

Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

Die Tiere brüllten ab und zu, oder zankten sich und stießen sich. Es wurde geschrien und gerufen. Die Glocken läuteten. Die Sonne lachte und glühte. Alles war grün. Das Land des ewigen Sommers. O, du schönes, o du wunderschönes, uraltes, sagen- und liebesreiches Land Mexiko! Deinesgleichen gibt es nicht wieder auf dieser Erde.

Ich mußte singen. Und ich sang, was immer mir einfiel, Chorale und süße Volkslieder, Liebeslieder und Gassenhauer, Opernarien, Sauslieder und Dirnenlieder. Was kümmerliche mich der Inhalt der Lieder? Was ging mich die Melodie der Lieder an? Ich sang aus froher, freier Herzensfreude.

Und welch eine Zauberkraft! Der heiße Odem des tropischen Busches, die warme, schwüle Ausdünstung dieser Rasse von wandernden Kindern, die schweren Wellen eines fernen Sumpfes die vom Winde getragen herübermugten.

Diese Schwärme summender Beißfliegen und anderer Insekten kreisten über der trottelnden Herde, und dicke Schwaden schillernder grüner Fliegen folgten uns nach, um sofort über den Dünger herzufallen. In ganzen Völkern begleiteten uns Schwarzwepel, die sich auf die Rücken der Tiere niederlegten, um die Jucken aus der Haut zu picken. Millionen von Lebewesen fanden ihre Nahrung durch diese gewaltige Herde. Leben und Leben, und überall nichts als Leben.

Unser Marsch führte nun einige Tage über Landwege. Zu beiden Seiten waren die Felder und Weiden eingezäunt mit Stachelndraht. Umzäunte Weiden dürfen ohne ausdrückliche Erlaubnis des Besitzers nicht eingebrochen werden. Unsere Herde mußte auf den Wegen weiden. Sie hatten reichlich zu fressen und wir trafen auch genügend Vieh an, die noch von der Regenzeit her mit Wasser gefüllt waren.

Aber wenn Auto oder Fuhrwerke oder Karawanen die Wege passierten, gab es Arbeit. Wir mußten die Tiere zur Seite drängen. Dabei scherten sie, bröchen aus oder lehrten

um und rasten einzeln oder in Trupps kilometerweit zurück, und wir hatten hinterher zu jagen und sie wieder zum Anschluß zu bringen.

Biel schwerer war die Arbeit, wenn wir auf offene Weiden kamen, wo anderes Vieh in großen Herden bereits weidete, oft ohne Aufsicht. Nicht immer, aber doch zuweilen mischen sich die Herden, und man muß sie lösen. Wir hatten einmal dreiviertel Tag zu arbeiten, um die Mischung zu lösen. Denn von dem fremden Vieh darf man nicht ein einziges Stück aus Versehen mitführen. Das gibt heillosen Spott. Ich und an letzter Stelle Mr. Pratt waren verantwortlich für Vieh, das durch unseren Transport einer anderen Herde verloren ging.

Zuweilen wird man die fremden Tiere nicht los. Sie wollen durchaus folgen. Vielleicht, daß sie den Stier mögen, oder daß sie den Geruch unserer Herde lieben. Ebenso kommt es vor, daß sich ein Stück unserer Herde mit einer weidenden Herde mischt und dort nicht mehr heraus will, sondern bei jener fremden Herde bleiben möchte. Das soll man auch immer gleich wissen, daß man ein fremdes Stück in der eigenen Herde transportiert, oder daß ein eigenes Stück dort zurückgeblieben ist. Die Brandzeichen sind oft sehr ähnlich, oft sehr verwischt und unleserlich.

Es ist dann gut, wenn man die eigene Herde gut erzogen hat, sie sich nicht mischt und die fremden Tiere ganz von selbst ausscheldet.

Sagt man die fremde Herde beiseite, was der Bormann zu tun hatte mit Hilfe eines der Treiber, ehe unsere Herde kam, so konnte es doch auch oft geschehen, daß einige Duzend Köpfe der eigenen Herde glaubten, sie seien gemeint, und mit der fremden Herde davonjagten. Dann wurde das Durcheinander beinahe unentwirrbar, und es kostete Schweiß und Acheln, die von dem vielen Schreien rauh waren wie Sandpapier.

Ein General braucht sich gar nichts auf seine Kunst einzubilden. Ein Armeekorps Soldaten über Land zu bringen, ist die reine Spielerei gegenüber der Arbeit, tausend Köpfe wild ausgewachsener Kinder durch unwegsames und halbzivilisiertes Land zu transportieren. Den Soldaten kann man sagen, was man von ihnen will, Kinderherden kann man nichts sagen,

95 Grad Fahrenheit.

Es hat fast den Anschein, als solle Berlin mit seiner gegenwärtigen Hundstags-temperatur gegenüber dem Auslande zurückgesetzt werden. Ein deutschnationales Blatt gibt diesmal Amerika den Vorzug vor dem eigenen Vaterlande, indem es die in Hitze zerfliehenden Berliner ermahnt, sich ein Beispiel an den New Yorkern zu nehmen, die in edlem Duldergeist die Kleinigkeit von — „95 Grad Fahrenheit“ ertragen. 32 Grad und 95 Grad sind allerdings ein Unterschied, zwischen Celsius und Fahrenheit macht es aber nur ganze drei Grad zugunsten der Amerikaner aus. Das ist gar nicht so schwer auszurechnen, und wer es nicht zu errechnen vermag, kann es sogar bequemerweise im Lexikon fix und fertig in Tabellenform finden. Bei den Sensationsblättern hat man offenbar solche altertümlichen Belastungen aus den Bibliotheken hinausgeworfen, und den Lesern traut man offenbar die Fähigkeit, selbst die kleine Umrechnung ausführen zu können oder den Besitz derartiger Bücher nicht zu. Auf jeden Fall haben diesmal die Amerikaner nicht allzu viel vor uns voraus. Es scheint auch fast, als hätten sich in der großen Hitze die Berliner tapferer als die Leute jenseits des großen Wassers. In New York schläft man auf Balkons, Dächern und in Parks; bei uns haben die Herren erst jetzt angefangen, in Hemdsärmeln auf der Straße zu gehen. Wie weit könnte ein deutschnationales Blatt diese, von der unzweifelhaften Ueberlegenheit des deutschen Wesens zeugende Tatsache mit der Ueberschrift versehen: Deutschland wieder einmal in der Welt voran. Oder sollte das „völkische Hochgefühl“ in der Hitze zusammengeschnitten sein?

Feuer in Tempelhof.

Ein ganzes Gebäude ausgebrannt.

Gestern abend gegen 1/7 Uhr wurden mehrere Wächter der Feuerwehr nach der Industriestraße 1/6 in Tempelhof alarmiert, wo auf dem Fabrikgelände der Scheber-Karofferie L. G. ein einstöckiges Gebäude in Flammen stand.

In dem einstöckigen Gebäude, in dem umfangreiche Garderobenlager der Arbeiter, sowie einige Wohnungen von Werksangestellten untergebracht sind, war kurz vor 1/7 Uhr aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, das an den vielen leicht brennbaren Holzschranken reiche Nahrung fand und sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Bei Eintreffen der Wehren stand das Gebäude bereits in Flammen und starke Rauchmassen umlagerten die Brandstelle. Unter Leitung von Branddirektor Stiefeldei wurde mit mehreren Rohren größten Kalibers gegen das Feuer angepöpselt, um zu verhindern, daß es auf die Karofferieverkäufen, in denen wertvolles Material lagert, übergriff. Besonders günstig für die Löschaktion gestaltete sich der Ostwind, der die Flammen nach der entgegengesetzten Richtung ablenkte. Nach über einstündiger Tätigkeit gelang es, das Feuer zu lokalisieren und abzulöschen. Der Schaden ist immerhin erheblich, da das gesamte Gebäude samt Dachstuhl vernichtet ist. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Um 1/9 Uhr konnten die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken. Eine Untersuchung über die bisher noch unbekannt Entzündungsursache ist eingeleitet.

„Verkehrsfragen!“

Zu dem Aufsatz „Die Durchführung des Kreisverkehrs“ in der Heftausgabe des „Vorwärts“ vom Donnerstag erhalten wir folgende Zuschrift: Daß nun endlich der Verkehr zwischen Bülowstraße und Spittelmarkt automatisch durch Signallichter geregelt werden soll, ist sehr erfreulich. Weniger erfreulich ist, daß die Kreuzung nur auf die Potsdamer und Leipziger Straße beschränkt bleiben soll. Schon vor etwa Jahresfrist betonte der „Vorwärts“ die Notwendigkeit, den Verkehr am Halleschen Tor ebenfalls durch optische Signale zu leiten. Bis heute stehen noch immer zwei Polizeibeamte an den Strohkreuzungen, getrennt durch die Belle-Alliance-Brücke, und „regeln“ den Verkehr. Schlecht und recht, eben nur so, wie es durch ihre weiltägliche Postierung möglich ist. Hier an dieser Stelle, die eine der belebtesten in Berlin ist, könnten Signallichter Wunder wirken. Die Anlage ließe sich mit geringen Kosten durchführen, ein Verkehrsturm ist unnötig, die Hochbahnüberführung bietet Raum für die Lichtkästen. Kechnlich liegen die Verhältnisse an der Kreuzung der Invaliden- und der Chausseestraße. Die Lage der Straßen ist hier noch nicht einmal so kompliziert wie am Halleschen Tor, es handelt sich um eine einfache Straßkreuzung. Aber der gewaltige Verkehr schreit direkt nach einer optischen Regelung.

da hat man alles selbst zu tun. Man ist Kommandant und Kommandierter in derselben Person.

Gegen fünf Uhr des Nachmittags machten wir in der Regel halt. Manchmal früher, manchmal später. Das hing davon ab, ob wir Weide hatten und Wasser. Einen Tag können es die Tiere ohne Wasser aushalten, wenn sie frisches Gras haben, im Notfall auch zwei Tage. Aber am dritten Tage wird die Sache bedenklich. Hatte ich keinen Führer bekommen können, oder war kein Wasser zu sehen, dann ließ ich die Tiere laufen. In den meisten Fällen fanden sie selbst Wasser. Aber das Wasser lag dann oft so, daß wir einen, zwei oder gar drei Tage, wenn nicht mehr in unserer Weglinie verloren, weil wir ganz quer abwandern mußten.

Wir bildeten zwei Lager des Nachts. Eines in Front, eines im Schwanz. Es wurde Feuer gemacht, Kaffee gekocht, Bohnen oder Reis gekocht, Brot gebacken und getrocknetes Fleisch dazu gegeben. Dann wickelten wir uns in unsere Decken und schliefen auf der glatten Erde, mit dem Kopf auf dem Sattel.

Zwei Wachen mit Abföschung stellte ich aus, um Tiger zu verschrecken, und um zu verhindern, daß einzelne Tiere abstreuen. Unter dem Vieh gibt es ebenso gut Nachtkammler wie unter den Menschen.

Die Tiere sind auf, lange vor Sonnenaufgang und beginnen zu weiden. Wir liegen ihnen Zeit, und dann ging es weiter. Mittags rasteten wir abermals, damit die Tiere sich etwas suchen konnten, und damit sie verdauen und läuen können.

Bis jetzt hatte ich nur einen Stier verloren. Er hatte gekämpft und war so schwer gespießt worden, daß wir ihn abstecken mußten. Wir schnitten das beste Fleisch aus, schnitten es in schmale Streifen und trockneten es. Für den Verlust aber hatte eine Kuh ein Kalb bekommen, eine Nacht vorher. Das gibt eine neue Schwierigkeit. Das kleine Kalbchen kann den Marsch nicht mitmachen. Aber töten möchte man es auch nicht. Man möchte ihm gern sein junges freudiges Leben lassen, und fühlt auch mit der Mutter, die es so liebevoll besetzt und abschleckt. Was blieb übrig? Ich nahm das Kalbchen zu mir aufs Pferd, und wir wechselten ab: alle halbe Stunde nahm es ein anderer aufs Pferd. (Fortsetzung folgt.)

Zu den Verkehrsangelegenheiten gehören auch die reichspost-eigenen Fernsprechautomaten. Ihre Unterbringung in den entlegensten Winkeln von Bahnhofsräumen und Postanstalten und ihr verlotterter Zustand ist stadtbekannt, und das telephonierende Publikum hat sich damit abgefunden, als Kunde der Post so behandelt zu werden. Nicht zu verstehen ist aber, warum die Automaten immer noch für Marken eingerichtet sind, die man natürlich selten oder nie bei sich führt. Wohl dem, der im Umkreis von einigen Kilometern eine solche Marke gegen 15 Reichspennige eintauschen kann. Die Post könnte sich bei Eilenbahn und Hochbahn befehlen lassen, daß es schon Fahrkartenautomaten gibt, die auf zwei Zehnspennigstücke einen Fünfer herausgeben. Es gibt auch Automaten, die auf ein Zehn- und ein Fünfspennigstück ihre Dienstleistung vollbringen. Vielleicht hat die Post bei der hohen Gebühr von 15 Pf. für ein Gespräch bald so viel erübrigt, daß sie solche verkehrserleichternden Automaten anschaffen kann. Die Erwägung, hierbei zu viel Fallgeld zu erhalten, kann kaum mehr in Frage kommen, wo die erwähnten Automaten schon lange ohne große Anstände funktionieren und auch die Automaten-Gesellschaften, die allerlei Gegenstände verkaufen, gute Geschäfte machen. Die Stadt Berlin hat vor kurzem die Genehmigung zur Aufstellung von einigen hundert Fernsprechauschern gegeben; vielleicht kann sie für ihre Bürger bei der Post in der Angelegenheit etwas tun.

Jugendberatung.

Eine dringende Mahnung.

Die Jugend will beraten sein. Aber von wem? Der Erziehungsdirektor Berlins, Dr. Knaut, hat erst vor kurzem erklärt, daß in den Jugendämtern, besondere Jugendberatungsstellen eingerichtet werden würden, wo die jungen Menschen sich Rat holen könnten in ihrer seelischen Not. Namen und Adresse brauchten sie da nicht zu nennen. Vielleicht wird mal eine Zeit kommen, wo die Jugend sich mit ihren Pubertätsleiden an behördliche Stellen wenden wird — vorläufig wird sie dies noch nicht tun. Sie geht nicht gern in eine öffentliche Institution, wo sie unter fremden Menschen warten muß, bis die Reihe an sie kommt. Sie meidet jede Bloßstellung ihres Innersten. So werden die Berliner amtlichen Jugendberatungsstellen bei der Jugend wenig Glück haben.

Eine kleine Feststellung liefert den Beweis dafür. Da gibt es in Berlin seit einem Jahre eine „freie Jugendberatung“. Pädagogen, Ärzte, Jugendfürsorger, Leute der verschiedensten Berufe sind auf einem großen Platz aufgestellt. In den Fortbildungsschulen, Jugendlesestuben und einem Teil der Jugendämter und höheren Schulen — es wurde nicht überall gestattet — ist das Plakat ausgehängt. Es heißt da unter anderem: „Wenn ihr in Seelen- und Gemütsnot seid und allein keinen Ausweg findet, wenn ihr keinen Freund oder Verwandten habt, mit dem ihr euch aussprechen könnt, wenn ihr das Bedürfnis habt, zur Klarheit über euch selbst zu kommen und neuen Lebensmut zu gewinnen, so kommt zu uns.“ Und wiewiele sind gekommen? Insgesamt etwa 100. Und von diesen 100 haben 60 von auswärts die Geschäftsstelle S. Pfingst, Berlin-Treptow, Moosdorferstraße 13 I, schriftlich um Rat angefragt — nur 40 Berliner befinden sich unter den Ratjuchenden. Der größte Teil der Hilfsbedürftigen hatte das eigentliche Pubertätsalter schon hinter sich. Es soll hier nichts gegen die freie Jugendberatung gesagt werden. Der gewählte Weg ist richtig, die Beratung wird sich schon durchsetzen. Mehr noch: läßt man sich von dem Leiter der Geschäftsstelle die einzelnen Fälle erzählen, liest man die eingegangenen Briefe, so begreift man erst, wie einsam diese jungen Menschen sind, wie hilflos in ihrer Not. Es scheint ja so einfach, den Arzt aufzusuchen. Sie tun es aber nicht in ihrer Scheu, sich preiszugeben. Deshalb allein schon ist es als Verdienst der freien Jugendberatung zu verzeichnen, daß sie eine Zentralstelle geschaffen hat, an die die jungen Menschen aus ganz Deutschland sich wenden können. Und trotzdem: es gilt, die Beratung der Jugend näherzubringen. Diese wendet sich ungenügend an gänzlich unbekanntes, ihr fremde Menschen. Es muß versucht werden, innerhalb bestimmter, miteinander verbundener Kreise von Jugendlichen — Sportorganisationen, Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend usw. — besondere Beratungsstellen zu schaffen mit Jugendberatern, die den jungen Menschen bekannt sind und ihr Vertrauen genießen. Und neben diesen Beratungsstellen möge die freie Jugendberatung und die amtliche der Jugendämter ihre Arbeit tun.

Überall in Volksschulen, in Turnhallen, Jugendämtern und Fortbildungsschulen, in den höheren und Hochschulen, auf den Sportplätzen und in den verschiedenen öffentlichen Lokalen müßte dem Bewußtsein der Jugendlichen der Gedanke der Jugendberatung nähergebracht werden. Schließlich spricht es sich herum, der eine hört's vom andern. So wird es allmählich etwas ganz Natürliches, daß der junge Mensch in seiner Not sich an die Jugendberatung wendet. Hat sie sich aber einmal eingebürgert, so wird dadurch viel Unheil verhütet werden.

Ein merkwürdiges Adreßbuch.

In den Ortsteilen des Teltower Kreises wird jetzt von den Gemeindevorständen des Orte ein Adreßbuch ausgearbeitet, das „an den Gemeindevorstand wieder abgeliefert werden soll“. Sieht man näher zu, so entpuppt sich die Sache als ein privates Geschäftsschreiben des Verlages des „Teltower Kreisblattes“, das sich auf diese bequeme und billige Weise das Material für ein Adreßbuch des Teltower Kreises besorgen will. Die gedruckte Aufforderung enthält drei Hinweise, nämlich auf die kostenlose Aufnahme der Adressen der Einwohner in alphabetischer Ordnung, auf die ebenfalls kostenlose Aufzählung der Gewerbetreibenden in alphabetischer Ordnung, und auf einen Reklameteil, der die Gewerbetreibenden nach Branchen geordnet aufzählt, dieses Mal allerdings gegen Bezahlung. Natürlich bedeutet dieser Teil die Hauptsache, und das ganze ist gemissermaßen ein einfaches gutes Verfahren, denn die Behörden liefern dem Seher das fertige Manuskript. Die Frage ist nun interessant, inwieweit ein solches privates Geschäftsschreiben, dessen „politisch parteilose“ Haltung von der Mehrzahl der Kreisinsassen abgelehnt wird, sich behördlicher Hilfe bedienen kann. Das beigefügte Anschreiben enthält darüber folgende Sätze: „Durch weitgehende Unterstützung der Teltower Kreisverwaltung sind wir in der Lage, ein genaues und übersichtliches Adreßbuch zu schaffen.“

Wenn der Kreisrat seine Zustimmung zu solcher Werbemethode gegeben hätte, so hat er sich sicher doch nicht mit schuldig gemacht an der Art der Ausführung. Daß das so mühelos zusammengestellte Adreßbuch zu den schlechtesten seiner Art gehören wird, zeigt diese einfache Betrachtung: in der zweiten Spalte „Gewerbetreibende“ erfolgt die Aufzählung alphabetisch und nicht nach Berufen geordnet. Will also ein Interessent, z. B. die Buchbinder, kennen lernen, so hat er sämtliche Ortsregister selbst durchzusehen, denn die Aufzählung, daß der dritte bezahlte Teil kostenlos sein wird, dürfte wohl niemand hegen. So, wie das Adreßbuch geplant ist, erscheint es als eine bequeme Einnahmequelle für einen privaten Verlag, der scheinbar sich mächtig genug fühlt, alle offiziellen Stellen für sich arbeiten zu lassen.

Wieder zwei Personen beim Baden ertrunken. Neben dem Freibad Oberschönweide ertrank gestern vormittag in der Spree der Rangierer Ernst Hübner aus der Langen Straße 49 zu Berlin. Die Leiche konnte bisher vom Reichswasserschutz noch nicht geborgen werden. Bei Hafensfelde, auf der „Insel Helgoland“, ertrank gestern nachmittag der erstjährige Schüler Gerhard Leitide aus der Friedrich-Ebert-Straße 15. Der Knabe konnte bereits nach fünfzehn Minuten geborgen werden, doch blieben alle Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr und des Reichswasserschutzes ohne Erfolg.

Die Unterschlagung.

Ein Schulbeispiel, wie nicht geurteilt werden soll.

Vor dem Einzelrichter steht ein 21-jähriger Hamburger. Hornbrille, intelligente Sprache, höfliches, wohlgeordnetes Benehmen, klare Gesichtsfarbe. Man erfährt über ihn nichts, rein gar nichts — ach ja, in seinem Strafregister ist eine Geldstrafe von 100 M. eingetragen für eine Unterschlagung, begangen in Hamburg. Daß das Urteil bereits rechtskräftig ist, weiß er nicht; er wurde in seiner Abwesenheit verurteilt, hat Berufung eingelegt, die ohne ihn verworfen wurde. Wer seine Eltern sind, was er gelernt, wie er sich entwidmet, wo er seine Unterschlagung begangen haben soll, weshalb er nach Berlin gekommen ist? — von all dem erfährt man rein gar nichts. Braucht denn der Richter das alles nicht zu wissen? Selbst das nicht, was er mit dem verurteilten Gelde gemacht hat?

Hier in Berlin hatte er am 1. Juli eine Stellung als Buchhalter und Vertreter zum Abschluß von Versicherungen angenommen. 25 M. bekam er als Voranschlag auf sein Gehalt und sollte seinem Chef Bescheid sagen, wenn er noch Geld brauchte. Seine Arbeit verrichtete er pünktlich, das Einfassieren von Geldern und ihr Abliefern besorgte er gewissenhaft. Es waren unter Umständen Summen von über 1000 M. Am letzten Sonnabend hatte er bereits 1200 M. im Auftrag seines Arbeitgebers abgeliefert und sollte weitere Gelder einfassieren. Er kam aber nicht wieder, fehlte auch am Montag. Am Dienstag wurde er in einem Restaurant verhaftet. 40 M., die er einsteckt hatte, waren bereits verbraucht; er erklärte, er habe sie als Voranschlag für sich verbraucht. Zwei Quittungen, die am Ende des Monats fällig waren, hatte er durch einen Bekannten einzulassieren versucht. Die Kunden waren aber vom Chef bereits gewarnt worden. So stand er vor dem Richter unter Anklage der Unterschlagung. Der Staatsanwalt erweiterte sie auf versuchten Betrug hinsichtlich der Quittungen, die er hatte einfassieren wollen und beantragte für jedes Delikt zwei Monate Gefängnis, zusammen drei Monate. Der Chef erklärte, er sei mit dem jungen Menschen sonst zufrieden gewesen, wenn er ihn um die 40 M. gebeten hätte, so wäre ihm die Bitte nicht abgelehnt worden. Das Gericht verurteilte den Hamburger zu drei Monaten Gefängnis. Er nahm die Strafe nicht an. Sein Gesuch auf Haftentlassung wurde abgelehnt. Die Moral aus der Geschichte? So kann unter Umständen der vorläufig nur Leichtsinne zum Verbrecher werden, der Gutmütige zum Rächer an der Gesellschaft. Ob Bewährungsfrist in diesem Falle nicht am Platze gewesen wäre? Ob die soziale Gerichtshilfe nicht hätte eingreifen sollen? Ist mit solch einem Beurteilen dem jungen Menschen oder der Gesellschaft gedient?

Seltene Verfahrnen zweier Delinquenten.

Nach zweijährigem Suchen gelang es jetzt der Dienststelle B 3 der Kriminalpolizei, zwei Delinquenten, die im Jahre 1924 abhandlung gekommen waren, wiederzufinden. Damals gingen bei dem Umzug einer Kunsthandlung zwei Delinquenten von hohem Werte verloren. Das eine stellte eine Madonna mit Kind dar, das andere die Ueberführung der Leiche Napoleons I. von St. Helena auf ein französisches Kriegsschiff. Man vermehrte die Bilder gleich, doch alles Suchen auch auf dem Transportwagen blieb vergeblich. Man ermittelte jetzt, daß sie in einer Gastwirtschaft in der Linienstraße hingen, wo sie beschlagnahmt werden konnten. Es ergab sich nun, daß feinerzeit zwei Packer die Bilder unterschlagen und unter Pappen und Lumpen auf dem Wagen verborgen hatten. Je mehr sie zu suchen schienen, desto mehr schoben sie das gestohlene Gut nach unten. So wurde nichts gefunden. Die Bilder wurden zuerst in der Bismarckstraße eines Hotels untergebracht, wo man sie, um sie vor profanen Blicken zu verbergen, mit einer Gardine verhüllte. Nur „Kunsthändler“, d. h. in diesem Falle Hehler, durften sie besichtigen. Als die Kriminalpolizei diesem Versteck die Spur fand, wurden die Gemälde fortgeschafft in eine Kneipe in der Brunnenstraße, wo man sie ebenfalls „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ auslag. Bald hatten aber die Beamten auch dieses Lokal ermittelt. Den Dieben blieb nichts weiter übrig, als mit den Bildern wieder weiterzuziehen. In der Linienstraße wurden sie endlich erwischt. Die ungetreuen Packer wurden ermittelt und festgenommen. Sie haben, wie sich jetzt herausstellte, nicht nur die Bilder entwendet, sondern außerdem zwei hölzerne Engelsfiguren in wertvoller Schnitzarbeit, die je etwa einen Meter groß waren. Als es sich für die Diebe unmöglich erwies, diese Figuren an den Mann zu bringen, verbrannte der eine der Packer sie in seinem Ofen, um die Briketts zu sparen. Die beiden Ungetreuen wurden verhaftet.

Aus Not rückfällig geworden.

Zweimal bereits hatte der Kaufmann Reinhold Taegen längere Freiheitsstrafen wegen Diebstahls erhalten. Nach Verbüßung der letzten Strafe wollte er aber, so versicherte er dem Schöffengericht Ritze, ein ordentliches Leben führen und sich von weiteren Strafen freihalten. Die Not hätte ihn aber wieder zum Dieb gemacht. Nur mit 20 Mark habe man ihn aus der Strafkast entlassen, Arbeit konnte er nicht finden und außerdem beging er auch noch den Reichsfeind, ein junges Mädchen, die jetzige Mitangeklagte Hedwig Taegen, zu heiraten. Aus formalen Gründen wurde ihm die Erwerbstätigenversicherung entzogen. Schließlich konnte Taegen die Rente nicht mehr zahlen und hatte seinen Pfennig Geld. Vom Armenvorsteher wurde er abgewiesen. Als alle Sachen verkehrt waren, entschloß er sich, die Mäntel und Pelze zu stehlen, die im Korridor der Pension hingen, in der er wohnte. „Wenn man vor der Alternative steht, auf die Straße geworfen zu werden und zu verhungern, denkt man nicht an die Folgen.“ Jedenfalls nahm der Angeklagte die Sachen und auch ein Fahrrad und verschwand damit, nachdem er seine Frau vorausgeschickt hatte. Der Angeklagte nahm alle Schuld auf sich, aber seine Frau mußte zugeben, daß sie einen Teil der Sachen verkauft hatte. Die Rentionsinhaberin hat einen Schaden von 500 Mark erlitten, die Sachen aber waren für 51 M. verpfändert worden. Das Schöffengericht berücksichtigte die Notlage des Angeklagten, aber auch die schweren Vorstrafen und erkannte gegen Reinhold Taegen auf neun Monate Gefängnis. Die Ehefrau kam mit einem Monat davon und diese Strafe wurde durch die Untersuchungschaft als verbüßt betrachtet.

Die Trauerfeier für Gustav Rosenow.

Am gestrigen Donnerstag nachmittag fand in der Kapelle des Neuen Luisen-Friedhofs in Westend die Trauerfeier für den am vorigen Sonntag bei dem Autounfall auf der Busstraße verunglückten Teilnehmer, den 22-jährigen Elektrotechniker Gustav Rosenow aus Charlottenburg, statt. Eine große Trauerverammlung hatte sich eingefunden, darunter Vertreter des Automobilclubs von Deutschland und der Direktion der Aous, sowie Vertreter der Feuerwehr.

Kraftdroshen-schmerzen.

Am gestrigen Tage sind vom Polizeipräsidenten die neuen Zulassungsbedingungen für Kraftdroshen in einer Bekanntmachung veröffentlicht worden, von denen einige Bestimmungen auch für die Öffentlichkeit von Interesse sein dürften.

So wird durch die neuen Bedingungen bestimmt, daß in Zukunft nicht mehr offene Kraftdroshen, sondern nur noch geschlossene Wagen oder Landaulets mit aufklappbarem Verdeck zugelassen werden sollen. Des weiteren wird bestimmt, daß die Kraftdroshen der Klasse neben dem Kraftwagenführer nicht mehr vom Fahrgast eingenommen werden darf, und zwar wird diese Bestimmung aus Gründen der Verkehrssicherheit getroffen. Der Platz neben dem Führer soll nur unter der Bedingung für den Fahrgast freigehalten werden, wenn eine Scheidewand bis über die Höhe des Steuerrades angebracht wird, damit auf diese Weise Unter-

haltungen zwischen Chauffeur und Fahrgast unmöglich gemacht werden. Ferner werden die alten Bestimmungen der Droshenordnung von 1923 wieder ins Gedächtnis zurückgerufen, nach denen die Kraftdroshen keine Ausschmückung durch Stoffgardinen, Vasen mit künstlichen Blumen usw. erhalten dürfen. Die Bestimmungen, daß in Zukunft nur noch geschlossene Wagen oder Landaulets zugelassen werden sollen, gründet sich auf eine allgemeine Erfahrung, die in den europäischen Großstädten gemacht werden ist. Man hat nämlich festgestellt, daß sowohl aus gesundheitlichen wie aus verkehrstechnischen Gründen dem geschlossenen Wagen oder dem Landaulet durchaus der Vorzug zu geben ist. Für das Publikum ist die Bestimmung noch von Wichtigkeit, nach der in Zukunft die roten Kreise auf der Windschutzscheibe, aus deren Inschriften „Mitteltage“ oder „Großtag“ die Tarifstufe erkenntlich war, in Fortfall kommen. Die Kraftdroshen werden von jetzt ab nur noch durch die Borte an ihrer Tarifzugehörigkeit erkennbar sein, und zwar tragen die Droshen mit Mittelarif zwei nebeneinanderlaufende schwarzweiße gewürfelte Borten, während die Großkraftdroshen deren drei aufweisen.

Wie wir hören, haben die Kraftdroshenbesitzer-Organisationen, insbesondere die Innung vereinigter Kraftdroshenbesitzer an den Zulassungsbedingungen verschiedene Beanstandungen zu machen. So sind sie nicht mit der ausschließlichen Zulassung von geschlossenen Droshen oder Landaulets einverstanden und betonen, daß die diesbezügliche Bestimmung des Polizeipräsidenten nicht genügend Rücksicht auf die Wünsche der Fahrgäste nehme, die besonders bei der großen Hitze, wie sie augenblicklich herrscht, dem offenen Wagen durchaus den Vorzug geben. Auch die Bestimmung, daß der Platz neben dem Kraftwagenführer frei bleiben oder durch eine Scheidewand getrennt werden solle, sei nicht zu billigen, da die vorgesehene Scheidewand für den Führer nur hinderlich sei und seine Sicherheit mehr beeinträchtige, als dies etwa nur ein Gespräch mit dem Fahrgast der Fall sein könnte.

Schwerer Unfall auf einem Lastkahn. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr geriet der Schiffer Albert Schmidt aus Fürstberg i. M. auf seinem an der Schulenburgbrücke liegenden Kahn mit dem rechten Bein in eine Drahtschlinge, als der Schleppdammer gerade anziehen wollte. Sch. wurde das Bein vom Körper getrennt. In schwer verletztem Zustande wurde er in das Spazauer Krankenhaus übergeführt.

Opfer der Hitze. Nachdem erst gestern vormittag eine große Anzahl von Personen infolge der anhaltenden großen Hitze Hitzschläge erlitten, wurden während des Nachmittags abermals sieben Personen von demselben Schicksal ereilt. Zwei von ihnen erkrankten so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Ein aufsehenerregender Mord in Magdeburg.

Verhaftung eines Industriellen.

Seit einigen Tagen waren in Magdeburg Plakate angehängt, auf denen eine große Belohnung für die Auffindung des am 10. Juli 1925 verschwundenen Kaufmanns und Buchhalters Hermann Helling ausgesetzt wurde. In dieser Angelegenheit teilt nunmehr ein Polizeibericht mit, daß in Groß-Rottmerleben in dem Schröder'schen Hause die Leiche Helling's gefunden wurde. Es wurde festgestellt, was die Ermittlungen bereits ergeben hatten, daß ein vorheriges Verbrennen der Leiche versucht worden war. Mehrere Magdeburger Einwohner wurden festgenommen und befinden sich in Untersuchungshaft. Wie die „Magdeburgische Zeitung“ zu diesem Polizeibericht erklärt, wurden verhaftet der Besitzer des Hauses, in dem die Leiche gefunden wurde, namens Schröder, ferner ein gewisser Fischer und der Kaufmann Haas, stellvertretender Direktor der V. Haas Aktiengesellschaft in Magdeburg, die eine Wohnung in Besitz von Kennnissen gemessen sein, die der Firma Haas Nachteile und Unannehmlichkeiten hätten zufügen können, wenn sie bekannt geworden wären. Aus diesem Grunde wurde Helling in ein Privatauto geklärt und ermordet. Einer der Täter soll bereits ein Geständnis abgelegt haben. Im Interesse der noch andauernden Untersuchung werden von der Polizei und vom Untersuchungsrichter gegenwärtig weitere Einzelheiten nicht mitgeteilt.

Schwere Autounfälle.

Bei Beidersee am Petersberge ereignete sich nach einer Redung aus Halle ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Lastautomobil mit Anhänger und der Kleinbahn Ballmwig-Bettin. In einem durch seine Schranken kenntlich gemachten Bahnübergang fuhr das Lastauto in die Lokomotive. Durch den starken Anprall wurden die Maschine und der Packwagen aus den Schienen gehoben. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Der Fahrer des Kraftwagens, sein Mitfahrer sowie drei weitere Personen wurden schwer verletzt. — Bei Gröbers stieß der Kraftwagen eines halleischen Fabrikanten in voller Fahrt gegen einen Baum. Während der Chauffeur mit nur geringen Verletzungen davonkam, wurde der Besitzer getötet. Das Unglück war dadurch verursacht worden, daß der Fabrikant, der während der Fahrt geschlafen hatte, beim Erwachen den Chauffeur angestoßen hatte, so daß diesem das Steuer zur Seite geschleudert wurde.

Ein weiteres schweres Autounglück ereignete sich in der Nähe von Eisenach. Ein mit acht Personen besetztes Auto raste in voller Fahrt ebenfalls gegen einen Baum. Fünf der Insassen wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die anderen drei blieben unverletzt. Der Kraftwagen wurde vollkommen zertrümmert.

Fischsterben im Spreewald. Wie in anderen Gegenden Deutschlands, so sind auch die Gewässer des Spreewalds infolge des jetzt langsam fallenden Hochwassers von einem großen Fischsterben betroffen worden. Das Eindringen fremden, verunreinigten Wassers hat ungeheuren Schaden unter der Fischzucht des Spreewalds hervorgerufen. Überall sieht man Massen von Fischleichen auf dem Wasser treiben, an deren schleuniger Beseitigung im Hinblick auf die bei der herrschenden Hitze drohenden Gefahren mit allen Kräften gearbeitet wird. Der entstandene Schaden ist für die durch die Vernichtung der Heuernte ohnehin schwer getroffene Bevölkerung des Spreewalds besonders empfindlich.

Brandkatastrophe bei Donauerschingen. In der Nacht vom 14. zum 15. d. M. brannten in Desingen vermutlich infolge Brandstiftung vier Wohn- und Wirtschaftsgebäude, das gemeinsame Anwesen zweier Tagelöhner, das Anwesen eines Tierheilenden und eines Landwirts bis auf die Grundmauern nieder. Es konnte nur wenig gerettet werden, da das Feuer mit großer Geschwindigkeit um sich griff.

Eisenbahnunfall in Hamburg. Das Eisenbahnbetriebsamt in Hamburg teilt mit: Am 15. d. M. um 7.30 Uhr vormittags fuhr ein Rangierzug auf eine Gruppe von Wagen auf, die auf der Kammerbrücke standen. Drei Wagen entgleisten, zwei beladene Wagen fielen in den Kammerkanal. Auch der Rangiermeister stürzte in den Kanal, konnte aber gerettet werden.

Mannheim im Rundfunk. Nachdem die umfangreichen Sendeveruche in dem neuingerichteten Mannheimer Rundfunk-Besprechungsraum das einwandfreie Funktionieren der Anlage erwiesen haben, begann dieser Tage die Reihe der regelmäßigen Darbietungen. Hierunter interessiert vor allem eine Vortragsreihe, die sich mit dem Wesen und den Werten der Stadt Mannheim befaßt. Als erster Redner sprach der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Ruzer über das Thema „Mannheim Stadtpersonlichkeit“. Die Darbietungen der Mannheimer Rundfunk-Besprechungsstelle werden jeweils über die Sender Stuttgart, Frankfurt a. M. und Kassel verbreitet.

Geschlechtskranke Kinder.

Geschlechtskranke Kinder, vielleicht die schwerste Anklage gegen unsere heutige Zeit. Einmal sind es die erblich mit Syphilis behafteten Säuglinge, die vorschul- und schulpflichtigen Kinder. Dann sind es aber die Gonorrhoeerkrankten, infiziert von den Eltern, dank den unmäßigen Wohnungsverhältnissen — eine Gefahr für ihre Schul- und Spielkameraden. Die Zahl dieser Erkrankungen ist im letzten Steigen begriffen. Das gemeinsame Bett mit den Eltern, die gemeinsamen Waschtücher, die gemeinsamen Aborte tragen zu ihrer Verbreitung bei. Die Behandlung ist langwierig, die Heilungen müssen noch längere Zeit überwacht werden, ihr Schulbesuch bringt Gefahr für die Umgebung — wie ja auch die Tripperkranken bei den gegebenen Wohnungsverhältnissen eine Gefahr bilden — das Kind bleibt geistig zurück. Dem mußte abgeholfen werden. Auch in dieser, wie in mancher anderen Beziehung hat die Stadt Wien den Weg gewiesen. Sie hat das Problem der Behandlung und Heilung der geschlechtskranken Kinder unter Führung des Leiters des Wiener Wohlfahrtsamtes, des Genossen Prof. Landler, der Lösung sehr nahe gebracht.

Die Initiative ging aus von der dermatologisch durchgebildeten Kinderärztin Frau Nieder-Lustig. Die Beobachtungen, die sie im Spital gemacht hatte, führten sie zu dem Gedanken, daß es notwendig sei, die geschlechtskranken Kinder von geschlechtskranken Erwachsenen zu trennen. Sie hielten sich monatlang im ständigen Verkehr mit Prostituierten auf und wurden seelisch verwahrloht. Es galt, ein Kinderhospital zu schaffen, das nicht allein therapeutischen, sondern auch erzieherischen Gesichtspunkten gerecht wurde. Alle drei Altersstufen mußten berücksichtigt werden: die Säuglinge, die Vorschulpflichtigen und die Schulpflichtigen. Die Stadt Wien stellte für das einzigartige Experiment einen Flügel des Zentral-Kinderheims zur Verfügung, das 600 Jünglinge beherbergt, gelegen an der Peripherie Wiens, mit wundervollem Ausblick auf die Berge.

Hier wurden die geschlechtskranken Säuglinge — die mit erblicher Syphilis behafteten —, die nach der Geburt von der Mutter infiziert worden waren, untergebracht. Auch die stillenden Mütter sind zur Stelle. Die Säuglinge bleiben je nachdem ein oder 1½ Jahre in den hellen, geräumigen Zimmern, verbringen einen großen Teil des Tages in den Liegeveranden und machen größtenteils einen runden gesunden Eindruck. Die Pflege tut geradezu Wunder. Dieses gilt für Kinder aller Altersstufen. Die Syphiliskranken sind von den Tripperkranken überall getrennt. Durch besondere Maßnahmen ist eine Übertragung der Infektion auf andere Körperteile ausgeschlossen. Für Unter- und Oberkörper gibt es besondere Waschtücher; Klosetts fehlen gänzlich. Jedes Kind hat sein Geschirr. Gebadet wird nicht; statt dessen werden die Kinder einzeln geduscht. Auch sonst kommen die Forderungen der Hygiene zur peinlichen Durchführung. Die Pflege und Erziehung der 180 Kinder liegt 37 Schwestern ob. Teils sind sie als Kindergärtnerinnen ausgebildet. Es gibt wohl keine zweite Anstalt, wo erzieherische Einflüsse eines Erwachsenen sich auf so kleine Gruppen von Kindern verteilen, und deshalb in so hohem Maße individuell wirken können.

Die Vorschulpflichtigen werden im Kindergarten beschäftigt. Die Schlafräume sind von den Tagesräumen getrennt. Das Erziehungsprinzip kommt in jeder Hinsicht zur Geltung. Der freie, freie und frohe Gesichtsausdruck der Kinder wie ihre Zutraulichkeit spricht eine bereite Sprache. Die besondere Sorge um das leibliche Wohl der Kinder führt aber zu einer ganz außerordentlichen Zutraulichkeit zu dem Pflege- und Erziehungspersonal. Man kann wohl sagen, daß die Kinder die Monate des Aufenthalts in der Anstalt in idealen Verhältnissen verbringen. Es mag vielen von ihnen äußerst schwer fallen, sich hinterher an die alten Verhältnisse zu gewöhnen. Das gleiche gilt auch von den schulpflichtigen Kindern. Für diese, es sind im ganzen 35, ist eine Schule vorhanden. Die verschiedenen Altersstufen bedingen eine Teilung in zwei Gruppen; eine hat den Unterricht am Vormittag, die andere am Nachmittag. In das Schulzimmer werden die Kinder von der Schwester geleitet. Die Syphiliskranken sitzen von den Tripperkranken getrennt. Wenn ein Kind austraten muß, so wird nach der Schwester geläutet. Durch alle diese Maßnahmen wird erreicht, daß die verschiedenen Gruppen nie miteinander in Berührung kommen. Eine Übertragung der Infektion ist daher fast ausgeschlossen.

Bedenkt man, daß die geschlechtskranken Kinder auch aus einer sittlich besonders verwahrlosten Umgebung kommen und daß der sechsmonatigen Behandlung eine einjährige Beobachtungszeit innerhalb der Abteilung folgt, so begreift man, daß dieses Spital auf Schulunterricht und Erziehung eingestellt sein muß. Die Kinder erfordern auch eine sehr individuelle Behandlung. So manches kleine Mädchen hat schon viel „erlebt“ und bildet dadurch eine sittliche Gefahr für die Altersgenossen. Es muß nicht selten die erste Zeit von den anderen getrennt werden, bis es wieder Kind geworden ist. Die Sorge für das physische Wohl, die liebevolle Pflege macht die Pfleglinge auch hier zutraulich und leicht beeinflussbar.

Die Abteilung für geschlechtskranke Kinder, wohl einzig in ihrer Art, existiert erst seit 1½ Jahren. Sie ist noch im Ausbau begriffen. Entspricht sie in medizinischer Hinsicht auch den höchsten Anforderungen, so ist man bemüht, die Erziehungsmethoden zu verbessern. Für die Kleinkinder soll das Montessori'sche Erziehungssystem eingeführt werden. Selbstverständlich kann die Abteilung nicht den gesamten Anforderungen der Stadt Wien entsprechen. Andererseits besteht auch kein geistlicher Zwang für die Eltern, ihre geschlechtskranken Kinder ins Krankenhaus zu geben. Sie ziehen es nicht selten vor, trotz der Gefahr, die ihr Kranksein für sie selbst und für die Umgebung bedeutet, sie bei sich zu behalten. Allerdings der Raum mangel wäre noch größer, wenn alle Eltern ihrer Pflicht ihren kranken Kindern gegenüber nachkommen wollten. Durchwandert man die hellen Räume des Spitals, blickt man in die leuchtenden Augen und auf die roten Backen der runden Kinder-

gesichter, so kann man sich eines Gedankens nicht erwehren: wie viel unvernünftige Eltern gibt es, die aus dem Unglück ihrer Kinder ein Geheimnis machen, anstatt sie hierher zu geben und sie gesund werden zu lassen, auch die Umgebung vor der Ansteckungsgefahr zu schützen. Und müssen die Kinder erst geschlechtskrank sein, um in diese wundervollen Aufzuchtbedingungen zu gelangen? Das Spital für geschlechtskranke Kinder ist nicht allein eine medizinische, sondern auch eine sozialpädagogische Angelegenheit.

Augenblicklich befindet sich in der Kleinkinderabteilung ein reizendes vierjähriges Geschöpfchen, eine kleine Berliner, deren Eltern als Oesterreicher in Wien zuständig sind. Man sagte uns, daß die Kleine in Berlin im Krankenhaus wegen ihrer Wiener Zuständigkeit nicht aufgenommen worden wäre. So wurde sie von der Mutter nach Wien gebracht. Ich versprach der Kleinen als Dank aus Berlin den Eltern einen Gruß zu überbringen. Hiermit tue ich es. Es geht ihrem Töchterchen ganz vorzüglich.

Leo Rosenthal

Der Berliner Fremdenverkehr im Juni. Starke Zunahme.

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin ist für den Monat Juni eine erhebliche Zunahme des Berliner Fremdenverkehrs zu verzeichnen. Die Zahl der in Hotels, Gasthöfen, Pensionen usw. gemeldeten Fremden ist von 122 196 im Mai auf 133 081 im Juni gestiegen, das bedeutet eine Zunahme um 10 885 oder 8,9 Prozent. Die durchschnittlich tägliche Zahl der Meldungen Gasthofsfremder betrug im Juni mit 4436 fast 500 mehr als im Mai d. J. und 158 mehr als im Juni des Vorjahres. Von den Hotelgästen überhaupt waren 128 443 oder 96,5 Prozent in Europa staatsangehörig, von diesen waren 112 199 Deutsche und 16 244 Ausländer. 4450 Meldungen betrafen Staatsangehörige der vier fremden Erdteile, so daß — ohne die 188 Gemeindeten mit unbekannter Staatsangehörigkeit — im Berichtsmonat insgesamt 20 694 Ausländer gegenüber 15 419 im Vormonat in Berliner Gaststätten Wohnung genommen haben. Auch die Zahl der gemeldeten Deutschen hat sich mit 112 199 im Vergleich zum Mai um 5590 oder 5,2 Prozent erhöht; bei den europäischen Ausländern beträgt die Zunahmeziffer nicht weniger als 3842 oder 31 Prozent. Von den einzelnen europäischen Staaten weisen gegenüber dem Vormonat eine Steigerung der Zahl der Meldungen um mehr als 50 Prozent auf: Estland, Georgien, Griechenland, Island, Italien, Jugoslawien, das Remelgebiet, Rumänien, Spanien — hier hat sich die Zahl von 67 auf 173, das ist um 158,2 Prozent erhöht — und die Ukraine. Zunahmen um mehr als 20 Prozent bis zu 50 Prozent zeigen die Reiseziffern Staatsangehöriger aus: Belgien, Dänzig, Finnland, Frankreich, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Oesterreich, Polen, Rußland, Schweden, der Tschechoslowakei, der Türkei und Ungarn. Bulgarien und Dachsenstein sind mit 15 bzw. 2 die einzigen europäischen Staaten, für welche eine Abnahme der Zahl der Meldungen gegenüber Mai festzustellen ist, Australien mit 19 der einzige fremde Erdteil. Aus Amerika, Asien und Afrika sind bedeutend höhere Besuchsziffern zu verzeichnen, die Steigerung beträgt hier 1295 (47,5 Prozent) bzw. 134 (88,3 Prozent) und 23 (88,3 Prozent). Daß einzelne Nationen zeitweise besonders stark hier vertreten sind, ist häufig darauf zurückzuführen, daß ausländische Reisebüreaus Gesellschaftsreisen nach Deutschland und dessen Hauptstadt veranstalten.

Säuglingsfürsorge im Bezirk Friedrichshain.

Dem Wunsch weiter Kreise der Bevölkerung wie auch der zuständigen Instanzen im Bezirk Friedrichshain wird endlich nach langen Verhandlungen stattgegeben, und eine zweite Säuglingsfürsorgestelle konnte im Bezirk errichtet werden. Bisher verfügte das Jugendamt Friedrichshain nur über eine Fürsorgestelle in der Kirchbachstraße, die dermaßen überlastet war, daß fast die Hälfte der Stadtbezirke — und zwar 35 — von der Fürsorgestelle A des Bezirks Mitte mit betreut werden mußten. Dem energischen Drängen unserer Genossen im Bezirksamt mußte schließlich auch der Magistrat nachgeben und die nötigen Mittel zur Abstellung des vorhandenen Mißverhältnisses bewilligen. Gerade der südliche Teil des Bezirks — der von dem nördlichen durch den Straßenzug der Frankfurter Allee und der Großen Frankfurter Straße getrennt wird — wird von Schichten der Bevölkerung bewohnt, denen in der gegenwärtigen Zeit der Wirtschaftskrise aus der wirtschaftlichen Kollage heraus eine Hilfe von seiten der Behörden nur willkommen ist. Daneben möge nicht vergessen werden, daß gerade die Pflege des Säuglings und des Kleinkindes eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspflege sein dürfte, der sich vor allem auch die behördliche Gesundheitspflege nicht entziehen kann. Daß die neue, vor kurzem eröffnete Säuglingsfürsorgestelle sehr stark in Anspruch genommen wird, erhellt schon, daß bereits in den ersten Tagen etwa 150 Besuche täglich stattfanden. Es dürfte also der neuen Fürsorgestelle Arbeit zur Genüge erwachsen, die der in der alten Stelle bisher geleisteten in nichts nachsteht. Von dieser wurden im letzten Vierteljahr rund 5000 Säuglinge und 2700 Kleinkinder betreut.

Leitfaden für Funktionäre der Mieterbewegung nennt sich ein handliches Büchlein, das Genosse Fritz Dzien im Auftrage des Reichsbundes Deutscher Mietervereine (Verlag Berlin W. 35, Potsdamer Str. 56) herausgegeben hat. Der Leitfaden enthält die sehr wichtigen und vielfach nicht genügend beachteten Mietrechtparagraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Texte des Reichsmietengesetzes vom 1. Juli 1923, des Gesetzes über Mieterchutz und Miet-einigungsämter vom 1. Juni 1924 des Wohnungsmangelgesetzes

vom 26. Juli 1923. Ferner einen Beitrag von Rechtsanwalt Dr. Scheerer über das geltende Wohnungsrecht, außerordentlich wichtige Ausführungen bzw. Anweisungen über das Verhalten der Mietervertreter (Mieterbeisitzer) vor dem Mietgericht und dem Mieteinigungsamt und schließlich eine Sammlung mietenrechtlich beachtenswerter Gerichtsentscheidungen. Auch dieses Handbuch zeichnet sich wie das vor einigen Jahren herausgekommene Handwörterbuch zum Reichsmietengesetz durch Uebersichtlichkeit und klaren leichtverständlichen Ausdruck aus und ist deshalb für die Mietervertreter unentbehrlich.

Die moderne Stadt.

Zum Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongress.

Zu dem in der Zeit vom 14. bis 19. September 1926 in Wien stattfindenden Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongress wird uns u. a. folgendes geschrieben: Noch im Beginn dieses Jahrhunderts verbanden die meisten Menschen mit dem Begriff Städtebau nur recht unklare Vorstellungen. Man hielt den Städtebau für die denkmälerartigen uninteressanten Obliegenheit des Ingenieurs und Geometers, die dafür zu sorgen hätten, daß in den neuen Stadtteilen durch die Anlage ausreichend breiter Straßen den Bedürfnissen des modernen Verkehrs Rechnung getragen und auch den Wohnungen der daran liegenden Häuser ausreichend Licht und Luft zugeführt werde. Seitdem hat der Städtebau einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Architekten erkannten, daß sich ihnen hier die denkbar größten Aufgaben für baukünstlerische Schöpfungen boten. So zeigten dann auch vor dem Kriege die Städtebauausstellungen in Leipzig und Berlin ein Gesamtbild, das völlig von ästhetischen Gesichtspunkten bestimmt war. Da waren großzügige Wohnanlagen mit monumentalen Gebäuden, mächtige Straßen mit sorgfältig durchgeformten Fassaden zu bewundern, aber man spürte wenig Interesse dafür, wie wohl die Menschen hinter diesen Prunkstrahlen leben mochten. Aus jener Zeit sind uns — damals — vielbewunderte Prunkstrahlen erhalten, deren Häuser an der Rückseite nur enge Lichthöfe haben, so daß die kostspieligen Wohnungen nicht einmal den primitivsten Anforderungen der Wohnungshygiene genügen.

Es war deshalb sehr zu begrüßen, daß auch die Hygieniker dem Städtebau ein wachsendes Interesse entgegenbrachten. Bei dem Studium der Zusammenhänge zwischen Wohnung und Volksgesundheit kamen sie immer wieder zu der Folgerung, daß sich gesunde Wohnungsverhältnisse nicht dann schaffen lassen, wenn man sein Interesse nur dem einzelnen Haus schenkt, sondern nur dann, wenn man die Forderungen zur Volksgesundheit schon bei der Anlage der neuen Stadtteile, vor allen Dingen bei der Grünflächenpolitik der Städte berücksichtigt. So wurde der Städtebau zu dem wichtigsten sozialhygienischen Problem unserer Zeit, an dessen Lösung die besten Fachleute aus den verschiedensten Berufsgruppen zusammenarbeiteten. Den bedeutendsten Fortschritt brachte die Gartenstadtbewegung, die von einer grundlegenden Kritik der bisherigen Großstadtentwicklung ausging und sich nicht wie die meisten anderen Beurteiler mit einer Kritik der Teilercheinungen begnügte. Sie trat für eine Dezentralisation der Großstadt ein, und es gelang ihr bereits nach kurzer Zeit, ihre weitgehenden Reformansprüche durch die Gründung der ersten englischen Gartenstadt Letchworth zu verwirklichen. Noch fortschrittlicher ist die zweite nach dem Kriege errichtete Gartenstadt Welwyn. Hier ist nicht allein der gesamte Boden des Stadtgebietes mit seinen Wohnvierteln, seinen Geschäfts- und Industrievierteln und dem breiten landwirtschaftlichen Gürtel im Besitz einer gemeinnützigen Gründungsgesellschaft, so daß der gesamte Wertzuwachs der neu entstehenden Gemeinde zugute kommt, sondern diese gemeinnützige Gründungsgesellschaft hat auch für den Häuser- und Straßenbau, für die Errichtung und Bewirtschaftung der Gasthäuser (Götenburger System), für die gesamte Warenversorgung der Stadt und für die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Gürtels gemeinnützige Tochtergesellschaften gegründet. Es dürfte kaum eine andere Stadt der Welt geben, in der von vornherein der Gemeindefortschritt so weitgehend verwirklicht wird wie hier. Die Gartenstadtbewegung hat nicht allein den englischen Städtebau, sondern auch den in Deutschland und in anderen Ländern stark beeinflusst. Das zeigte sich besonders auf den Städtebaukongressen nach dem Kriege. Schon auf der großen internationalen Städtebauausstellung in Göttingen (1923) traten die ästhetisch dekorativen Arbeiten der Städtebaukunst vollständig hinter den großzügigen Schöpfungen des Städtebaues und der Landesplanung zurück. Die Errichtung von Wohnungen war den entwerfenden Städtebauern nicht mehr ein bloßes Mittel, um interessante Straßen- und Platzgebilde zu schaffen, sondern man spürte es überall, daß nunmehr im Mittelpunkt des Städtebaues der Mensch steht, der Mensch, der in der Stadt arbeitet und wohnt und der in ihr auch teilhaben soll an dem, was Natur und Kultur zu bieten vermögen. Noch klarer trat diese Entwicklung auf dem Internationalen Städtebaukongress in Amsterdam 1924 in Erscheinung, an welchem mehr als 500 Fachleute aus rund 20 verschiedenen Ländern teilnahmen. Eine einstimmig angenommene Entschließung bezeichnete die bisherige Entwicklung unserer Großstädte als unerwünscht, verlangte ihre Dezentralisation und eine großzügige Grünflächen-

FRITZI MASSARY

jetzt auch ohne Mundstück in runderm, vollem Format, 3 Pfennig, veranschaulicht in dem neuen Silberkleide eindrucksvoll den inneren Gehalt, sie ist und bleibt

"Die Unvergleichliche"

politik und befürwortete für dichtbesiedelte Industriegebiete die Ausarbeitung von Landesplänen.

Nicht minder wichtige Probleme werden den diesjährigen Städtebaukongress beschäftigen, der in der Zeit vom 14. bis 19. September in Wien abgehalten wird. Als erster Punkt steht die Bodenfrage in ihrer Beziehung zum Städtebau auf der Tagesordnung. Aus den verschiedenen Ländern werden namhafte Fachleute schriftliche Berichte erstatten, die den Kongreßteilnehmern rechtzeitig vorher zugehen. Von gleichem Interesse dürfte der zweite Beratungspunkt „Die rationelle Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus“ sein. Die beiden letzten Tage des Kongresses werden einer Studienfahrt durch die schöne Wachau und der Besichtigung des alten Salzburg gewidmet sein. Auch dürfte sich eine recht große Anzahl der Kongreßteilnehmer am 19. der neuntagigen Studienreise durch Deutschland anschließen, die im Auftrag der internationalen Föderation die Deutsche Gartenstadtgemeinschaft vorbereiten. Es ist die Besichtigung von München, Augsburg, Nürnberg, Rothenburg, Stuttgart, Heidelberg, Frankfurt a. M., Köln a. Rh. und Düsseldorf in Aussicht genommen. — Nähere Auskunft (Einladung usw.) erteilen das örtliche Kongreßbureau Wien I, Bartensteing 7, und der Vorsitzende der Deutschen Gartenstadtgemeinschaft, Bernhard Kampffmeyer, Bergisch- Gladbach bei Köln.

Der Umbau des Spittelmarktes.

Der Magistrat hat bekanntlich vor einiger Zeit dem aus verkehrstechnischen Gründen dringend notwendig gewordenen Plan des Umbaus des Spittelmarktes zugestimmt. Die Regelung des Verkehrs ist dort durch die vielen Verkaufshäuschen, die zum Teil aus der Inflation stammen und jeden Ueberblick über den Platz unmöglich machen, so erschwert worden, daß man vor der nicht leicht zu lösenden Aufgabe stand, dem Spittelmarkt eine völlig andere Gestalt geben zu müssen. Nach dem Plane sollen sämtliche Aufbauten und Verkaufshäuschen auf dem Spittelmarkt verschwinden, auch das in der Mitte des Platzes befindliche Brunnenbecken, ein Geschenk Spindlers, soll an anderer Stelle Aufstellung finden. Der Straßenbahnverkehr wird gleichfalls eine völlige Veränderung erfahren, und zwar soll, ähnlich wie es bei anderen Plätzen Berlins schon durchgeführt oder noch geplant ist, der Kreisverkehr eingeführt werden. Um den Spittelmarkt selbst zu entlasten, werden sämtliche Straßenbahnlinien, die nach der Köpenicker Straße fahren, aus der Sendelstraße herausgenommen und durch die Wallstraße geleitet werden. Die Vorarbeiten zur Durchführung des Projekts sind nunmehr, wie wir erfahren, so weit gediehen, daß mit der Inangriffnahme der Bauarbeiten in nächster Zeit gerechnet werden kann. Zu ihrer Ausführung werden zahlreiche Erdarbeiten notwendig sein, jedoch sollen die Arbeiten so beschleunigt werden, daß der gesamte Umbau nach in diesem Jahre zu Ende geführt und damit eine wesentliche Erleichterung des Verkehrs im Zentrum Berlins geschaffen werden kann.

Vom Freibad Oberhönoweide.

Zu den verschiedenartigen Meldungen über Unglücksfälle im Freibad Oberhönoweide teilt das Bezirksamt Trepptom mit, daß auf dem städtischen Freibadgrundstück in Oberhönoweide, Köpenicker Str. 3234, in diesem Jahre Todesfälle durch Baden bisher nicht zu verzeichnen gewesen sind. Außer einem städtisch geprüften Bademeister üben bis zu zwanzig im Rettungsschwimmen ausgebildete Schwimmer durch ständiges Hin- und Herfahren auf dem Rettungsboot an der durch Tonnen gekennzeichneten Grenze die Aufsicht aus. Für Unglücksfälle steht eine Rettungswache zur Verfügung, soweit nicht durch Fernsprechanruf die Heranziehung von Arzthilfe notwendig wird. Durch diese Organisation ist es jedoch möglich gewesen, über dreißig Personen, die trotz aller Warnungen auf einem benachbarten Wassergrundstück beim wilden Baden verunglückten, zu retten. Auch sind diese Einrichtungen wiederholt von den Polizeibehörden beim Bergen verunglückter Personen in Anspruch genommen worden. Erneut ergeht an alle die dringende Bitte, vom dem wilden Baden abzulassen und die städtischen Freibäder zu besuchen.

Unterstützung der Jugendherbergen. In den deutschen Jugendherbergen sind für 1925 1470000 Uebernachtungen festgestellt worden. Das ist gegenüber der Gesamtzahl von 1,1 Millionen im Vorjahr ein Zuwachs von rund ein Drittel. Hierbei fehlt noch zahlreiche Herbergen die Angabe, so daß die Gesamtzahl in Wirklichkeit weit über 1 1/2 Millionen ausmacht, wovon rund 60 Proz. auf Schüler entfallen. Es ist erfreulich, daß die Behörden sich bereit finden, beachtliche Mittel beizusteuern. Mit den Mitgliederbeiträgen würden ja nicht einmal die Strohbede und Boden gekauft werden können. So gar unangenehm das Wohlfahrts-

ministerium um Sachen weitere 35000 M. zum Ausbau der Jugendburg Hohenzollern. Das Landesjugendamt Bonnern bewilligte 25000, die Regierung Köln 18500 M. Der Kreis Minden spendete 10000 M. für den Ausbau der Jugendherberge an der Porta. Eine besonders bemerkenswerte Hilfe leistete die Gemeinde Sahlgau auf Rügen. Sie opferte für den Ausbau der Ernst-Thälmann-Jugendherberge nicht weniger als 40000 M., das macht rund 9 M. auf den Kopf der Bevölkerung aus.

Die Arbeit einer Rechtsauskunftsstelle. Die städtische Rechtsauskunftsstelle wurde in der Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 an 231 Sprechtagen von 10382 Personen besucht. Rechtsauskünfte wurde in 10366 Fällen über Sozialversicherung, bürgerliches Recht, Aufwertungsfragen usw. erteilt. Das Bureau der Rechtsauskunftsstelle befindet sich in der Ganshofer Straße (Bureaubaracke) und ist wie folgt geöffnet: Montag und Donnerstag von 3 bis 5 Uhr nachmittags, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 12 Uhr vormittags. Die Abfertigung der Auskunftsfragen erfolgt wegen des Andranges auf Karten, die an allen Tagen außer Sonntagen von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr beim Pförtner des Rathauses (Hauptportal) erhältlich sind.

Die städtische Volksspielung hat am 12. d. M. eine neue Essenaussgabestelle in der Raungr. 27 eröffnet.



Der Nachmittag brachte mit Bony Baedel und Berthold Reichig Bieder und Duette zur Laute, Volkslieder aus Sachsen, Schwaben und Bayern und neue Wanderoogelieder, sehr nett und sprühend im Vortrag, wichtig und manchmal von Berthold Reichig zu betont burleskes Gesungen. Der Abend war dagegen wieder ein musikalisches Mit-Gebiet, allerdings dieses Mal besser zusammengestellt als sonst üblich. Man vermied es, Opernbruchstücke mit Liedern und Waldhornspiel zu einem einheitlichen Drei zu verweben. Im Gegenteil, man hielt ein anständiges, bürgerliches Niveau, man gab etwas Blaulümmchen, etwas Lavendel, doch selbst ein Franz Abt beharrt immer noch eine musikalisch tabulose Haltung. Das Berliner Funk-Orchester spielte Mendelssohn, Hoffmann und Paul Graener, im Grunde doch jarte Sachen trotz Orchesterhaltung für den Hausgebrauch, und der Bassist Dirk Wagner sang Robert Franz, Abt und Franz Ries, die Stimme ist für den Vortrag von Liedern etwas zu schwer, der Ton wird nicht leicht und frei gegeben, er klingt stellenweise bid. Das Berliner Soloquartett sang Volkslieder mit tunkvoller Stimmführung. Leider war dabei die Uebertragung unbedeutlich. Im Ganzen ein harmloser, geschmackvoller und nicht weiter aufregender Abend.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 16. Juli. Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. Hildegard Margis: „Erleichterungen der Haushaltsarbeit“, 5 Uhr nachm.: Ewald Wästen: a) Die Filmschauspielerin, b) Briefe eines jungen Mädchens, c) Ich fürchte mich. Gelesen vom Verfasser. 5.30 Uhr nachm.: Kinderland. Anschließend: Ratschläge fürs Haus. Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Haus-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Gartenbaudirektor Fritz Zahn: „Die Gärten der Renaissance“. 7.20 Uhr abends: Professor Dr. C. Kaßner: „Dürren“. 7.50 Uhr abends: Alfred Schattmann: „Vom Werden einer Oper“. 8.30 Uhr abends: Amerika. I. Moderne amerikanische Epik (Leo Lanis, einleitende Worte: Tilla Durieux, Rezitation). 2. Amerikanische Musik (Dirigant: Dr. W. Busch-kötter). a) Edward Alex. Mac Dowell: Zweite indische Suite. b) John Knowles Paine: Sinfonie Nr. 1, op. 23, G-Moll (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitensage, Wettardienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 16. Juli. 1.10-1.40 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: C. M. Alßeri und Fräulein v. Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Landes-schulrat Dr. Schwarz, Lübeck: Erdkundeunterricht und Heimat. 4-4.30 Uhr nachm.: Landes-schulrat Dr. Schwarz, Lübeck: Die neuen Wege des Erdkundeunterrichts. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Franziska Bruck: Blumenzusammenstellungen nach Art und Farbe. 7.30 bis 7.55 Uhr abends: Geh. Medizinalrat Professor Dr. Hahn: Typhus-erkrankung und Verhütung. 7.55-8.20 Uhr abends: Professor Dr. Fleischmann: Wie schütze ich mich vor den Schädigungen der Sommerwärme? 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 2. 1. Kreis Mitte, Sonnabend, 17. Juli, findet im Volksklub-Club, Weinbergweg 10/20, ein Sommerfest statt. Neben Konzert und anderen Spezialitäten Aufzügen des Berliner Uffrias. Für die Kinder Aspekttheater, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde des Kreises. Eintritt 50 Pf. Beginn nachmittags 5 Uhr. Wir bitten um recht Beteiligung. Gäste und Compagnonien herzlich willkommen. 136. Abt. Reichsverband der Diebstahl- und Diebstahlverbrechen werden er-lucht, die Teilnehmenden zur Sommerpartei umgeben beim Genossen Paul Regel, Wälderstr. 18 abzurufen. Jugendpartei. Gruppe Neukölln I: Der Gruppenabend fällt aus. Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde. Kreis Mitte: Sonnabend, 17. Juli, Sommerfest der Partei des 1. Kreises. Treffpunkt für sämtliche Familien nachmittags 4 1/2 Uhr vor dem Eingang des Gartens. Die Sommerpartei treffen sich bereits nachmittags 4 Uhr in der Blumenstr. 77.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

41. Abt. Unser langjähriger Genosse, der Maurer Karl Ribbenhain, Allden-straße 1, ist am 13. Juli im Alter von 64 Jahren verstorben. Einsegnung am Sonnabend, 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumhulshausweg. Wir bitten um recht roge Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Kaderauswähler! Die letzten Bilder des Genossen Karl Tisch sind ein- getroffen. Abgabe, Abteilungsleiter! Heute, Freitag, von 5-7 Uhr, Abrechnung.

Heute, Freitag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr:

Schwandbrunn: 8 Uhr Funktionärsabend beim Genossen Rannort, Feh-straße 19. — Wedding: Kollontajabend. 1. Vortrag: „Warum An-der-sozialismus?“ — Köpenick II: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Was kann uns der Sport sein?“ — Köpenick III: Köpenick. 1. Vortrag: „Die Darmische Theorie.“ — Köpenick IV: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Schiffen Arzmann.“ — Köpenick V: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Punkte ein und zwei.“ — Köpenick VI: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Was der Vorsitz der Jugendbrigade.“ — Köpenick VII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Reparationsfragen und Gewerkschaften.“ — Köpenick VIII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick IX: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick X: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XI: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XIII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XIV: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XV: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XVI: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XVII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XVIII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XIX: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XX: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXI: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXIII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXIV: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXV: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXVI: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXVII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXVIII: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXIX: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“ — Köpenick XXX: Jugendheim Köpenick. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugend.“

Verkehrsbüro: Freitag, 16. Juli, 8 Uhr. Jugendheim Köpenick. 8. Uebungsabend für Sprecher. Sämtliche Gruppen müssen vertreten sein. Köpenick II: Freitag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Vorbereitung des Reichstags in Tilschen. Treffpunkt: 1. Gruppe 4.30 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg; 2. Gruppe 6 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen; 3. Gruppe: 9 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen. Verkehrs-Büro: Freitag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Vorbereitung des Reichstags in Tilschen. Treffpunkt: 1. Gruppe 4.30 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg; 2. Gruppe 6 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen; 3. Gruppe: 9 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen. Verkehrs-Büro: Freitag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Vorbereitung des Reichstags in Tilschen. Treffpunkt: 1. Gruppe 4.30 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg; 2. Gruppe 6 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen; 3. Gruppe: 9 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen. Verkehrs-Büro: Freitag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Vorbereitung des Reichstags in Tilschen. Treffpunkt: 1. Gruppe 4.30 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg; 2. Gruppe 6 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen; 3. Gruppe: 9 Uhr Bahnhof Köpenick-Friedrichshagen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 1. Kreis Mitte: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 2. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 3. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 4. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 5. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 6. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 7. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 8. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 9. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 10. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 11. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 12. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 13. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 14. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 15. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 16. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 17. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 18. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 19. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 20. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 21. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 22. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 23. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 24. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 25. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 26. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 27. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 28. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 29. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 30. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 31. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 32. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 33. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 34. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 35. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 36. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 37. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 38. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 39. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 40. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 41. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 42. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 43. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 44. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 45. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 46. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 47. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 48. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 49. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 50. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 51. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 52. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 53. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 54. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 55. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 56. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 57. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 58. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 59. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 60. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 61. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 62. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 63. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 64. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 65. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 66. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 67. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 68. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 69. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 70. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 71. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 72. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 73. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 74. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 75. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 76. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 77. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 78. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 79. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 80. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 81. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 82. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 83. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 84. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 85. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 86. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 87. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 88. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 89. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 90. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 91. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 92. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 93. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 94. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 95. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 96. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 97. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 98. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 99. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung. 100. Kreis Köpenick: Sonntag, 18. Juli, morgens 7 Uhr, Antreten zur Antifaschistischen Kampfabteilung.

Mustaufträge

überreicht man nur dem Kaufmann des Reichsbanner-Verbandes, Berlin O 27, Ende August 21 (Königsplatz 4310, 4045). Geschäftsjahre 9 bis 6, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Saison Ausverkauf

Unsere Preise sind in vielen Ab- bis Hälften herabgesetzt.

| | | | |
|--|---|--|---|
| Große Posten | Große Posten | Badeartikel | ca. 4.000 Selbstbinder |
| Damen-Hemden aus gutem Webstoff, mit Hoblasum oder Spitze 95 Pf. | Jumper Kunstseide waschbar hübsche Muster 2.90 | Frottierhandtücher aus Gummi, hübsche Ausföhrung 0.95 | Serie 1 48 Pf. Serie 2 65 Pf. Serie 3 95 Pf. |
| Damen-Hemden Teilerform, mit reicher Stickereigarnierung 1.35 | Kleider Baumw.-Musselin, gedruckte Muster, auch groß und klein 3.90 | Badelaken für Kinder, guter Krüselstoff 2.95 | ca. 2.50 Oberhemden |
| Hemdhosens mit Spitze oder Hoblasum gestreift 1.75 | Damen-Strümpfe schwarz oder farbig 48 Pf. | Bade-Capes guter Krüselstoff 9.85 | Serie 1 weiß, ungewaschen, Plüsch-Übersatz- und Umarmungsarten 3.50 |
| Prinzeßröcke mit Stickerei- volant 2.45 | Damen-Strümpfe künstliche Seide, mit Laufmasche, Flor- und -Sobie, farbig oder schwarz 95 Pf. | Schuhwaren | Serie 2 durchgehend Perkal mit Kragen, gute Qualität 3.90 |
| Nachthemden guter Webstoff hübsch garniert 2.45 | Schlupfhosen Damen, farbig, versch. Größen 65 Pf. | Pantoffel Damen, hübsch gemust. Stoffe mit Linoleumsohle 95 Pf. | Serie 3 gefütterte Faltenbrust, 1 weicher und 1 steifer Kragen 5.90 |
| Rohnessel besond. kräftige Waz, ca. 140 cm breit, Meßr 95 Pf. | Herren-Socken farbig gestreift 75 Pf. | Turnschuhe mit angepassener Gummisohle Größe 25-26 25-30 31-35 36-42 1.75 2.25 2.55 2.95 | ca. 4.000 Herren-Trikolagen |
| Hemdenluch Strapazier-Qual. ca. 60 cm, Meßr 39 Pf. | Herren-Neckjacken 80 Pf. | Turnschuhe mit Chromlederohle Größe 20-26 27-30 31-35 36-42 1.65 1.95 2.25 2.75 | echt ägyptisch Mako, sehr gutes, haltbares Fabrikat, 3 Größen |
| Louisianaluch für Leib- oder Bettwäsche, ca. 60 cm breit 62 Pf. | Bade-Anzüge für Herren, 3 Größen 95 Pf. | Sieppdecken Satin mit Tricot, viele Farben 9.85 | Jacken 2.25 Hose 2.75 Hemden 3.75 |
| Kaffeedecken Leinwand-imitat, ca. 110x110 cm 1.28 | Herren-Sirohhüte Metallkrem Serie 1 2.45 Serie 2 3.90 | | |

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmerdorfer Str.

Sind die Löhne zu hoch?

Von Professor E. Lederer-Heidelberg.

In einem vielbeachteten Vortrag, den Professor Pigou vor kurzem über das Lohnproblem hielt, warf er die Frage auf, ob nicht die hohen Löhne in England die Ursache der Krise seien. Mit einer beneidenswerten Sicherheit suchte er die ökonomische Gesamtlage auf eine Formel zu bringen. Bei der Ähnlichkeit, welche die deutsche Wirtschaftslage mit der englischen zeigt, empfiehlt es sich, dieser Formel auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

Professor Pigou, einer der bedeutendsten englischen Nationalökonomien, geht von dem unbestreitbaren Satz aus, daß die „nationale Dividende“, oder, wie wir zu sagen pflegen, das Sozialprodukt, die absolute Grenze für die Einkommensbildung sei. Wir können sogar weiter gehen und sagen, daß die Gesamteinkommen der Volkswirtschaft, soweit sie in den Verbrauch übergehen, bei wachsender Bevölkerung auch nicht das ganze Sozialprodukt erschöpfen sollen. Denn wäre das der Fall, würde der Gesamtertrag der Arbeit von Jahr zu Jahr verbraucht, so wäre es nicht möglich, für die vermehrte Bevölkerung Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen. Der Bevölkerungszuwachs müßte also in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben untergebracht werden, welche schon bisher voll besetzt waren, d. h. der Gesamtertrag der Arbeit müßte, auf den Kopf gerechnet, sinken. Bei wachsender Bevölkerung ist also auch eine entsprechende Kapitalneubildung zur Aufrechterhaltung des Lebensniveaus der Bevölkerung erforderlich.

Nur über die Vermehrung des Sozialproduktes kann die Steigerung der Lebenshaltung und daher die Steigerung der Real-löhne gehen.

Erfolgt eine solche Steigerung des Sozialproduktes nicht, werden nicht mehr Lebensmittel, mehr Textilwaren erzeugt, werden nicht mehr Häuser gebaut usw., so ist eine Erhöhung der Löhne nicht möglich. Die Lebenshaltung der Massen kann nicht steigen, ebenso kann eine Veränderung im Verteilungsschlüssel der Klassen keine wesentliche Änderung bringen. Der Luxuskonsum sei zu unbedeutend, um den Lohn „auch nur um einige Schillinge“ zu erhöhen —, ein Gesichtspunkt, den schon Lassalle in seiner berühmten Rede über die Bedeutung der indirekten Steuern herorgehoben hat, und der auch heute noch, wenngleich nur abgeschwächt, gilt.

Pigou sagt nun: Da das Sozialprodukt beschränkt ist, müssen wir „unseren Kack nach dem Luche zuschneiden“, wie müssen jede Wirtschaftspolitik ablehnen, welche das Sozialprodukt noch verkleinert. Daher sind alle Monopole und Kartelle, welche ihre Gewinne durch Einschränkung der Produktion erzielen oder vergrößern, zu verwerfen. Denn diese Einschränkung der Warenproduktion verringert den Konsumfonds. So weit, so gut. Pigou fügt hinzu, dasselbe gilt von den Gewerkschaften. Insofern diese einen Lohn erzwingen mit Rücksicht auf gewisse Anforderungen für die Lebenshaltung, und insofern sie sich nicht mit dem „ökonomischen Lohn“ zufrieden geben, d. h. einem Lohn, der gestattet, die Gesamtheit der Arbeiter zu beschäftigen, so wird auch das Sozialprodukt verkleinert werden. Und Pigou glaubt, kurz gefasst, daß der größte Teil der Arbeitslosigkeit in Großbritannien auf eine solche erzwingende, durch die Gewerkschaften festgehaltene Lohnbildung zurückgeht.

Ist aber kein Unterschied zwischen der Preiserhöhung und der Lohnhöhung?

Zwischen der Politik des Kartells und der Gewerkschaft? Wenn das Kartell eine Einschränkung der Produktion durchführt, um die Preise erhöhen zu können, so ist damit in der Tat die „nationale Dividende“ geschmälert. Wenn die Vereinigten Stahlwerke in Deutschland jetzt die Produktion auf 65 Proz. ihrer Kapazität festgesetzt haben (schon seit vielen Monaten!), so ist in der Tat damit eine Senkung der „nationalen Dividende“ gegeben. Wenn nun die Löhne steigen, so müssen viele Unternehmungen mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Aber wie oft haben wir gehört, daß der private Unternehmer elastisch ist, daß er sich allen Bedingungen des Marktes anpassen weiß. Die Erhöhung des Lohnes bedeutet für ihn nicht mehr als die Steigerung des Rohstoffpreises oder Kohlenpreises. Sie zwingt ihn dazu, seinen Betrieb zu rationalisieren, sie stärkt die besseren Betriebe, sie beschleunigt den technischen und kommerziellen Fortschritt.

Wie kann man also die Wirkung vergleichen mit derjenigen des Kartells, welche bewußt die Enkeltung der Produktion hemmen? Dem Konsumenten bleibt bei sinkender Produktion nichts übrig, als seinen Konsum einzuschränken. Die Politik der Kartelle amputiert das Sozialprodukt.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften aber hat die Tendenz, die Produktion der Gesamtwirtschaft zu steigern.

Ueberdies denn Pigou, daß eine Lohnhöhung zugleich mit dem Antriebe für eine Verbesserung der Produktion, für eine zweckmäßigere Gestaltung des technischen Prozesses, eben in der gesteigerten Marktaufkraft auch den Markt schafft, welcher die Produktion wieder aufnehmen kann? Während eine Einschränkung der Produktion durch das Kartell eben definitiv ist? Eine jede Erschwerung der Produktion kann zugleich ein Motor für die Steigerung und ebenso für die Verbesserung der Produktion sein, eine jede Monopolorganisation als Ausschaltung der freien Konkurrenz hingegen schafft nur relativ günstige Bedingungen und zerstört oder schwächt daher den Antriebe zur Produktionsverbesserung. Besonders gilt das vom Kartell, welches auch die schlechteren Betriebe mitzuschleppen trachtet.

Natürlich, diese Wirkung höherer Löhne gilt nicht unbeschränkt. Würden die Löhne sehr rasch und zu hoch steigen,

so würde die Produktion plötzlich eingeschränkt werden müssen. Dann würde aber die große, ja katastrophale Arbeitslosigkeit zu einer Senkung der Löhne zwingen. Auch hier ist dafür gesorgt, daß das Monopol seine Macht nicht überspannen kann, abgesehen von der Konkurrenz der verwandten Betriebe, welche ja immer in gewissem Grade wirkt.

Wenn also Pigou sagt, die Höhe der Löhne müsse sich durch die Gesamtsumme der Produktion bestimmen, so ist damit das Problem keineswegs erschöpft, denn

wonach bestimmt sich wieder die Gesamtsumme des Sozialproduktes?

Da beginnt doch erst die Frage! Und wir sehen heute nur soviel, daß die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten keineswegs ausgenutzt werden, daß die modernsten und leistungsfähigsten Betriebe selbst zur Einschränkung gezwungen sind (oder sich freiwillig durch Organisation dazu zwingen). Nach den Thesen Pigous selbst könnte doch eine Verminderung der Warenproduktion nur die Folge eines zu großen Konsums der Arbeiterschaft sein, welcher die Kapitalisierung verhindert oder verlangsamt oder den Konsum der übrigen Schichten droffelt und deren Produktionsfähigkeit lähmt. Nichts davon ist der Fall. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten stammen alle aus verfehlter Disposition über die Produktionsmittel (Folge des Krieges und der Inflation!) und aus mangelnder Kaufkraft, sowie schlechter Organisation der Erzeugung.

Da die Produktionsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften (von Rußland abgesehen) im wesentlichen nicht geringer ist als vor dem Kriege, da in überraschender Weise gerade die Landwirtschaft sich sehr schnell erholt hat, da die Produktionsanlagen der Industrie im großen ganzen sogar eine wesentliche Vergrößerung erfahren haben, so sind alle Voraussetzungen für die Vorkriegslebenshaltung gegeben. Das ist ein überraschendes Ergebnis angesichts der schweren Zerstörungen des Krieges, aber ein Ergebnis, das nicht mehr angezweifelt werden kann. Und das schließlich seine Erklärung in den langen (beinahe 10) Jahren des Krieges und der Inflation findet, in denen durch „erzwungenes Sparen“, durch niedrige Reallohn die Kriegsschulden erlegt wurden. Wenn daher trotzdem Schwierigkeiten in der Produktion vorhanden sind, so liegen sie auf dem Felde der Organisation. Sie könnten durch Lohnminderungen höchstens partiell überwunden werden. Und die Arbeiterschaft hat keine Veranlassung, die Schwierigkeiten der Umstellung auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Sache der Unternehmer und ihrer Organisation ist es, das Sozialprodukt wieder auf die notwendige Höhe zu bringen, und für richtige proportionale Erzeugung zu sorgen. Je länger dieser Prozeß dauert, um so mehr zeigt sich, daß die privatkapitalistische Wirtschaft nicht imstande ist, ihre eigene Maschine zu beherrschen.

Landwirtschaft und Kalipreiserhöhung. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt Ja!

Mit berechtigter Spannung durfte die Öffentlichkeit erwarten, wie sich die Organe der deutschen Landwirtschaft gegenüber der Forderung der Kaliindustrie nach Erhöhung der Düngerpriese verhalten würden. Die „katastrophale Lage“ der Landwirtschaft ist ein Schlagwort geworden, dem jeder Reichsminister seine Reuerenz erweisen muß, wenn er nicht fürchten soll, von Landbund und Großagrarern mit dem Landwirtschaftsräten mit Haut und Haaren gestreift zu werden. In der Tat sind billige Gesteinssalze für Düngemittel und Arbeitsinstrumente entscheidende Voraussetzungen für eine gesunde Landwirtschaft, und man entsetzt sich noch, wie die offene Schere der Produktpreise und der landwirtschaftlichen Betriebsbedarfspreise seinerzeit der Ausgangspunkt für die agrarische Schutz- und Subventionspolitik wurde, die immer neue Retorte aufstellt. Vom Staat wurde die Rentabilisierung der Landwirtschaft gefordert; der Rentabilisierung der Landwirtschaft dient die neue Erhöhung der Schutzölle und die Cornerung des Getreidemarktes, wie sie von der Getreidehandelsgesellschaft unter dem Vorpanne der Warenhandelsgenossenschaften und der Erntelombardebetriebe betrieben wird; der „Rentabilisierung“ der Landwirtschaft werden in der Handelspolitik Industrien geopfert. Wäre es den politischen Matadoren der Agrarier Ernst mit der dauernden Rentabilisierung der Landwirtschaft, so daß diese einmal wieder auf eigenen Füßen stehen kann: das größte Befremden hätte den Bekenntnissen über die Lage der Kaliindustrie folgen müssen, mit John und Kralle hätte um die neuen Kalipreise gekämpft werden müssen; denn wieder ist befestigt worden, daß es sich um keine geringere als um eine zwanzigprozentige Preiserhöhung handeln wird.

Aber nichts von alledem. Ruhe ist im Blätterwald der Agrarier. Die „Deutsche Tageszeitung“ gab die Forderung der Kaliindustrie ganz kommentarlos wieder, und das laie Säufeln, zu dem sie sich jetzt verhielt, ist eher ein Plädoyer für die Preiserhöhung als eine Würdigung der ersten Lage, die die Preiserhöhung schafft, eher ein Schlammittel für die Agrarier, als die Aufforderung, sich über die neue Situation klar zu werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ variiert zwar mit Bezug auf die Rationalisierungsversuche in der Kaliindustrie das bekannte Wort von der gelungenen Operation und dem toten Patienten, aber sie bringt es fertig, sich die Behauptung der Kaliindustriellen einfach zu eigen zu machen, daß, ohne die Rationalisierung die Kalipreise heute vielleicht doppelt so hoch wären. Aber sie begnügt sich nicht mit dieser deutlichen wohlwollenen Empfehlung. Sie erklärt glatt, daß nicht die unrationelle Rationalisierung und die Verschuldung der Kaliindustrie deren heutige Lage verschuldet hat, sondern „an diesem Zusammenbruch der Hoffnungen“ (der Kaliindustrie. D. K.) „trägt die katastrophale Lage der Landwirtschaft die Schuld“. Nicht die Zulässigkeit und Tragbarkeit der Preiserhöhung selbst will sie geprüft sehen, sondern es wird nur die Verantwortung dafür abgelehnt, wenn die

Preiserhöhung eine weitere beträchtliche Verringerung des Kalialabfahres bringen sollte. Die Gefährdung der Wirtschaftsentlastung in der Landwirtschaft ist der „Deutschen Tageszeitung“ also Heluda. Endlich verweigert sie sich gar dazu, die Kaliindustrie noch um Verständnis darum zu bitten, daß sich die Landwirtschaft für die Propaganda eines höheren Kalipreises nicht ins Zeug legt, wie manche Kreise vielleicht anzunehmen geneigt sind.

Dieses „wie manche Kreise vielleicht anzunehmen geneigt sind“ spricht Bände. Es reißt den Schleier weg von dem Geheimnis, weshalb das Agrarierium sich so wohlwollend in der Frage verhält und nicht den sonst fälligen „Aufschrei“ der Landwirtschaft organisiert. Denn diese „manchen Kreise“ sind die Kaliindustriellen selbst. Der Schöder verhindert das Geschäft. Wie sagte doch Geheimrat Kempfer? Daß die Interessen der Landwirtschaft und der Kaliindustrie absolut parallel laufen. Ja, sie liefen parallel: bei den Zollverhandlungen, bei der Getreidehandelsgesellschaft, bei der Finanzierung des Kalibezugs. Aber weil sie parallel liefen, weil sie zur Parallele zusammen geföhrt wurden, deshalb ist heute den Matadoren des Agrarieriums das Maul verbunden und sie müssen der Landwirtschaft plausibel machen, daß sie die Quittung der Kaliindustrie zu honorieren hat. Die Intensität der landwirtschaftlichen Betriebsführung darf ruhig flößen gehen, wenn nur das vertraute Einverständnis der Kalifürsten und der Großagrarier, mit dem sie dem Konsumenten das Fell über die Ohren ziehen, nicht Schaden leidet. Wägen wenigstens die bäuerlichen Genossenschaften merken, welches schamlose Spiel hier mit der Volkswirtschaft und auch mit ihren eigenen Interessen gespielt wird, und mögen wenigstens ihre Vertreter bei den Verhandlungen die Ohren offen und steif halten.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 14. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 7. Juli um 0,4 Proz. auf 128,1 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen gab die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 0,8 Proz. auf 130,0 nach, während die der Industriefstoffe um 0,2 Proz. auf 124,4 anzog.

Die Abfahrts bei den Schuhfabriken. Der Schuhfabrik Eugen Wallerstein A.-G. in Offenbach darf man immer besondere Aufmerksamkeit schenken. Nicht nur, weil sie eine der modernsten und leistungsfähigsten ist, wovon wir uns gelegentlich überzeugen konnten, sondern auch weil ihr Vorstand E. Wallerstein das Durchschnittsmaß der Schuhfabrikanten übertrifft. Die Bilanz verrät zwar eine sorgfältige Geschäftsführung: wenn die Bankverpflichtungen auch auf 129.000 M. (31.000) erhöht und die Akzeptverpflichtungen von 48.000 auf 66.000 M. gestiegen sind, so ist das Unternehmen doch durchaus flüssig gehalten worden. Die Lieferantenkredit sind viel stärker gekürzt (von 665.000 auf 373.000 M.), als die Bank- und Akzeptschulden gestiegen sind. Auch die Forderungen (887.000 gegen 675.000 M.) sind stärker erhöht als das Bankkonto (71.000 gegen 106.000 im Vorjahr) und die Wertpapiere, Wechsel und Kassenbestände (62.000 gegen 93.000 M.) abnahmen. Die Warenbestände sind mit 882.000 M. gegen 1.24 Mill. sicher nicht zu hoch bewertet. Aber vom privatkapitalistischen Standpunkt hat der Abschluß einen Schönheitsfehler. Während die letzte Bilanz (übrigens ein Halbjahresabschluß) noch 6 Proz. Dividende erlaubte, schließt die zum 31. März 1926 mit einem Verlust von 60.585 M. (aus dem Reservefonds von 150.000 M. zu decken). Dieser privatkapitalistische Schönheitsfehler hat ökonomische Ursachen; und der Bericht nennt als Hauptursache die geringe Aufnahmefähigkeit des stark geschwächten deutschen Marktes. Es ist bedauerlich, daß die Verwaltung nicht ausführlicher über ihre Verkaufserfahrungen auf dem deutschen Markte spricht; denn gerade die Unternehmer der Konsumindustrie könnten die Deffektivität und ihre Kollegen in den anderen Industrien darüber belehren, warum unter der Kaufunfähigkeit der Massen Beschäftigung und Ruhen aller anderen Industrien zurückgehen müssen und warum alle Ersparnismaßnahmen nichts fruchten können, wenn die Marktaufkraft nicht wieder steigt. Gerade weil bei Wallerstein auf rationalen Betrieb Wert gelegt wird, hätte die größere Ausführlichkeit des Berichts allen Beteiligten nur nützen können.

Der Verfall der schweizerischen Stickerindustrie. Die Verarmung der Verbraucher in vielen Staaten, das Ausschleichen wichtiger Märkte, die hohen Schutzölle, vor allen Dingen aber die Einführung von Stickermaschinen in den bisherigen Absatzländern haben die schweizerische Stickerindustrie in eine katastrophale Lage gestürzt. Die schweizerische Stickerindustrie war Qualitätsindustrie. Bis zum Aufkommen der Automaten-Stickermaschinen konnte ihr im Ausland mit Ausnahme von Deutschland eine Konkurrenz nicht gemacht werden. Die Stickerautomaten haben jedoch zum Verfall der Industrie, zur Entvölkerung ganzer Städte und Ortschaften, deren Einwohner sich mit Stickerarbeiten beschäftigen, geführt. So hat zum Beispiel die Bevölkerungszahl der Stadt St. Gallen seit 1913 um 13.561 Personen abgenommen. Zu gleicher Zeit ist in der Schweiz die Kunstseidenindustrie vorgeedrungen, welche bereits 5.000 Arbeiter beschäftigt und erhebliche Mengen ausführen kann. Diese neue, sich rasch entwickelnde Kunstseidenindustrie löst sich vornehmlich in der Ostschweiz nieder, wo sie sich in den geräumigen Stickergebäuden, die von ihren früheren Besitzern verlassen sind, gut einzurichten vermag. In der Besetzung der Stickergebäude durch die Kunstseidenfabriken spiegelt sich die neue Industrieentwicklung, die von der Handarbeit zur Maschinenfabrikation geht, wider.

Deutsche Teelieferungen in Japan. Im Jahre 1926 sind bisher von Deutschland 800 Tonnen Tee in Japan bestellt worden, was die größte Menge seit dem Kriegsende bedeutet. Die Gesamtmenge von Tee in Japan wird nach amtlichen Schätzungen auf 30.000 Tonnen beziffert, wovon etwa 60 Proz. nach Amerika gehen.

Kanold in der Tschechoslowakei. Der bekannte schwedische Schokoladenfabrikant Kanold, Göteborg, hat soeben die bisherige Süßwarenfabrik Kanold u. Co. in Prag unter Beteiligung der böhmischen Escompte Bank und Kreditanstalt in eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Kanold u. Co. K.-G.“ umgewandelt.



SALAMANDER TRAGEN! GENUSS UND WOHLBEHAGEN!



SALAMANDER

Gewerkschaftsbewegung

Das Versagen der britischen Regierung.

Mit der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages für den Bergbau, die entgegen dem Empfohlenen der königlichen Kohlenkommission erfolgt, hat sich die britische Regierung um den letzten Rest des bereits stark geschwundenen Prestiges gebracht. Das Resultat wird sein, daß fürderhin ihre Rolle als Vermittler vollständig unmöglich und damit die Lage aufs empfindlichste verschärft wird. An diese Tatsache denken ohne Zweifel auch kapitalistische Blätter, wenn sie u. a. sagen, die Regierung habe sich unglücklichweise derart kompromittiert, daß sie nicht mehr intervenieren könne, auch wenn sie dazu die Macht hätte. Das Kabinett wird sich deshalb noch mehr als bisher auf seine unheilvolle Wirksamkeit hinter den Kulissen und auf Schleichwege verlassen müssen.

Schon jetzt ist man sich in allen Lagern über die in Aussicht stehenden Hinterlisten klar. Wenn auch für den Augenblick im Interesse der Bergarbeiter-Föderation ungefähr vier Fünfteln der Bergarbeiter bei verlängerter Arbeitszeit die Löhne des Monats April angeboten werden, so weiß doch jeder Bergarbeiter, daß über kurz oder lang eine allgemeine Lohnreduktion folgen muß, wenn nicht das Uebel an der Wurzel erfaßt und den Empfehlungen des Kohlenberichts zufolge eine große Anzahl unwirtschaftlicher Gruben geschlossen wird. Die weitere Aufrechterhaltung dieser Gruben, gegen die die Regierung nichts tut, kann nur den Zweck haben, die Löhne allgemein unter das Niveau herabzubringen, das die besseren Gruben aufrechtzuerhalten vermöchten.

Die in den letzten Tagen erfolgte Wiedereröffnung sämtlicher Gruben auf Grundlage des Achtstundentages war ein voller Mißerfolg. Nur in Warwickshire arbeiten nun 2500 Mann, davon 1300 für den Sicherheitsdienst, so daß insgesamt eigentlich nur 500 Mann mehr arbeiten als in der vergangenen Woche. Und dies trotzdem die von den Unternehmern in diesem Distrikt angebotenen Löhne höher sind als die April-Löhne und bis Ende März nächsten Jahres in Kraft bleiben sollen!

Besprechungen im Bergbaukonflikt.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bischöfe und kirchlichen Organisationen haben bei ihrer Zusammenkunft am Dienstag mit den Vertretern der Bergarbeiter diesen konkrete Vorschläge für eine Lösung der Bergbaukrise vorgelegt. Diese gehen dahin, daß die Arbeit zunächst einmal auf Grund der vor dem Streik geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen aufgenommen werden solle, und zwar für vier Monate, während welcher die Regierung durch Subsidien die Weiterzahlung der vor dem 1. Mai geltenden Löhne ermöglichen solle. Während dieser Zeit soll versucht werden, ein Landesabkommen für den Bergbau zu treffen. Für den Fall, daß die Parteien während dieser Zeit zu keiner Verständigung kommen, soll die Entscheidung einem neutralen Schiedsrichter übertragen werden. Diese Vorschläge der kirchlichen Organisationen lagen der Exekutivkommission des Bergarbeiterverbandes am Donnerstag vor, und es verlautet, daß die Stellung der Bergarbeiter diesen Vorschlägen gegenüber nicht ungünstig ist. Im übrigen nahm die Exekutive am Donnerstag die Berichte aus den Distrikten entgegen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Situation in sämtlichen Bergbaudistrikten unverändert entschlossen gegen jegliche Annahme von Lohn-erhöhungen und jeglicher Erhöhung der Arbeitszeit geblieben ist.

Am Nachmittag fand eine Besprechung zwischen der Bergarbeiter-Exekutive und dem Generalkonvent der Gewerkschaften statt, der um so größere Bedeutung zukommt, da es die erste Zusammenkunft der beiden Körperschaften seit dem Abbruch des Generallstreiks und der dadurch verursachten Entfremdung der beiden Körperschaften war. Ueber das Resultat besagt ein im Hauptquartier der Gewerkschaften ausgegebenes offizielles Kommuniqué, daß der Generalkonvent den Bergarbeitern zugesagt habe, ihnen in ihrem Kampf alle möglichen finanziellen Unterstützungen zukommen zu lassen.

Es wurde jedoch auch die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Verhandlungen erörtert, ohne daß jedoch von irgendeiner Seite bestimmte Vorschläge gemacht worden wären. Das von einigen bürgerlichen Zeitungen verbreitete Gerücht, der Generalkonvent sei von den Bergarbeitern zum Zwischenhändler zwischen Regierung und Bergarbeitern ausgerufen, erübrigt sich für jeden, der die etwas gespannten Verhältnisse zwischen Generalkonvent und Bergarbeiter-Exekutive seit dem Abbruch des Generallstreiks kennt.

In einer Rede betonte am Donnerstag der Vizepräsident der Unternehmerorganisation des Bergbaues, daß die Unternehmer die Forderungen der Bergarbeiter, nämlich die Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund der vor der Aussperrung geltenden Bedingungen selbst dann nicht erfüllen können, wenn die Bergarbeiter noch weitere sechs Monate nicht zur Arbeit zurückkehren. Der Ministerpräsident Baldwin hatte am Donnerstag eine Besprechung mit dem mit der Kohlenfrage befahten Ausschuss des Ministeriums, und es verlautet, daß er sich am Wochenende bereit halten werde, falls Unternehmer- oder Bergarbeitervertreter ihn zu sehen wünschen. Im übrigen sind die eingangs erwähnten Vorschläge der Bischöfe in Regierungskreisen nicht günstig aufgenommen worden, da eine solche viermonatliche Fortsetzung der Subsidien schätzungsweise 10 Millionen Pfund Sterling kosten würde.

Ein Streich der Rossini-Gewerkschaften.

(RBB.) Als wir über den arbeiterfeindlichen Beschluß der italienischen Diktatur-Regierung berichteten, durch den die Arbeitszeit von acht auf neun Stunden verlängert wird, gaben wir der Vermutung Ausdruck, daß sich irgendwelcher Widerstand der faschistischen, staatlich privilegierten Gewerkschaften ohne Zweifel nicht bemerkbar machen werde. Die Sache liegt aber noch schlimmer. Wie Mussolini einem Vertreter des englischen Blattes „Daily Mail“ mitteilte, erfolgte diese Verschlechterung der Lage der Arbeiter mit Zustimmung, ja vielleicht auf Anregung des Leiters der faschistischen Gewerkschaften, Rossini. Mussolini führte aus, daß Rossini, als er zu Kate gezogen wurde, erklärte, die italienischen Arbeiter seien bereit, ohne besondere Entschädigung eine Stunde mehr zu arbeiten. Mussolini meinte sogar, daß der Beschluß der Regierung nicht allein ohne Opposition, sondern mit Enthusiasmus angenommen wurde, und daß die Arbeiter bereit seien, nicht nur eine Stunde, sondern zwei Stunden mehr zu arbeiten.

Und dieser Rossini hat den Mut, auf den internationalen Arbeitsonjerenzen in Genf die Anerkennung als Vertreter der italienischen Arbeiter zu verlangen. Daß die italienischen Arbeiter anders denken als der von der Regierung eingesetzte Leiter der faschistischen Zwangsorganisationen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Genosse Boogsgeerd kann auf eine 25jährige Tätigkeit als besoldeter Sekretär des Allgemeinen Niederländischen Textilarbeiterverbandes zurückblicken. Schon bei dem großen Textilarbeiterstreik des Jahres 1902 war es seiner umsichtigen Leitung des Verbandes zu verdanken, daß die Bewegung nicht ergebnislos verlief. Einen großen moralischen Erfolg erzielte Boogsgeerd in den Kämpfen des Jahres 1923/24. Seitdem ist die Mitgliederzahl des Verbandes von 6000 auf 9000 gestiegen, das allgemein anerkannte Verdienst des Verbandsvorsitzenden.

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

Aus der Partei.

Die Verfolgung der armenischen Sozialisten.

Einem Bericht der Auslandsvertretung der armenischen Sozialisten zufolge sind neuerdings in Armenien zahllose Verhaftungen von Sozialisten durch die Bolschewiki vorgenommen worden. In Erivan allein sind 400 Genossen festgenommen worden, und ebenso viel auf dem Lande, während die amtlichen russischen Stellen nur eine Zahl von 70 geben. Ihr einziges „Verbrechen“ besteht darin, daß sie sozialistische Literatur, die ihnen vom Ausland zugekommen war, verbreitet hätten. Die Bolschewiki sind entschlossen, die sozialdemokratische Bewegung in Armenien ebenso wie in Georgien auszurotten, und da ist ihnen kein Vorwand schlecht genug. — Inzwischen ist bei der Auslandsvertretung der armenischen Partei die Nachricht eingetroffen, daß verschiedene verhaftete Genossen in den Hungerstreik getreten waren, um eine behördliche Untersuchung zu erzwingen. Als Antwort darauf ist der Befehl ergangen, sie nach entlegenen Gegenden Rußlands zu deportieren.

Arbeitersport.

Körperkultur und Rastkultur.

Die wärmere Jahreszeit bringt auch die Pflege des Sportes und der Körperkultur in vermehrtem Maße mit sich. In den letzten Jahren hat vor allem die Pflege der Körperkultur einen Aufschwung erfahren, der beweist, daß man sich jetzt auch in allen irgendwie sporttreibenden Kreisen von dem Wert der damit verbundenen Übungen überzeugt hat. Es wäre dringend zu wünschen, daß damit die Grundlage für eine ethische Durchdringung des Sportbetriebes geschaffen wird.

Gerade Gymnastik und Körperkultur sind nicht nur den sportlichen und gesundheitslichen Bedürfnissen der Menschheit dienlich. Sie ragen weit über diese allgemeinen Begriffe hinaus. Hier tritt insbesondere das für proletarische Kreise außerordentlich wichtige Moment der Massen- und Gemeinschaftswirkung hinzu, dem Kulturbewußtsein der Arbeiterschaft auch in sportlicher Hinsicht durchaus entspricht. So haben auch wir in unserer Arbeit diesem „Zug der Zeit“ unser Augenmerk in besonderem Maße zuzuwenden. Doch noch ein weiteres ist zu beachten, das ist die Frage der Rastkultur oder der Rastkultur. Sie wird in weiten Kreisen der proletarischen Organisationen seit Jahren schon praktisch geübt, nur ist man sich oft des rechten Weges nicht recht bewußt. Es ist nämlich durchaus falsch, diese Entwicklung aus den revolutionären Erscheinungen von 1918/19 herzuleiten. Die Rastkultur hat ihre tiefen Wurzeln in den kulturellen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft. Sie fand schon in früheren Jahren begeisterte Bekämpfer. Die Zeit nach dem 9. November hat dieser Entwicklung nur neuen Antrieb gegeben, oft allerdings in verkehrter Richtung. Es ist bezeichnend, daß wiederum, wie seinerzeit bei der Gründung der Wandervogelbewegung, auch diese Bewegung ihre ersten Anhänger in durchaus gutbürgerlichen und nationalen Kreisen fand. Das mag zum Teil aus der feineren Differenzierung des Gefühlslebens in jenen Schichten herzuleiten sein. Diese Tatsache aber verlangt auch in den Kreisen der Arbeiterbewegung besondere Beachtung, denn wenn es sich um eine revolutionäre Bewegung aus dem Gefühlsleben geboren handelt, so lassen sich diese Dinge nicht mit dem üblichen Maßstab des Propaganda- und Agitationsmäßigen messen. Eine Pflege von Propaganda-Rastkultur, eine Jurisprudenz des reinen Körpers aus agitatorischen Gesichtspunkten heraus ist entschieden abzulehnen. Dabei wird der gute Kerngedanke nur distilliert, das gute Werk freier Körperpflege nur beschmutzt. Pflege der Rastkultur ist in der Hauptsache Erziehungs- und kann in keiner Weise sportlichen Gesichtspunkten dienlich gemacht werden. Hier tritt das ästhetische Moment der Pflege eines schönen Körpers in Aktion, das zweifellos auch in proletarischen Kreisen praktische Würdigung erfahren wird, aber nur dort, wo es angebracht ist, und wo geistig schon die nötige Vorbereitung geschaffen ist.

Ungarische Fußballspieler in Berlin.

Nachdem bisher nur russische Fußballspieler in Berlin gespielt haben, ist es der Leitung der „Märkischen Spielvereinigung“ gelungen, eine ungarische Mannschaft nach hier zu verpflichten. Sämtliche internationalen Gegner waren bisher nur nach Dresden, Leipzig und Chemnitz geladen, während Berlin sich mit den Russen begnügen mußte. Nur Berlin sollte ohne diese Gegner ausgehen. Da ist es doppelt erfreulich, daß wir doch noch die Ungarn sehen sollen. Wenn es auch in Ungarn durch die ganze politische Lage keinen Arbeiter-Sportverband in unserem Sinne gibt, so sind die Spieler doch alle gewerkschaftlich und politisch organisiert. E. M. T. K. nennt sich die Mannschaft, die gegen unsere Städtemannschaft spielen wird. Der volle Name lautet: „Erzsébeti Munkás Testvérzö Kör“. Die Mannschaft zeigte bei ihren Spielen im vorigen Jahr und auch in diesem Jahr, daß sie über eine beträchtliche Spielstärke verfügt. So wurde am Sonnabend Leipzig-Preußen mit 4:0 geschlagen. Auch Dresden-Potschappel mußte sich mit 3:1 geschlagen bekennen. Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung:

| | | | | | | |
|------------------|----------|----------|---------|--------|--|---------|
| Dubapest: | | | | | | |
| | Rohán | Rozsolt | Gulajka | Taraga | | |
| Emolendy | Sulocsi | Eyhali | Schud | Gardos | | Himmer |
| Denzse | Feremann | Straber | Stiz | Schulz | | Begener |
| | Roitwig | Barabasi | Wesler | Szents | | |

Das Spiel findet am Sonnabend abends 6 Uhr 30 Min. statt, und zwar auf dem Adler-Sportplatz in der Christianiastraße. Vorher spielen die Schülermannschaften von Kreuzberg und Lichtenberg I.

Während in Berlin die Ungarn spielen, fährt eine zweite Berliner Städtemannschaft nach Görlitz, um gegen eine dortige Städtemannschaft ein Spiel auszuspielen. — Am Sonntag beginnt auf dem Sportplatz in der Köpckestraße das Fußballturnier des Sportvereins Stralow. Es spielen folgende Mannschaften: Hertha 22 gegen Vorwärts 20. Dann folgt Frisch-Frei gegen Britannia-Lichtenberg und zum Schluß Treptomer Fußball-Club gegen Rüstig-Vorwärts. Das erste Spiel beginnt nachmittags 3 Uhr. In der Christianiastraße stehen sich Teutonia und Fußballring um 5 Uhr gegenüber. Eintracht 25 spielt im Brigg gegenichte 21. — Im Lichtenberg I-Turnier gelang es Brandenburg 02 den Veranstalter Lichtenberg I mit 3:1 aus dem Rennen zu werfen. Im Endspiel stehen sich am heutigen Freitag nun Adlershof und Brandenburg 02 auf dem Sportplatz in der Knappestraße gegenüber. Beginn des Spiels 6 Uhr.

Achtung! Wintersport! Die WJ (Arbeiter-Wintersport-Interessengemeinschaft) Groß-Berlin veranstaltet dies in den vorhergehenden Jahren in großem Maßstabe auch dieses Jahr wieder Trockenkurse für Eislauf. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß für Jugendliche aus anderen Arbeitersportvereinen die Kurse vollständig kostenfrei sind. Die Jugendlichen mögen jetzt schon Jugendgruppen zu geschlossenen Kursen anmelden. Übungsgerät wird gratis zur Verfügung gestellt. Da vom 1. August bis 31. Dezember Sperrung für Mitgliederaufnahme ist, empfiehlt es sich schon jetzt, sich als Mitglied der WJ eintragen zu lassen, da Mitglieder ebenfalls kostenfrei ausgebildet werden und sofort in den Genuß der Geräteversicherung kommen. Für Eislauf und Eishockey beginnen die Übungen jedenfalls im September wieder und wollen Interessenten sich ebenfalls jetzt schon anmelden. Anmeldung für Eislauf: Walter Biese, Köpenick, Ringstraße 8. Anmeldung für Eishockey: Walter Höder, Berlin, Bennekestr. 4. Alle anderen Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle: Walter Rood, Köpenick, Ringstraße 8.

Achtung, Kauf! Alle in Frage kommenden Kartellvereine haben sofort, spätestens aber bis zum 21. Juli, die nach nicht abgeführten Gelder für verkaufte Eintrichtertafeln und Festlichkeiten vom RBBZ im Stadion Oranienwald auf Verlangen des Kartellvereins bis zum 21. Juli einzuweisen. Die Kartellvereine sind zu beauftragten Kartellvereinen, die den Kartellvereinen die Kartellvereine bis zum 21. Juli einzuweisen. Die Kartellvereine sind zu beauftragten Kartellvereinen, die den Kartellvereinen die Kartellvereine bis zum 21. Juli einzuweisen.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“. Touren für Sonntag, 18. Juli. 1. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 2. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 3. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee. 4. Abt.: Früh 4 Uhr Eichenkiez. 12 Uhr Müggelsee.

Publikopf
wirkt lächerlich

wenn nicht Wäsche und Kleid in Einklang dazu stehen. Anziehend wirkt nur, wer an schönen Sommertagen fleckenloses, blütenweißes Kleid trägt. Sich so zu kleiden, ist leicht, wenn Sie mit Perflor waschen. Es gibt ohne Mühe in kürzester Zeit schneeweiße Wäsche, nimmt jeden Fleck, macht dabei keine Löcher, da es ohne Schärfe ist wie mildeste Seife.

Perflor ist das einzige milde selbsttätige Waschmittel. Perflor niemals heiß auflösen.



Die Madonna.

Skizze von Margreth Mengel.

Malte stand vor dem Direktor, die Knie ein wenig zu sehr durchgedrückt und mit einem leisen Frösteln, das über den ganzen Körper ging: so hörte er zu.

Er begriff völlig, was der Direktor sagte. Natürlich, warum sollte Malte es auch nicht begreifen? Und warum sollte er nicht zustimmend nicken? Etwas anderes konnte man ja nicht tun, besonders, da der Direktor seine große weiße Hand auf Maltes runden Rücken legte.

„Vierzehn Jahre,“ dachte es dumpf stauend aus Malte, „vierzehn Jahre.“ In seiner Brust zerrte es plötzlich mit einem großen Schmerz, und Malte wußte, daß da drinnen das fränke Tier wieder wach war und lauerte. Es lauerte gierig, gleichsam, als hungerte es. Wie seltsam, es hungerte nach der weißlichen Luft, die durch das Wert ging und die kranken Tiere in die Lungen der Glasbläser jagte. Malte dachte sehnsüchtig an den feinen, fliegenden Glasstaub, den man eigentlich gar nicht sah, den er nur täglich geschluckt hatte in vierzehn langen Jahren. Malte wurde plötzlich sehr traurig. Die Stimme des Direktors fiel fremd und fern in diese Traurigkeit.

Malte hörte noch einmal, daß die Zeiten so schlecht seien. Von drückender Wirtschaftslage sprach der Direktor und von großer Betriebseinschränkung. Er hörte weiter, daß er, Malte, wohl der beste Arbeiter sei, aber er sei unverheiratet, der letzte, der überhaupt noch da sei; nun könne man beim besten Willen nicht anders, wahrscheinlich würden auch die Familienmitglieder noch an die Reihe kommen, denn die ganze Röntgeninstrumentabteilung müsse geschlossen werden. „Gehen Sie in die nächste Großstadt, Malte,“ rief der Direktor wohlwollend, „da ist noch eher etwas zu machen.“ Er reichte ihm herzlich die Hand. Malte steckte die Papiere mechanisch in seine Tasche und ging langsam hinaus.

Es regnete. Der warme Juninachmittag war wie eine Schale, von der die schweren Tropfen überquollen mit einem glückhaften Seufzen. Die Vögel sangen trotz des Regens, und als Malte sich zurückwandte, sah er über dem weißen Gebäude des Eggelsdorwerkes die Sonne in einem rötlichen Dunst stehen.

„Die Mutter ist tot, Gott sei Dank,“ dachte Malte zärtlich und beruhigt, „und die Schwestern sind versorgt.“ Er staunte wieder. „Ich bin also allein,“ dachte er und lächelte beinahe.

Am anderen Morgen fuhr Malte in die Stadt. Und schon, als er zum ersten Male durch die Straßen ging, packte ihn die Verzweiflung. Er begann zu laufen, schneller, immer schneller; er wurde in den rinnenden Stunden des Vormittags ein Gehefter, dem ohne daß er es wußte undkääwiederrdgooniumlhrbgumhwgeni das Haar wiew um die Stirn hing. Er schlenterte mit den Armen, ohne daß er es wußte, und stierte wild in die unzähligen Gesichter der Menschen, die ihm entgegenkamen.

Er hatte nie eine große Stadt gesehen. Seine kleine, grüne Heimat, mit dem weißen Komplex des Eggelsdorwerkes darinnen, war seine Welt. Und sie war eine Welt, in der Malte atmen konnte. In der er die Röhren und Instrumente blasen gelernt hatte, für die er dann seine sicheren Augen, seine tastenden, formenden Hände hergab und seine geduldige Lunge. Abends konnte Malte in dieser Welt schmale Wege gehen, er konnte sich nach den fernem Linien der Mauern Berge sehnen, ohne daß er traurig davon wurde. Auch kleine Blumen konnte man pflücken und hie und da sah man einen Stern fallen.

„Was tue ich hier,“ dachte Malte entsetzt, „mein Gott, was tue ich hier?“

Nach einigen Tagen wurde Malte sehr still. Er fragte nicht mehr, er hatte alles begriffen. Gleichgültig verließ er des Morgens seine Herberge, in der er untergekommen war, und schritt durch die Straßen bis zur alten Kaserne. Auf dem großen Kasernenhof stand Malte in den langen Reihen der Arbeitslosen. Zu denen gehörte er jetzt, und er hatte die Nummer 3287. Er stand stumpf zwischen den Menschen und hörte ihre hatten oder trostlosen Reden, aber er selbst sprach nie ein Wort.

Er fühlte, daß seine Seele langsam erlösch in diesem dunklen Meer der verzweifelten Herzen. Diese Menschen hier waren die Ausgestoßenen, die Traurigsten. Sie hingen in der Luft über dem grauen Abgrund. Sie hatten einen Kopf und zwei Hände, die waren lebendig und doch tot. Und dieser unsagbare Koloß von Händen und Köpfen bewegte sich täglich über den alten Kasernenhof, schlängelte sich die Treppen des Gebäudes empor, wo auf kleinen, weichen Forten das Dasein dieser Köpfe und Hände beschleunigt wurde. Auch Geld bekam der Koloß, ein wenig Geld, damit die Köpfe und Hände nicht vollends verschwanden, in den Abgrund sanken. — Ja, Malte hatte alles begriffen. —

Des Nachmittags wanderte er durch die Straßen, ohne Ziel, ohne Haß, gleichgültig. Er sah fast gar nichts. Und nachts schlief er wie ein Toter. In den nächsten Wochen bekam er zweimal einen Blutsturz.

Als Malte wieder aufstehen konnte, trug er von neuem die schmerzhafteste Frage in seiner Brust. So konnte es doch nicht bleiben. Irgendwo mußte es doch ein Licht geben, eine Freude, ein Lächeln, auch hier in der großen Stadt. Er schritt aufmerksam durch die Straßen; ein ganz Wacher, ein Horschender, ein Hungender, indes die Luft warm um seine Stirn ging und der Autodunst ihn bedrängte. So ging er unentwegt, langsam, geduldig, Stunde für Stunde.

Sehr spät war es schon, als Malte plötzlich aus seinem Dahingekommen erwachte. Ihn froh auf einmal, und er hatte Hunger. Stehend bleibend lehnte er sich erschöpft an die hohen Scheiben eines Kaffeehauses. Seine Augen begannen starr und glänzend zu werden, als er hineinschaute. „Das ist das Leben,“ dachte er und weinte plötzlich.

Er wußte nicht, wie es kam, aber er ging auf einmal durch eine offene Schiebetür, ging auf einmal mit leise wiegenden Schritten einher durch eine Woge gedämpften Lichtes, zwischen bunten, redenden Menschen, die beieinander saßen an kleinen Marmortischen. „Sonderbar,“ dachte Malte und sah nach rechts und links in die lebenden Spiegelwände und sah auf seine grauen Schuhe, die auf dem roten Teppich sich lautlos fortbewegten.

Er setzte sich und der Kellner brachte ihm bereitwillig alle Dinge, die Malte in kindlicher Freude begehrte: Zigaretten, Kuchen, viel Kuchen, und Kognak. Blumen standen vor Malte, blaue, fremde Blumen, und er hätte beinahe wieder geweint, als er sie leise anrührte. Musik begann zu erklingen, so schön hatte Malte sie nie gehört. Er starrte brennenden Auges hinauf; dort oben raste die Zigeunerkapelle, und Maltes kopfendes Herz hing wie ein zer-

flatterter Vogel zwischen den braunen Gesichtern, den roten Jaden und den aufzuckenden Tönen. —

Ein Mädchen lächelte ihm zu mit einem kleinen, bunten Gesichtchen, und als Malte demütig und trampfhaft zurücklächelte, kam es an seinen Tisch, setzte sich zu ihm und sprach mit leiser Stimme. Malte verstand die Worte nicht, aber mußte man nicht die kleine Gestalt ansehen oder in das lächelnde Gesicht, um glücklich zu werden, unbeschreiblich glücklich. Er mußte an die Madonna denken, die daheim in der Dorfkirche war, und deren Gesicht genau so ein künftiges Lächeln trug, aber ein Lächeln voll Trost. Malte preßte die Hand gegen seine Brust und wußte plötzlich, daß die Liebe gekommen war, zum erstenmal zu ihm gekommen war, leuchtend und schön.

Ueberwältigt von seinem Glück hustete er jäh auf und wunderte sich sehr, als es wieder geschah: als es von seinen Lippen rann in kleinen, roten Rinne. Fassungslos schaute er auf sein Taschentuch und dann auf das Mädchen. Das war aufgestanden: abwehrend, enttäuscht und ein wenig erschrocken. „Nicht fortgehen,“ bettete er

Ein Denkmal.



Die Studentenschaft Hannover plant fächerem Vernehmen nach ein Denkmal für die Opfer des Lessing-Skandals.

leise, „nicht fortgehen.“ Das Mädchen bekam seltsame, starre Augen, aber es setzte sich gehorsam wieder zu ihm und schaute schweigend zu den roten Jaden hinauf.

Malte erwachte plötzlich. Der Traum war aus. Er stierte auf den Teller mit den Kuchenresten, stierte in die Menschen und auf das Mädchen, das vor ihm saß und ihn nicht mehr ansah. Grenzlose Wut ergriff ihn. Schloßen hätte er mögen, zuschlagen, irgendwohin, blinden Auges, schreienden Mundes. Jäh und roh ergriff er die kleine Hand vor ihm. „Wirst du jetzt mit mir gehen?“ flüsterte er und hatte ein böses, lauerndes Gesicht. Sie nickte nur, so erstaunt war sie über den seltsamen Menschen und über sich selbst.

Malte dachte nicht daran, daß er das Verzehrte bezahlen müsse, er hätte ja auch gar kein Geld gehabt. Und so folgte er dem Mädchen mit schwankenden Schritten, zitternd vor Schwäche.

Draußen sahen sie sich in die Augen, und es war ein Schauen aus zwei fremden, fragenden, tastenden Welten, die in unbegreiflichem Geschehen einander gestreift hatten, und nur eins gemeinsam wußten: den Hunger, den unsagbaren Hunger.

„Wie heißt du?“ lächelte das Mädchen mit roten, gemalten Lippen und sah plötzlich mütterlich aus. „Malte, Hans Malte,“ flüsterte er heiser.

Sie gingen schweigend durch die Straßen. Lange gingen sie so, und Malte konnte dieses Gehen ganz gut aushalten. Freude wuchs in seiner tranken Brust wie eine hohe weiße Blume. —

Rinette begriff, daß sie wieder Dummheiten machte, aber sie konnte gar nicht anders, als in ihren spitzen, hellen Schuhen neben ihm zu gehen und ein bißchen Traurigkeit, ein bißchen Neugierde und ein bißchen fremde, gleichsam verwunderte Sehnsucht zu spüren.

Sie waren nun schon draußen in den Vorstraßen, und es war eine warme und wunderbare Nacht, die ihnen entgegenkam. Rinette wunderte sich über die dunklen Bäume und über den schmalen Mond, der rötlich zwischen den Wolken hing, sie war noch nie zur Nacht aus der Stadt gekommen. Sie wanderten immer weiter auf eine Chaussee, von der rechts und links sich Wiesen zu breiten begannen. Sie wanderten so lange, bis Malte lautlos zu Boden sank.

Er lag ganz still da, mit geschlossenen Augen und lächelndem Munde. Rinette kauerte sich zu ihm hin und bettete seinen Kopf weich in ihren Schoß. Manchmal öffnete er die Augen, dann lächelte Rinette und streichelte sein Haar. „Es ist alles gut,“ flüsterte sie einmal, als sie sah, wie die graue Furcht in seine Augen getrocken kam.

Als der Morgen wie ein blaßes Wunder im Osten aufblühte, begann Malte zu phantastieren, aber nicht lange. „Madonna,“ flüsterte er zuletzt, „Heiligste, Schönste.“ — Dann schloß er die Augen.

Rinette glaubte erst, daß er schlief, sie blieb lange regungslos sitzen und hatte die Arme fest um Malte gelegt. Plötzlich schrie sie

auf, als sie den Toten ansah. Grauen packte sie. Belebend legte sie den Körper zurück ins lausende Gras und rannte wie gejagt zur Stadt.

Den ganzen langen Weg weinte sie. Eigentlich dachte sie nicht an Malte, aber um sich selbst weinte sie, um ihre eigene Not, um Gewissens, Verlorenes, Totes.

Sie weinte noch, als sie in ihre kleine, graue Mansarde schlich. Ein müdes, fremdes Gesicht sah ihr aus dem Spiegel entgegen, dessen gemalter zarter Hauch von Tränen und Staub grauam entstellt war. Langsam streifte sie die schmutzigen und verdorbenen Stiefel ab — und das seidene, zerknitterte Kleid.

Die kleine Rinette konnte nicht anders, sie mußte von neuem weinen. „Ob sie ihn wohl jetzt schon gefunden haben?“ dachte sie einmal. Sie sank auf ihr Bett und weinte sich in den Schlaf.

Haartrachten einst und jetzt.

Von Gaihard Brodt.

Aus Paris kam vor kurzem die Nachricht, daß verschiedene Damen dort mit aller Gewalt eine neue Haarfrisur — den sogenannten Barbarenschopf — einführen wollen. Dabei wird das Haar in der Mitte des Kopfes einfach zu einem Schopf aufgebunden. Ob das schon ist, bleibe dahingestellt, nur soviel sei über die „neue“ Mode verraten, daß sie vorläufig noch keinen Anklang gefunden hat, und daß sie bereits zur Zeit des römischen Sittenverfalls von den Römerinnen gepflegt wurde.

Der Barbarenschopf verfügt also genau wie der sich immer weiter verbreitende Bubitopf über ein ganz ansehnliches Alter. Doch darüber wollen wir uns hier nicht unterhalten, wir wollen diesmal hauptsächlich die Vergangenheit des Frauenhaars herausbeschwören, und seine Wandlungen, die es im Laufe der Jahrhunderte bei den verschiedenen Kulturvölkern durchgemacht hat, verfolgen.

Aus den Schilderungen zeitgenössischer Schriftsteller und von den ausgegrabenen ägyptischen, griechischen und römischen Bildwerken wissen wir genau, wie die Frauen des klassischen Altertums sich zu frisieren pflegten. Wir wissen, daß bereits vor mehr als dreitausend Jahren in Ägypten der Bubitopf herrschte, und wir wissen ferner, daß die Griechinnen, die ihrem Haar die sorgfältigste Pflege angedeihen ließen, sich aller größeren Künsteleien enthielten, und trotzdem iadellos wirkten. Bekanntlich drehten sie sich bereits künstliche Locken und legten Wert darauf, möglichst langes, dichtes und glänzendes Haar zu haben. Sie legten es geschichtet über die Schläfen nach hinten, und banden es entweder über dem Scheitel oder am Hinterkopf zu einem Knoten zusammen. (Griechischer Knoten!) Die nötige Festigkeit erhielt die Frisur durch ein aus Goldfäden geknüpftes Netz oder Tuch.

Die Römerinnen verführten bis zur Verfallzeit fast genau so. Erst mit dem Ueberhandnehmen des raffiniertesten Luxus auf allen Lebensgebieten ging die Einfachheit in der Toilette der schönen Römerinnen verloren. Selbst das herrliche blauschwarze Haar blieb nicht vor dem Schicksal bewahrt, durch künstliche Mittel strohbündel gefärbt zu werden.

Wenn wir also jetzt in den deutschen Großstädten Damen mit strohgelben Haaren begegnen, so wissen wir, daß auch diese „neueste“ deutsche Mode uralte ist. Zur näheren Orientierung sei gesagt, daß die erste Frau, die goldgelbe Haare trug, Poppaea hieß und die Geliebte Kaiser Neros war.

Während aber unsere Damen mit ihrem stumpfen für fünfzehn Mark gelbgefärbten oder gelblichten Haar herumlaufen, wurde im alten Rom der beim Färben abhandengekommene Glanz durch reichliches Pudern mit Goldstaub wiederhergestellt. Kostbare, juwelengeschmückte Nadeln vervollständigten den Kopfschmuck einer vornehmen Römerin. Hatte sie selbst nicht genug Haare, so kaufte sie den germanischen Frauen ihre echten goldgelben Haare ab, und flocht sie zwischen die eigenen.

Bei den Germanen selbst und den Völkern im Norden Europas ließen die Frauen ihr Haar ohne jeden Zwang frei herabwallen. Bis zum zwölften Jahrhundert schmückten sie es nur mit dem — auch von den Männern getragenen — Schapel, einem Jacken, oft mit Perlen und Edelsteinen besetzten Keilen. Später sah man es mit einer über Wangen und Kinn gelegten Binde zusammen oder flocht es in Zöpfen, die nach der wechselnden Mode bald über den Rücken, bald über die Schultern nach vorn herabfallen mußten.

Dann kam die Zeit der sitzamen Häubchen, die das im Nacken aufgebundene Haar fast ganz verbargen, und eine Weile später die Epoche der turmhohen Frisuren. Was da mit Hilfe von untergelegten falschen Haaren, Postern, Drahtgestellen usw. in bezug auf Höhe und Breite des Haargebäudes geschaffen wurde, ist geradezu ungläublich. Es gab Frisuren, die nahezu halb so hoch waren, wie die Trägerin selbst, und wir wundern uns noch heute, wenn wir irgendwo auf alten Kupferstichen derartigen Frisuren begegnen.

Die Berücken und Turmfrisuren wurden durch den Chignon, den unsörmigen Haarwulst im Nacken, abgelöst, und ihm folgten jene koketten Stirnlöcherchen, die die große französische Revolution nachher hinwegfegte.

Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts herrschten dann bei den modernen europäischen Frauen wieder die alten römischen Frisuren, die wir vorhin beschrieben haben, und der Titustopf, an den sich noch mancher gut entsinnen wird, da er um 1900 herum noch einmal seine Auserkennung feierte. Ihm folgten eine Unzahl beständig wechselnder Moden in der weiblichen Haartracht. Man gelangte wieder zu allerlei verknüpfelten Aufbauten, die zum Teil nicht nur unschön, sondern auch ungesund waren.

Zu Anfang unseres Jahrhunderts waren dann die praktischen Engländerinnen den Anstoß zu der Haarmode, die sich bis zum Weltkrieg behauptete, und nach einigem hin und her vor kurzem durch den Bubitopf abgelöst wurde.

Wie lange er herrschen wird, ist zurzeit noch nicht abzusehen. Die Sportsdamen und die meisten der im Berufsleben stehenden Frauen und Mädchen werden ihn wohl so bald nicht wieder ausüben lassen; denn nirgends zeigt sich die Frau so konservativ wie in der Beibehaltung der ihr einmal lieb gewordenen und vertrauten Frisur, von der sie die Ueberzeugung hat, daß sie allein zu ihrer äußeren Erscheinung paßt. Und außerdem ist gerade diese Kategorie Frauen durch ihre Lebensführung und Anschauung zu einer größeren Selbstständigkeit gelangt, und sucht nun als Typus eigener Prägung ihre Individualität auch äußerlich zu betonen.

Wir werden uns also den Bubitopf in seinen verschiedenen Variationen noch einige Jahre gefallen lassen müssen.

Der Vorherrscher der englischen Friseurvereinsung teilte jedenfalls unlängst mit, daß es in England mindestens sieben Millionen Damen gibt, die sich ihrer langen Haare entledigten. Am größten ist der Prozentsatz der Kurzhaarigen in den wohlhabenden englischen Oberklassen, bei denen die Bubitöpfe etwa 90 Proz. aller Köpfe überhaupt ausmachen. Durch den Bubitopf haben übrigens die englischen Friseure im vergangenen Jahre 22 Millionen Pfund Sterling mehr verdient als in den vorhergehenden!

Man sieht, der Bubitopf ist nicht nur praktisch, sondern auch ein äußerst einträgliches Geschäft, und da man ebensoviele für wie gegen den Bubitopf sagen kann, ist es wohl am besten, sich mit den geschilderten Tatsachen abzufinden.

